

Umwelt, Freizeit und Sport

Umweltschutz

Anfang 1992 wurde die Abteilung umstrukturiert. Zwei Dezernate wurden eingerichtet: Dem Rechtsdezernat gehören das Referat 1 — Rechtliche Angelegenheiten des Natur- und Umweltschutzes, das Referat 3 — Naturschutz und Landschaftspflege sowie das Referat 6 — Abfallwirtschaft an. Das technische Dezernat umfaßt das Referat 2 — Lärmbekämpfung und Schallschutz, das Referat 4 — Bodenschutz und Altlastensanierung, das Referat 5 — Luftreinhaltung, das Referat 7 — Labor und das Referat 8 — Luftmeßnetz. Weiters wurde eine noch auszubauende Stabstelle für Budget, Personal, Öffentlichkeitsarbeit und EDV-Koordination eingerichtet.

Zu den Aufgaben des Referates 1 — Rechtliche Angelegenheiten zählen neben der Begutachtung von Bundesgesetzen und Verordnungen die Ausarbeitung von Entwürfen für Landesgesetze und Verordnungen bzw. Stellungnahmen zu diesen Gesetzen sowie die Behördentätigkeit, wobei vor allem die Vollziehung des Naturschutzgesetzes sowie die des Bundes-Abfallwirtschaftsgesetzes — AWG hervorzuheben ist.

Folgende Rechtsvorschriften, die den Aufgabenbereich der Abteilung betreffen, traten 1991 in Kraft:

I. Verordnungen zum Abfallwirtschaftsgesetz

- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie vom 19. Juli 1990 über die Kennzeichnung, Rücknahme und Pfanderhebung von bestimmten Lampen, BGBl. Nr. 512/1990 (am 1. 1. 1991 in Kraft getreten).
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie vom 19. Juli 1990 über die Rücknahme und Schadstoffbegrenzung von Batterien und Akkumulatoren, BGBl. Nr. 514/1990 (1. 1. 1991).
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie vom 19. Juli 1990 über die Aufbringung von Etiketten auf Verpackungen für Lebensmittel, BGBl. Nr. 515/1990 (1. 7. 1991).
- Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten vom 20. September 1990 über das Verbot bestimmter Schmiermittelzusätze und die Verwendung von Kettensägenölen, BGBl. Nr. 647/1990 (1. 1. 1991).
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Bestimmung von Problemstoffen, BGBl. Nr. 771/1990 (1. 1. 1991).
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der die Verordnung vom 19. Juli 1990 über die Kennzeichnung, Rücknahme und Pfanderhebung von bestimmten Lampen geändert wird, BGBl. Nr. 2/1991 (1. 9. 1991).
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der die Verordnung vom 19. Juli 1990 über die Rücknahme und Schadstoffbegrenzung von Batterien und Akkumulatoren geändert wird, BGBl. Nr. 3/1991 (1. 7. 1991).
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung gefährlicher Abfälle, BGBl. Nr. 49/1991 (15. 2. 1991).
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Nachweispflicht für Abfälle (Altöle) (Abfallnachweisverordnung), BGBl. Nr. 65/1991 (15. 2. 1991).

II. Verordnungen zum Chemikaliengesetz:

- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über das Verbot von Pentachlorphenol (PCP), BGBl. Nr. 58/1991.
- Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, mit der weitere Änderungen der vorläufigen Giftliste kundgemacht werden, BGBl. Nr. 66/1991.
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie und des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz über die Meldung von neuen Stoffen, die gemäß § 5 des Chemikaliengesetzes von der Anmeldepflicht ausgenommen sind, BGBl. Nr. 309/1991 (1. 7. 1991).

III. Verordnung auf Grund des Smogalarmgesetzes

- Verordnung des Landeshauptmannes vom 18. Dezember 1990, mit der ein Smogalarmgesetz für Wien erlassen wird, LGBl. für Wien Nr. 2/1991 (1. 2. 1991).

Ein Wiener Umweltschutzgesetz wurde vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurde die Ausarbeitung der „Komunalen Aspekte eines Rates der Sachverständigen in Umweltfragen“, wie er in diesem Gesetz vorgesehen ist, beauftragt.

1991 wurde der von der Abteilung vorbereitete Beitritt Wiens zum Klimabündnis der europäischen Städte mit den indianischen Völkern Amazoniens durchgeführt. Die Stadt Wien verpflichtet sich damit, einerseits Schadstoffe (insbesondere CO₂, aber auch FCKW und NO_x) weitestgehend zu reduzieren und andererseits die Völker Amazoniens in ihrem Bemühen zum Schutz des tropischen Regenwaldes zu unterstützen. Dies wird sowohl durch Finanzierung

eines Projektes als auch dadurch, daß man weiterhin im öffentlichen Beschaffungswesen auf tropisches Holz verzichtet, unterstützt.

Einen großen Teil des Aufgabenbereiches des Referates 2 — Lärmbekämpfung und Schallschutz umfaßt die Tätigkeit als Amtssachverständige bei Lärmbeschwerden, im Zuge von Behördenverhandlungen, bei Betriebsanlagengenehmigungen, bei Bauprojekten sowie Bauverhandlungen, bei denen Umweltaspekte in bezug auf Garagenbauten und PKW-Stellplätze, vor allem im Zusammenhang mit möglichen Lärmstörungen der Nachbarschaft, beurteilt werden müssen. Hinzu kommt nach Diensten die Eignungsfeststellung bei Freiluftveranstaltungen. In die Zeit von 22 bis 2 Uhr früh fallen sämtliche Begehungen, Messungen und Schall-Leistungsbegrenzungen durch Gaststätten, Vergnügungsbetriebe (Disotheken) usw. bei Beschwerden in Wahrnehmung des Wiener Veranstaltungsgesetzes (MA 7, MA 15 und Bundespolizei — Administrationsbüro) als auch alle Nachtmessungen bei Industrie- und Gewerbelärm. Insgesamt hat das Referat etwa 1.500 Lärmmessungen bei Tag und rund 500 bei Nacht sowie auch etwa 180 Messungen wegen Baulärmes durchgeführt. Ebenso haben die Bediensteten die gesamte umweltbezogene Beurteilung bei allen stadtplanerischen, stadtgestalterischen und verkehrstechnischen Planungsvorhaben sowie die Verfahren durchzuführen.

Eine schallschutztechnische Beratung als Hilfeleistung bei Lärmproblemen aller Art wird ebenfalls vorgenommen. Betreut wurden folgende Forschungsprojekte bzw. Untersuchungen:

— Aktualisierung der Lärmuntersuchung der Wiener Gemeindestraßen:

Die im Jahr 1985 durchgeführte Lärmuntersuchung für Wiener Gemeindestraßen wurde für das Jahr 1991 aktualisiert. Die Lärmbelastung wurde aus den realen Verkehrsdaten rechnerisch ermittelt bzw. für neue Hauptstraßen stichprobenartig durch Kurzzeit-Lärmmessungen kalibriert. Die Ergebnisse wurden in einer Datenbank abgelegt und grafisch aufbereitet.

— Erarbeitung eines „Lärmschutzkatasters“:

Sämtliche Lärmschutzeinrichtungen im Straßenraum (Lärmschutzwände und Wälle) sowie geförderte Lärmschutzfenster wurden erfaßt und im PC abgespeichert. Weiters wurden die objektiven und subjektiven Wirkungen von Lärmschutzmaßnahmen untersucht und bewertet. In einem weiteren Arbeitsschritt soll 1992 eine Überlagerung der Lärmkarten aus dem Wiener Straßennetz mit den Lärmschutzmaßnahmen erfolgen.

— Ausarbeitung eines technisch thematischen Konzeptes zur Durchführung der 3. Wiener Umwelterhebung:

Die 3. Umwelterhebung soll im 10-Jahre-Abstand, d. h. im Jahre 1993, wieder durchgeführt werden. Diesmal wird es nicht möglich sein, das bewährte Verteilungs- und Einsammelsystem der Bezirksämter in Verbindung mit der Personenstands- und Betriebsstättenenerhebung in Anspruch zu nehmen, da diese Zählung laut Bundesministerium für Finanzen nicht mehr durchgeführt wird. Es waren aus diesem Grund andere Erhebungsmöglichkeiten mit entsprechendem Verteil- und Auswertesystem samt Kostenschätzung zu prüfen.

— Die Arbeit „Schallimmission durch den Eisenbahnverkehr“ diente der Erfassung der Schienenlärmimmissionen sowie der Erfassung der Anzahl an durch Schienenlärm stark gestörten Personen. Aufbauend auf diese Untersuchung sollen 1992 Vorschläge für Lärmschutzeinrichtungen in Gleisnähe erarbeitet werden.

Die gesellschaftspolitischen Veränderungen, vor allem die geänderte Bevölkerungsentwicklung, hatten auch Auswirkungen auf die Arbeit des Referates 3 — Naturschutz und Landschaftspflege. Stadtentwicklungsplanung und Naturschutz/Stadtökologie als die wissenschaftlichen Grundlagen für das Stadtgrün waren herausgefordert, auf die geänderten Rahmenbedingungen zu reagieren. Im Interaktionsrahmen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit wurden Schwerpunkte gesetzt, und zwar Biotopmonitoring, Wienerwaldforschung, Fachausschuß Landschaftshaushalt/Landschaftsbild im Rahmen der Internationalen Alpenschutzkonvention (CIPRA) sowie das Arbeitsgespräch „Natur in der Stadt“.

In den Verwaltungsberichten der Jahre 1989 und 1990 wurde auf die Fertigstellung der Biotopkartierung und die aus diesem Anlaß durchgeführte Ausstellung „BLUBB“ ausführlich hingewiesen. Als Weiterführung dieser wichtigen Grundlagenarbeit wurde im Jahre 1991 der Auftrag zur Entwicklung einer „luftbildgestützten Fortführung der Biotopkartierung“ und zum Aufbau eines „geografischen Grünflächen-Informationssystems“ — Kurzbezeichnung Biotopmonitoring — an das Bundesinstitut für Gesundheitswesen erteilt.

1991 wurden neben der Durchführung eines Meßfluges, der Begehung von Referenzflächen sowie der Analyse verfügbarer Daten vor allem Arbeits- und Fachgespräche mit in- und ausländischen Institutionen abgehalten. In engem Zusammenhang mit diesem Vorhaben steht das vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Magistrat der Stadt Wien betriebene Projekt „Wienerwaldforschung im Systemzusammenhang“, das die Analyse der multifaktoriellen, vor allem der anthropogenen Belastungsfaktoren und die Erarbeitung von Maßnahmen und Umsetzungsstrategien zum Schutz des Wienerwaldes zum Ziel hat. Das Projekt ist auf fünf Jahre konzipiert. In der ersten Projektphase war der Waldzustand mit Methoden der visuellen Luftbildinterpretation zu erheben. Wichtige Arbeitsschritte im Jahre 1991 waren aus diesem Grund die Aufnahme flächendeckender Infrarot-Luftbilder und die Erstellung der erforderlichen Luftbild-Interpretationsschlüssel.

Der von der Abteilung betreute Fachausschuß „Landschaftshaushalt/Landschaftsbild“ im Rahmen der CIPRA soll einen Leitfaden zur Beurteilung von Eingriffen in die Landschaft unter Berücksichtigung des ökologischen und des

physiognomischen Aspektes erstellen. Allein schon um das bisher vorhandene Gesetzesinstrumentarium besser anwendbar, im Sinne des Gesetzgebers einsetzbar, zu machen, ist es notwendig, sich mit den Inhalten der Begriffe „Landschaftshaushalt“ und „Landschaftsbild“ auseinanderzusetzen. Dem Sachverständigen, vor allem dem Gutachter im Verwaltungsverfahren, soll ein wissenschaftlich abgesichertes Instrumentarium auf einem vielfach von Begriffen wie „Schönheit“ besetzten Gebiet zur Verfügung gestellt werden.

Ziel des am 10. Oktober 1991 abgehaltenen Arbeitsgespräches „Natur in der Stadt“, das namhafte Vertreter der Wissenschaft, der Politik, der Öffentlichkeit und der Verwaltung am „runden Tisch“ vereinte, war es, Impulse für einen ökologisch und gestalterisch befriedigenden Naturschutz in der Großstadt zu setzen.

Neben diesen Aktivitäten wurden die Vorarbeiten für die Verordnung eines Landschaftsschutzgebietes Hietzing soweit finalisiert (magistratsinterne Begutachtung), daß das Vorhaben dem Naturschutzbeirat vorgelegt werden kann.

Die geplante Verordnung eines Landschaftsschutzgebietes Donaustadt auf der Grundlage des am 24. August 1990 aufgelegten Entwurfes konnte bisher nicht zu Ende geführt werden, da die geänderten Rahmenbedingungen und der Beschluß über die „Leitlinien für die Stadtentwicklung“ bei dem Vorhaben zu berücksichtigten sind.

Was den künftigen Nationalpark im Bereich der Donauauen betrifft, so wurden die Planungsarbeiten (Abgrenzung und inhaltliche Zielsetzungen) fortgeführt.

Im Bereich des behördlichen Naturschutzes wurden im Jahre 1991 insgesamt 60 Verwaltungsverfahren nach dem Wiener Naturschutzgesetz 1984 durchgeführt. Davon betrafen 41 Verfahren naturschutzbehördliche Bewilligungen in Landschaftsschutzgebieten, 3 Verfahren die Genehmigung von Eingriffen in Naturdenkmäler und 4 Verfahren die Genehmigung zum Fangen von Tieren und Eingriffe in Lebensräume. 7 Naturgebilde wurden zu Naturdenkmälern erklärt, wobei in zwei Fällen Berufung eingelegt und die Entscheidung der Abteilung von der Rechtsmittelbehörde bestätigt wurde. Für vier Naturgebilde wurde die Unterschutzstellung widerrufen, bei einem Naturdenkmal wurde die Unterschutzstellung teilweise widerrufen.

Nach dem Wiener Jagdgesetz wurden zwei Haltegenehmigungen für Greifvögel erteilt.

Im Bereich des internationalen Artenschutzes wurden insgesamt 220 Bescheinigungen nach dem Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen ausgestellt.

Zu den Aufgaben des Referates 4 — Bodenschutz zählt die Tätigkeit als chemischer Amtssachverständiger im Wasserrechtsverfahren, verstärkt seit Inkrafttreten der WRG-Novelle 1990, insbesondere auf den Gebieten Gewässerschutz, Reinhaltung der Gewässer durch verschärfte Emissionsbegrenzungen für wassergefährdende Stoffe, ökologische Vertretbarkeit von Wassernutzungen, Anpassung von Altanlagen (z. B. Kläranlagen) an den Stand der Technik. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Mitwirkung bei den Behördenverfahren, die die Sanierung von Altlastenverdachtsflächen sowie von Abfalldeponien und deren Anpassung an den Stand der Technik betreffen. Das Referat war ferner tätig als Amtssachverständiger für die MA 48 bei der Erstellung von Gutachten über Deponieansuchen, insbesondere für chemisch kontaminierte Abfallstoffe wie Bodenaushub, Baustoffrestmassen aus dem Abbruch von alten Gewerbe- und Industrieanlagen sowie von Produktionsabfällen.

Das Referat 5 — Immissionsschutz (Luftreinhaltung) erfüllt im Rahmen der Verwaltungstätigkeit Aufgaben der Sachverständigenbegutachtung im Zuge sämtlicher in Betracht kommender Verwaltungsverfahren. Dies betrifft zahlenmäßig hauptsächlich Verfahren nach der Gewerbeordnung, nach der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz sowie dem Luftreinhaltegesetz für Kessel. Zusätzlich unterstützt das Referat die Kollegen des Referates 8 (Luftmeßnetz) personell im Bedarfsfalle, also bei kritischer Luftverschmutzung, hinsichtlich der Aufgaben im Zusammenhang mit Smogalarm und Ozonwarnung. Darüber hinaus sind zahlreiche und überaus vielfältige schriftliche und telefonische Anfragebeantwortungen sowohl von vielen Dienststellen der Stadt Wien als auch von Betrieben und Privatpersonen zu erledigen. Diese Anfragen betreffen neben dem großen Thema „Luftschadstoffe“ und „Luftreinhaltung“ etwa ebenso viele Fragestellungen aus Gebieten, die mit Luftreinhaltung vielfach kaum mehr etwas zu tun haben, aber vom Referat soweit wie möglich beantwortet werden, insbesondere dann, wenn offensichtlich ist, daß es bei Gemeinde, Land und Bund keine dafür zuständige Verwaltungsdienststelle gibt.

Weiters wurden folgende Forschungsarbeiten betreut:

- Ergänzung, Adaptierung und Implementierung eines Verkehrs- und Umweltinformationssystems hinsichtlich lärm- und schadstoffrelevanter Daten;
- Untersuchung von Regeninhaltsstoffen in den Niederschlagsproben aus vier Meßstellen des Regenmeßnetzes der Stadt Wien;
- Programmpaket zum raschen Aufsuchen und Darstellen von Emissionswerten;
- Modellierung der Auswirkung von Stickoxid- und Kohlenwasserstoff-Reduktionsmaßnahmen auf die sommerliche Ozonbelastung im Raume Wiens mit Hilfe eines einfachen Simulationsmodells;
- Entwicklungsarbeiten am Luftgütesimulationsmodell Wien;
- Bewertung von Modellen für die Ausbreitungsrechnung bodennaher Quellen von KFZ-Stellplätzen;
- Untersuchung von chlorierten Kohlenwasserstoffen als Luftschadstoffe und Früherkennung von Baumschäden in Wien;
- Untersuchung der Verteilungsmuster der flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) in der Stadtatmosphäre von Wien und Graz im Rahmen der Bund-Bundesländer-Kooperation.

Mitarbeiter der Abteilung arbeiteten bei dem vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie eingerichteten Beirat zur Vergabe des Umweltschildes mit. Dabei wurden in verschiedenen Fachausschüssen Kriterien für die Vergabe erarbeitet und verschiedene Produkte auf die Einhaltung dieser Kriterien überprüft.

Im Bereich des Referates 6 — Abfallwirtschaft entstand auf Grund der Verordnungen zum Abfallwirtschaftsgesetz ein beträchtlicher administrativer Mehraufwand. Einen ganz wesentlichen Verwaltungsmehraufwand bringt auch die umfangreiche Erweiterung des Kataloges der gefährlichen Abfälle durch die Verordnung über die Festsetzung gefährlicher Abfälle, BGBl. Nr. 49/1991, mit sich, durch den z. B. gebrauchtes Speiseöl als gefährlicher Abfall definiert wurde und mit Begleitscheinen entsorgt werden muß. Zusätzlich mußten mehr Verfahren gemäß § 15 AWG (Erlaubniserteilung für Sammler und Behandler gefährlicher Abfälle) durchgeführt werden. Ebenso nimmt im selben Ausmaß die Kontrolltätigkeit der Amtssachverständigen für Abfallwirtschaft zu, speziell bei nichtgewerblichen Betrieben, z. B. Krankenhäusern, Problemstoffsammelstellen usw. Auch auf dem Gebiet der Asbestentsorgung ist das Referat österreichweit federführend bei der Erarbeitung von Richtlinien für die Entsorgung von Asbeststaub und asbesthaltigen Materialien. Die von der Abteilung vorgeschriebenen Auflagen werden in naher Zukunft vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in einem Erlaß für die Durchführung dieser Tätigkeit in Österreich herausgegeben. Dementsprechend hat die Teilnahme der Mitarbeiter an Seminaren und die persönliche Mitarbeit an ÖNORMEN zugenommen. Ferner ist das Referat auch eine zentrale Stelle für ausführliche telefonische Beratungen von Privatpersonen über asbesthaltige Haushaltsgeräte (z. B. Nachtspeicheröfen).

Insgesamt rund 2.000 Meldungen wurden gemäß § 4 der Abfallnachweisverordnung entgegengenommen und EDV-mäßig bearbeitet. Etwa 42.000 Begleitscheine langten im Jahr 1991 ein. Bearbeitet werden konnten 15.540 Stück, so daß sich zusammen mit einigen tausend Begleitscheinen aus den Vorjahren ein Rückstand von rund 46.000 Begleitscheinen angesammelt hat. Die MA 36 hat bei ihren Betriebsanlagenrevisionen die Abfallgebarung mehrerer hundert Firmen überprüft. Von 475 ab Juni eingelangten Überprüfungsbögen wurden 313 bearbeitet.

Die Aufgaben des Referates 7 — Umweltlabor bestehen einerseits in der Erfassung mittel- und langfristiger Trends an Schadstoffkonzentrationen, andererseits ist auch das schnelle Reagieren auf aktuelle Ereignisse, wie z. B. Unfälle, Sanierungsprobleme usw., möglich. Das Umweltlabor versteht sich als Serviceeinrichtung für die übrigen Referate der Abteilung und für andere Magistratsdienststellen.

Im Bereich der Erfassung von mittel- und langfristigen Trends an Schadstoffbelastungen wurden vom Labor 386 Proben Regeninhaltsstoffe (WADOS) auf jeweils 7 Schwermetalle, 156 Proben Staubbiederschläge auf jeweils 6 Schwermetalle sowie 39 Straßenluftproben auf Bleigehalt untersucht.

Das Labor hat im Diensthilfverfahren für andere Dienststellen und im Interesse der Abteilung selbst verschiedene Untersuchungen vorgenommen, von denen hier die wichtigsten angeführt werden sollen:

- Bodenuntersuchungen im Zusammenhang mit dem Unfall der Firma Reichhold
- Untersuchung von Schwermetall in Deponiesickerwässern
- Untersuchung auf Kohlenwasserstoffe im Zusammenhang mit Altlasten, Ölunfällen und Oberflächenentwässerungen
- Untersuchung von Deponiematerial bei Deponieüberprüfungen
- Umweltverträglichkeit von Fassadenreinigern
- Staubzusammensetzung auf Leuchten in Tunnels
- Überprüfung von Heizöl auf Altölzumischungen
- Untersuchungen von Druckfarben auf Schwermetalle

Um die Aufgabe eines Umweltlabors effizient und mit zufriedenstellender Qualität in Zukunft durchführen zu können, ist es unbedingt notwendig, die technische Ausstattung so zu verbessern, daß sie den heutigen Anforderungen entspricht. In den letzten Jahren war es auf Grund der angespannten budgetären Situation nicht möglich, neue moderne Analysegeräte anzuschaffen.

Bei der Umstrukturierung der Abteilung wurde der Aufgabenbereich „Luftmeßnetz“ aus dem Referat Luftreinhaltung ausgegliedert und ein eigenes Referat 8 — Luftmeßnetz geschaffen. Zu den Hauptaufgaben des Referates gehören Betrieb, Wartung und Ausbau des Luftmeßnetzes, die Durchführung der stationären und mobilen Schadstoffmessungen, die Aufbereitung, Beurteilung, anschauliche Darstellung und Veröffentlichung der Luftmeßwerte und die Behandlung von Anfragen, die die Luftsituation in Wien betreffen. Weiters gehört es zu den Pflichten, im Fall von Smogalarm und Ozonwarnungen die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen zu veranlassen.

Zur Kontrolle der Luftreinhaltung wird ein Immissionsmeßnetz mit 18 stationären Meßstellen und einer Meßnetz-zentrale in der Ebendorferstraße betrieben. Das Meßnetz ist gegenwärtig so ausgebaut, daß alle Meßstellen mit Meßgeräten für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxiden ausgerüstet sind. An sieben verkehrsbelasteten Meßstellen wird Kohlenmonoxid gemessen; vier Meßstellen sind mit Ozonmeßgeräten ausgestattet. In den 18 Meßstellen sind zur Analyse der Schadstoffkonzentration 61 Luftmeßgeräte im Einsatz. An drei Standorten sind meteorologische Geber für die Erfassung von Windgeschwindigkeit, Windrichtung, Lufttemperatur, Luftdruck und Feuchte ins Meßnetz eingebunden. 1991 wurde die Meßstelle Stephansdom zu einer zentralen innerstädtischen Meßstelle ausgebaut, weil sie für die Luftsituation im innerstädtischen Bereich repräsentativ ist. Im Zuge der Erweiterung des Meßumfanges



Stadträtin Christine Schirmer eröffnet die Frauenparkplätze in der Lugnr-City

Foto: Landesbildstelle

Pressekonferenz zur Ausstellung „Wem gehört der öffentliche Raum? — Frauen in der Stadt“

Foto: Landesbildstelle





Amtsführender Stadtrat Dr. Michael Häupl beim Symposium „Natur in der Stadt“

Foto: Landesbildstelle

Kutschenfahrt am „Tag der offenen Tür“

Foto: Hutterer (PID)



wurden in dieser Meßstelle zusätzliche Meßgeräte für die Komponenten Ozon und Staub sowie ein Klimagerät installiert und ein veraltetes Schwefeldioxidmeßgerät gegen ein modernes ausgetauscht.

Im Herbst 1991 wurde der Umweltmeßwagen der Abteilung in Betrieb genommen. Er ist sowohl für die Durchführung von mobilen Immissionsmessungen der Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und Ozon als auch für die Überprüfung der Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide und Kohlenmonoxid ausgerüstet. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Untersuchungen hinsichtlich der Konzentration von Kohlenwasserstoffverbindungen in der Umgebungsluft durchzuführen. Eine naßchemische Probenahmeeinrichtung erlaubt es, eine vorgegebene Luftmenge durch Waschflaschen zu saugen, die mit Absorptionslösungen für die zu untersuchenden Schadstoffe gefüllt sind, so daß eine große Anzahl von Schadstoffen gesammelt, angereichert und diskontinuierlich bestimmt werden kann, für die noch keine kontinuierlich messenden Analytoren vorhanden sind. Der Meßbus wird so wie die übrigen stationären Luftmeßstellen vom Meßnetzzentralcomputer überwacht und übermittelt die Meßdaten direkt an die Meßnetzzentrale. Mit dem Meßbus ist es möglich, auch in jenen Wiener Gemeindebezirken, die keine eigene Luftmeßstelle besitzen, die Luftqualität fallweise zu überprüfen und zu beurteilen. Weiters können z. B. auf Grund von Beschwerden von Bürgern Messungen und Vorerkundungen von Belastungsgebieten durchgeführt und Emittenten, z. B. Betriebe, hinsichtlich der Einhaltung von Emissionsauflagen überprüft werden. Als Meßziele beim immissionstechnischen Einsatz des Wagens können die Erhebung zusätzlicher Belastungsgebiete und die Überprüfung von Situationen, bei denen negative Beeinflussung der Luftqualität durch lokale Emittenten vermutet wird, genannt werden. Mit Hilfe des Meßwagens wurde somit ein weiterer wesentlicher Beitrag zur effizienten Überwachung der Luftsituation in Wien geschaffen. Eine Messung in 20, Wallensteinplatz, ergab z. B., daß die Beurteilung der Luftsituation im 20. Bezirk durch die Luftmeßdaten der umliegenden Meßstellen hinreichend genau abgeschätzt werden kann.

In jeder Luftmeßstelle sowie im Meßbus arbeitet ein Datenerfassungssystem als Bindeglied zwischen Meßgerät und Meßnetzzentrale. Von der Meßnetzzentrale werden diese Daten über Telefonwählleitungen vom Meßbus via D-Netztelefon um 8, 11, 13, 15 und 24 Uhr abgerufen und im Meßnetzzentralrechner gespeichert. Alle Meßdaten werden periodisch von einem mit dem Betrieb der Meßgeräte vertrauten Wartungstechniker gesichert, auf Plausibilität überprüft und danach als Halbstundenmittelwerte (HMW) in der Datenbank abgespeichert. Diese HMW bilden dann die weitere Basis für die Beurteilung der Luftsituation. Sie werden für jede Meßstelle monatsweise ausgedruckt, zu Tagesmittelwerten zusammengefaßt und als Tagesgang für jeden Monat anschaulich grafisch dargestellt. Zur Abschätzung der durch die Meßnetzzentrale zu bewältigenden Datenmenge möge folgende Rechnung dienen: Bei der Erfassung einer Meßkomponente fallen in einem Tag 48 Halbstundenmittelwerte und in einem Jahr daher 17.520 Werte an. Durch den Betrieb von rund 80 Komponenten im Rahmen des Luftmeßnetzes ergibt sich daraus eine Datenmenge von ungefähr 14 Millionen Meßwerten pro Jahr.

Die Überwachung der Luftqualität hat vor allem den Sinn, der Bevölkerung Informationen über die Qualität der Luft zu geben, auf das Problem der Luftverschmutzung hinzuweisen und Anregungen zu geben, wie jeder zur Verbesserung der Luftqualität beitragen kann. Aus diesem Grunde ist es wichtig, daß die Luftmeßwerte einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und für die Bevölkerung verständlich publiziert werden. Die Abteilung ist daher bemüht, die Veröffentlichung der Ergebnisse der Luftqualitätsmessung so vielfältig wie möglich zu gestalten. Konkret werden die Luftmeßwerte zur Zeit auf folgende Art und Weise veröffentlicht: Die Luftmeßwerte werden erstens täglich dreimal über das magistratsinterne Integrierte Büroinformationssystem (IBS) mittels elektronischer Post an das Büro des Bürgermeisters, des amtsführenden Stadtrates für Gesundheits- und Spitalswesen, des amtsführenden Stadtrates für Umwelt und Sport und an alle 23 Bezirksvorsteher versandt. Zweitens werden die Ergebnisse der Luftqualitätsüberwachung in Wien schon seit mehreren Jahren werktags täglich um etwa 14.35 Uhr im Hörfunk (Wiener Stadtradio UKW 90 und 95 MHz) der Öffentlichkeit bekanntgegeben und bei Bedarf, vor allem dann, wenn höhere Belastungen auftreten, eingehend interpretiert. Drittens wird zweimal täglich ein von den Mitarbeitern des Luftmeßnetzes erstellter Luftgütebericht per Telefax an die Redaktionen der Tageszeitungen „Der Standard“, „Kurier“, „Kronenzeitung“ und „Täglich Alles“ übermittelt. Dieser Bericht enthält die Textinformationen, die auch in den Luftqualitätsanzeigetafeln gesendet werden, und zusätzlich eine Auswertung der mittleren und maximalen Meßwerte des Wiener Meßnetzes unter Angabe der Prozentsätze der Meßergebnisse im Vergleich zu den Grenzwerten für Gesundheitsschutz der Akademie der Wissenschaften. „Der Standard“ und „Die Presse“ veröffentlichen täglich eine Übersicht über die Ergebnisse der Schadstoffmessungen der Länder, die anderen Tageszeitungen nur gelegentlich, zumeist nur bei erhöhten Belastungen. In der Zeitschrift „Unser Wien“ erfolgt weiters eine monatliche Zusammenfassung der Schwefeldioxid- und Stickstoffdioxid- Meßergebnisse in Form einer anschaulichen Grafik, wobei auch, wenn nötig, auf besondere Immissionssituationen eingegangen wird. Dem Umweltbundesamt in Salzburg werden ferner täglich die maximalen Meßwerte der letzten 24 Stunden zur Verfügung gestellt. Es verfaßt unter Verwendung der Meßdaten aller Bundesländer einen täglichen Luftgütebericht über die höchsten Dreistundenmittelwerte der Komponenten Schwefeldioxid, Schwefeldioxid und Staub, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid und Ozon einschließlich der fünfstufigen bundeseinheitlichen Bewertung. Zusätzlich wird angegeben, wieviel Prozent des Smogalarmgrenzwertes die jeweiligen Schadstoffe erreicht haben. Dieser tägliche Luftgütebericht steht auch der österreichischen Presse zur Verfügung. Die Meßwerte der Länder werden ferner täglich vom Umweltbundesamt zusammengestellt und gemeinsam mit der fünfstufigen bundeseinheitlichen Bewertung an die ORF-Teletext-Redaktion übermittelt. Bei den im

Teletext veröffentlichten Werten handelt es sich um die maximalen Drei-Stunden-Mittelwerte der vergangenen 24 Stunden, der Schadstoff-Komponenten SO₂ und Staub, NO₂, CO und Ozon, wobei der Teletext-Luftbericht werktags um etwa 16 Uhr aktualisiert wird. Für die Klassifikation der Meßwerte wird ein fünfstufiger Bewertungsschlüssel herangezogen.

Eine weitere Möglichkeit, die Ergebnisse der Luftqualitätsüberwachung der Bevölkerung näherzubringen, wurde in Wien mit den Luftqualitätsanzeigetafeln besprochen. Auf Anregung des Herrn Bürgermeisters und mit der Unterstützung der — damaligen — Zentralsparkasse und Kommerzbank AG Wien wurden die Anzeigetafeln entwickelt und bisher an vier Stellen, und zwar an den Bank Austria-Filialen Stephansplatz, Schottenring, Floridsdorf Am Spitz und Liechtensteinstraße, angebracht. Weitere Anzeigetafeln sind geplant. Diese Tafeln haben auch im Ausland so großen Anklang gefunden, daß zahlreiche Städte daran Interesse gezeigt haben und daß z. B. in München mehrere derartige Tafeln nach dem Wiener Vorbild aufgestellt wurden. Die Anzeigetafeln bestehen im wesentlichen aus fünf Leuchtbändern, vier vertikalen zum Anzeigen der qualitativen Beurteilung der Schadstoffbelastung durch SO₂ und Staub, NO₂, CO sowie Ozon und aus einem fünften waagrecht zum Anzeigen von verbalen Beurteilungen der Luftsituation und für eventuelle Hinweise auf besondere Schadstoffbelastungen an einzelnen Meßstellen. Zur Beurteilung werden die höchsten in Wien gemessenen Schadstoffkonzentrationen von SO₂, NO₂, CO, Staub und Ozon mit den von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften festgelegten Immissionsricht- und Warnwerten verglichen. Es wird die Einhaltung aller vorgeschlagenen Richtwerte, also aller Halbstunden-, Stunden-, Dreistunden-, Achtstunden- und Vierundzwanzigstundenrichtwerte, für die Beurteilung herangezogen und das Ergebnis mittels eines Computers zweimal täglich an alle vorhandenen Anzeigetafeln gesandt.

Der jährlich erscheinende „Umweltbericht Luft“ informiert über die im Zeitraum April bis März des Folgejahres gesetzten Aktivitäten auf dem Gebiet der Luftreinhaltung. Der Umweltbericht Luft 1991 wird sich mit den Themenschwerpunkten „Das Wiener Luftmeßnetz“, „Beurteilungskriterien für Luftmeßwerte“, „Schadstoffbelastung Wiens“, „Vergleich zwischen Meßwerten und Immissionsrichtwerten“, „Großtechnische Maßnahmen zur Verbesserung der Luftsituation in Wien“ sowie „KFZ-Verkehr als Hauptverursacher der Schadstoffbelastung“ befassen.

1991 fielen insgesamt 10 Straftakte, 17 Berufungen nach dem Baumschutzgesetz und sonstige 6.775 Akte an. Es langten 8.740 Einladungen der MA 35, 565 Einladungen der MA 36, 585 Einladungen der MA 37 und 3.543 Einladungen der MA 46 ein, die bezüglich einer eventuellen Teilnahme der Abteilung bearbeitet werden mußten.

In der Auskunft- und Beschwerdestelle der Abteilung wurden 11.161 Anrufe entgegengenommen; das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 2.621 Anrufe oder rund 30 Prozent. 55 Mitbürger haben Anliegen persönlich vorgebracht. Auch wurde auf Grund des vermehrten Interesses der Bevölkerung bezüglich Belastung der Luftqualität durch Ozon im Sommer 1990 das sogenannte „Ozontelefon“ eingerichtet. 1991 wurden insgesamt 1.680 Anrufe (Spitzentag 244 Anrufe) registriert, was eine Steigerung von 582 Anrufen gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Kanalisation

Mit Verordnung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1987, Pr.Z. 3867, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 51/1987 (Kanalgebührenordnung 1988), zuletzt geändert durch Verordnung des Gemeinderates vom 14. Dezember 1990, Pr.Z. 3695, wurde die Gebühr für die Einleitung von Abwasser in einen öffentlichen Kanal mit 11 S je Kubikmeter festgesetzt. Diese Verordnung wird mit 1. Jänner 1992 in Kraft treten.

Wie bereits in den Vorjahren waren Kanalbauarbeiten durchzuführen. Bedingt durch die allgemeine Budgetsituation mußten die Investitionen um rund 20 Prozent reduziert werden, so daß die Arbeiten sich auf die wichtigsten Vorhaben konzentrierten. Im Bereich des Entlastungskanales zum Rechten Hauptsammelkanal wurde ein Großteil der Oberflächengestaltung beim Baulos BA 02/1 — Weißerberger Lände hergestellt. Beim Anschlußbaulose mußte die Planung infolge neuer Erkenntnisse über den Baugrund und infolge von Einsprüchen der Bezirksvertreter neu überdacht werden. Der Umbau des Leopoldauer Sammelkanales im Bereich Stadlau konnte abgeschlossen werden.

Das Netz aus Bauprogramm sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag bei der Errichtung von Sammelkanälen und Aufschließungssträngen im 14., 21. und 22. Bezirk. Neben der Fortsetzung der in Bau befindlichen Arbeiten konnten insgesamt 20 neue Baulose in Angriff genommen werden.

Das Kanalumbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor. Im Jahre 1991 waren vor allem im Bereich des 2. und 10. Bezirkes Arbeiten durchzuführen. Darüber hinaus wurden in einer Reihe weiterer Bezirke Kanäle unter zum Teil schwierigen Verhältnissen bei Aufrechterhaltung des Kanalbetriebes und Verkehrs umgebaut. Dabei wurde darauf geachtet, die Kanalumbaumaßnahmen in terminlicher Abstimmung mit anderen Einbautenlegungen durchzuführen. Neben der Fortsetzung der in Bau befindlichen Arbeiten konnten insgesamt 15 neue Kanalumbauten und 19 Komplettsanierungen in Angriff genommen werden. Der in den Vorjahren durchgeführte Großversuch zur unterirdischen Erneuerung der Kanäle ohne Aufgrabungen brachte insofern keine neuen Impulse, da die Gesteigungskosten dieser Verfahren, wie einige Ausschreibungsergebnisse zeigten, weit über den Kosten für den konventionellen Kanalumbau lagen. Neben den genannten

Kanalbauten konnten auch mehrere Kanäle zur Erschließung von Betriebsbaugebieten sowie zur Freimachung von U-Bahntrassen errichtet werden.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren insgesamt 7.148 Akte, davon 4.399 Planbegutachtungen von Hauskanalanlagen, zu bearbeiten. Wie alljährlich war auch eine intensive Mitarbeit im Normenwesen erforderlich.

Der Einsatzdienst, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnliche Arbeiten zuständig ist, hat 4.984 Einsätze geleistet. Die Materialförderung aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug im Jahre 1991 10.613 m³. Im einzelnen wurden aus Schotterfängen 3.143 m³, aus den Hauptsammelkanälen 2.301 m³, aus den Straßenkanälen 2.032 m³, aus der Kläranlage Blumental 2.461 m³ und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 676 m³ geräumt. Durch Hochdruckwagenräumung wurden 528.011 m Rohrkanäle und 640.056 m Profilkänaele gereinigt.

Der Bestand an Senkgruben hat sich im Jahre 1991 etwas verringert und betrug 34.645. Die Zahl der Senkgrubenräumungen machte 29.268 mit einer Gesamtaushubmenge von 168.144 m³ aus. 2.305 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 4.612 m³ betrug.

An rund 2.813 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.027 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 512 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Außerdem erfolgte die Überwachung von Kanalbauten im Zuge der U-Bahnarbeiten. Für die Betreuung des im raschen Ausbau begriffenen Kanalnetzes im 21. Bezirk wurde der Um- bzw. Zubau des derzeitigen Betriebsgebäudes in 21, Floridsdorfer Hauptstraße 1a, fertiggestellt. In einer Reihe von Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Die Erneuerung von einem Laborwagen, zwei Hochdruckspülwagen, drei Fäkalsaugwagen und einem Abscheiderräumfahrzeug wurden durchgeführt. Für die Überprüfung von Abscheideranlagen wurde ein Inspektionsfahrzeug angeschafft. Die Fahrzeuge haben rund 1.039.000 km zurückgelegt, davon die Senkgrubenwagen 370.000 km, der Hochdruckwagen 71.000 km, die Abscheiderräumfahrzeuge 49.000 km, der Verstopfungswagen 79.000 km und diverse andere Fahrzeuge 470.000 km.

In behördlichen Angelegenheiten wurden 279 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr sowie 965 Schreiben über Räumtermine, Parteigehör, Räumzahlfestsetzungen und amtswegige Räumungen verfaßt. Bei 409 Liegenschaften wurde die Einhaltung der Bescheidaufgaben überprüft.

Die Regenwasserpumpwerke förderten 242.573 m³, die Abwasserhebewerke 63.710.934 m³. In der Kläranlage Blumental wurden auf Grund von mehrmonatigen Versuchsreihen nur 13.585.000 m³ Abwasser gereinigt, wofür 4.542.774 kWh Strom verbraucht wurden. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 283 mg/l BSB5, die im geklärten Ablauf 11 mg/l BSB5. Im Zusammenhang mit den neuen Emissionsrichtlinien wurden über einige Monate Versuche durchgeführt. Die zukünftige Ausbaugröße der Anlage wurde durch Drosselung des Zulaufes simuliert. Damit konnten Rückschlüsse auf die Wirkungsweise bei einem späteren größeren Volumen der Belebungs- und Nachklärbecken gezogen werden. Weiters wurden Versuche zur Phosphatelimination durchgeführt. Dazu wurden die Fällmittel Eisen(III)-Chloridsulfat bzw. Natriumaluminat verwendet. Im Verteilerbauwerk wurden regelbare Absenkschieber montiert. Damit wird eine Optimierung des Sauerstoffeintrages der Rotoren durch zulaufmengeabhängige Niveaueinstellung der Belebungsbecken erreicht. Die Anschaffung von Rinnenreinigungsbürsten in den Ablaufrinnen der Nachklärbecken führte zu einer Arbeitsvereinfachung bei der Reinigung. Mit der Anschaffung von vier Getrieben für die Mammutrotoren der Belebungsbecken wurde die komplette Erneuerung der über 20 Jahre alten Gebtriebeerüstung abgeschlossen. Der Energieverbrauch des Pumpwerkes des linken Donausammelkanals, der Hauptkläranlage Wien und der Entsorgungsbetriebe Simmering betrug insgesamt 36.570.480 kWh. Für die Pumpwerke Steinspornweg, Schilfweg, Pastorstraße und Spandlgasse wurden Zulaufschieber geliefert. Im Pumpwerk Krautgarten wurde über dem Pumpensumpf eine Abdeckung montiert.

Das Referat Chemie hat 1.618 Abwasserproben gezogen sowie an 251 Tagen Dauerkontrollen mittels Probe-, pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt. 237 Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. In sechs Fällen wurden zusätzliche Strafanträge erstattet. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen betrug mit Stichtag 31. Dezember 1.190, die Zahl der weniger gefährlichen Abwassereinleiter 2.938. Somit sind zur Zeit 4.128 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfaßt. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referates zusätzlich an 436 gewerblichen Verhandlungen teil. Für den Indirekteinleiterkataster, die Abwasseranalysen und sonstige für die Industrieabwasseruntersuchung notwendigen Aufgaben wurde ein Zentralrechner angeschafft, der auch den zukünftigen Bedarf abdeckt. Mit dem Kanalferschaugwagen wurden rund 77.200 m Rohrkanäle überprüft. Für nichtbegehbbare Kanäle wurde ein dritter TV-Untersuchungswagen angeschafft.

In der Friedrichstraße wurden 79 Führungen mit 1.460 Personen durchgeführt.

Trotz intensiver Schulung und Aufklärung kam es zu 70 leichten und zu 7 schweren Unfällen.

Wasserwerke

Im Jahre 1991 wurden insgesamt 149,923.000 m³ (1990: 148,527.100 m³) Wasser aufgebracht, davon 145,352.000 m³ (1990: 144,434.000 m³) in das Wiener Rohrnetz eingespeist. 144,512.200 m³ (96,4 %) der Gesamtmenge kamen aus den beiden Hochquellenleitungen, 2,252.700 m³ (1,5 %) aus Wiener Grundwasserwerken, 2,290.100 m³ (1,5 %) aus dem Wientalwasserwerk sowie 468.900 m³ (0,3 %) aus dem Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von rund 399.100 m³ Wasser ergab sich aus Veränderungen im Behältervorrat. Die Gesamtaufbringung stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,395.900 m³, das sind 0,9 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2,287.100 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 145,352.000 m³ an das Wiener Rohrnetz und 2,283.900 m³ an Überfälle und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 398.200 m³. Das Tagesmaximum wurde am 11. Juli mit 541.600 m³ erreicht, das Tagesminimum am 31. März mit 299.200 m³. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 25.375 kg Chlorgas und 34.007 kg Natriumchlorit sowie 3.180 l Hypochlorit verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug daher 39.658 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,27 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entspricht. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 60,060.973 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon entfielen 5,174.732 kWh auf die Kraftwerke im Quellengebiet der I. Wiener Hochquellenleitung, 10,794.079 kWh auf die Kraftwerke im Quellengebiet der II. Wiener Hochquellenleitung und 44,092.162 kWh auf das Kraftwerk Gaming an der II. Wiener Hochquellenleitung.

Im Rahmen der Neubauten und Bauvorhaben wurde im Zuge des Ausbaues des Frühwarn- und Sicherheitssystems im Bereich der I. Hochquellenleitung in der KG Mödling eine unterirdische Güteüberwachungsstation neben dem Leitungskanal errichtet. In dieser Station sollen wesentliche Qualitätsparameter des Wassers laufend vollautomatisch gemessen und in die Zentrale nach Wien übertragen werden. Der Probetrieb wird im Februar 1992 beginnen. Im Projekt Pfannbauernquelle wurde der wasserrechtliche Probetrieb mit einer Förderungsleistung von 220 l/s fortgesetzt. Entsprechend den wasserwirtschaftlichen Erfordernissen waren die Anlagen insgesamt 5.337 Stunden im Versorgungsbetrieb, wobei 4.158,770 m³ Quellwasser in die I. Hochquellenleitung eingeleitet wurden. Weiters wurden Konvergenzmessungen, Leitfähigkeitsmessungen und Kernbohrungen im Wetterinstollen durchgeführt, eine Batterie-ladestation für die E-Lok errichtet und die 20-kV-Schaltanlage im Hebewerk revidiert. An der II. Hochquellenleitung wurde der Bau der Umgehungsleitung im Bereich Zugangsstollen 50 (Kirnberg) fortgesetzt. Die im September 1990 begonnenen Bauarbeiten konnten im Dezember 1991 fertiggestellt werden. Es wurden insgesamt 382 lfm Ort betonleitung mit einem Durchmesser von 1800 mm und 120 lfm Stollen einschließlich der notwendigen Einbindung in die bestehende Leitung projektgemäß hergestellt. Bedingt durch eine extreme Hochwasserführung der Erlauf gestalteten sich die Bauarbeiten sehr schwierig und mußten zeitweise komplett eingestellt werden.

Die Wasserwerke planen weiters, die Bereiche der II. Hochquellenleitung in Scheibbs und beim Zugang 52, wo durch die ungünstigen geologischen Verhältnisse Schäden an der Leitung entstanden sind, durch neue Stollen zu umgehen. Die neuen Stollen werden in geologisch wesentlich günstigeren Bereichen liegen und nach besser geeigneten, neuen Stollenbauverfahren gebaut werden. Nach Fertigstellung der Vorprojekte im Jahre 1990 konnte 1991 die eigentliche Planung für beide Vorhaben betrieben werden. Für das Projekt Umgehungsstollen Scheibbs wurde nun die wasserrechtliche Bewilligung eingereicht, ebenso beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds um Förderung angesucht. Kleinere Verfahren wurden bereits abgewickelt. Das Projekt Umgehungsstollen bei Zugang 52 wird Anfang 1992 soweit sein, daß um wasserrechtliche Bewilligung und Förderung durch den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds eingereicht werden kann. Für die III. Wiener Wasserleitung wurde die hydrologische Beweissicherung entsprechend der Auflagen des wasserrechtlichen Verfahrens fortgesetzt. Hiezu wurden regelmäßig Wasserstands- und Temperaturmessungen in Grundwassersonden und in Gerinnen des Piesting- und Fische-Systems durchgeführt und Abflußmessungen vorgenommen. Aus den Tiefenbohrungen in Schranawand wurden monatlich aus verschiedenen Horizonten Proben zur Bestimmung des Chlorkohlenwasserstoff-Gehaltes entnommen. Sämtliche Daten wurden mit Hilfe der EDV ausgewertet. Im Behälter Unterlaa wurden die Versuche für die Entfernung der chlorierten Kohlenwasserstoffe aus dem Wasser fortgesetzt.

Zur Fortsetzung (Wiederaufnahme) des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens sowie der Betriebsgenehmigung für das Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke wurde ein Arbeitskreis, der aus Vertretern der MD — Büro des Magistratsdirektors, der MD — Baudirektion — Gruppe Umwelttechnik und technische Betriebe sowie der MA 58 und der Abteilung besteht, gegründet. Nach Gesprächen mit der Obersten Wasserrechtsbehörde wurden für die Fortsetzung des Verfahrens Unterlagen, wie aktuelle Motivenberichte (Verbrauchsprognose, Bedarfsdeckung, Ausbaukonzept der Wiener Wasserwerke bis 2010) sowie aktualisierte Parteienlisten, erarbeitet. Für Anfang 1992 ist die Antragstellung mit Vorlage der Berichte vorgesehen. Weiters wurde die Ausgestaltung des Grundwasserwerkes Wöllersdorf fortgesetzt. Ein zum Ringleitungssystem gehöriger, nicht mehr dem Stand der Technik entsprechender Rohrstrang DN 175 wurde auf einer Länge von 590 m durch eine neue Leitung DN 150 ersetzt. Der bauliche Zustand des Betriebsgebäudes wurde wesentlich verbessert.

Die Wasserwerke planen ferner, die Versorgung der hochgelegenen Gebiete am westlichen Stadtrand, die derzeit aus

vielen kleinen, einzelnen Pumpzonen bestehen, zu einer einzigen Versorgungszone mit einem neuen Wasserbehälter im Bereich der Jubiläumswarte zusammenzufassen. Im Jahr 1991 wurden die Planungsarbeiten betrieben. Mit der Fertigstellung der Planung ist Anfang 1992 zu rechnen. Als Vorarbeiten für den Bau der Ringleitung West wurden die Rohrleitungen im Bereich des Behälters Steinhof entsprechend den späteren Ansprüchen umgebaut. Beim Neubau des Wasserbehälters Schmelz samt Ableitung Gablenzgasse wurde im Jänner der letzte Deckenbeton eingebracht. Damit war der Behälter im Rohbau fertiggestellt. Im Anschluß wurden die Arbeiten am Innenausbau durchgeführt, vor allem der Einbau der zum Betrieb notwendigen Rohrleitungen. Auf der fertigen Rohdecke wurden Wärmedämmung, Dachhaut und Schutzestrich aufgebracht. Die noch fehlenden Teile des Ableitungsrohrstranges in der Gablenzgasse konnten eingebaut werden, gemeinsam damit wurden auch die alten Transport- und Versorgungsleitungen erneuert. Behälter und Ableitung konnten bis Ende September fertiggestellt werden, so daß das ganze System, das aus der bereits früher verlegten Zuleitung, dem Behälter und der Ableitung besteht, Anfang Oktober in Betrieb gehen konnte. Mit den Arbeiten an den Sportplätzen, die die Abteilung für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung auf der Behälteroberfläche errichtet, wurde im September begonnen. In der Kaiserebersdorfer Straße wird weiters der alte Versorgungsrohrstrang durch eine Transportleitung DN 600 und eine Versorgungsleitung DN 200 ersetzt. 1991 wurde dieser Austausch von der Florian-Hedorfer-Straße bis zur Hörtinggasse durchgeführt. Nach der Festlegung des Straßenbauprojektes für die Landstraßer Hauptstraße konnte im Herbst mit der Erneuerung der Rohrstränge begonnen werden. Es ist geplant, im Bereich zwischen Kundmannsgasse und Schlachthausgasse die Versorgungsrohrstränge neu zu verlegen, ebenso die Transportleitung DN 800 zwischen Wassergasse und Apostelgasse. Der Transportrohrstrang DN 870 soll zwischen Apostelgasse und Schlachthausgasse von innen saniert werden. 1991 wurde der DN-200-Versorgungsrohrstrang auf der Seite der geraden Ordnungsnummern von der Oberzellergasse bis zur Schlachthausgasse neu verlegt. Die Transportleitung vom Behälter Schafberg wird wegen des hohen Alters und der teilweise ungünstigen Lage auf einem Privatgrund durch einen neuen Rohrstrang ersetzt. Gleichzeitig werden auch die alten Versorgungsleitungen erneuert. Im Jahre 1991 wurden Rohrstränge in der Möhnergasse, Thimiggasse und Alseggerstraße verlegt. Die Arbeiten werden 1992 abgeschlossen werden. Das Behälterprojekt Bisamberg dient zur Sicherung der Versorgung des 21. und 22. Bezirkes durch eine ausreichende Behälterreserve. 1991 wurden Vorarbeiten zum Projekt durchgeführt. Es wurde die Trassenhebung der für das Behälterprojekt notwendigen Transportleitungen durchgeführt. Die für den Betrieb des Behälters notwendigen hydraulischen Untersuchungen wurden durchgeführt. Für die Trassenabschnitte der Behälterzu- und -ableitung, die nicht im öffentlichen Gut liegen, wurden die notwendigen Verhandlungen mit den betroffenen Eigentümern begonnen. Am Behältergrundstück wurden Baugrunduntersuchungen und Geländeaufnahmen durchgeführt. Es wurden auch die für die verschiedenen Genehmigungsverfahren notwendigen Planunterlagen erstellt. In einer zweiten Sanierungsstufe wurde die Innensanierung des Behälter- und Schieberbauwerkes Hackenpläzchen durchgeführt. Die Behälterwand wurde zur Schieberkammer durch Injektionsarbeiten abgedichtet, das Schiebergebäude im Inneren umfassend saniert. Die elektrotechnischen Installationen zur Steuerung und Objektsicherheit des Behälters wurden erneuert.

Vom 15. Mai bis 30. Juni 1991 fand im Wiener Stadtpark die Ausstellung „Wasser, das Element und die Stadt“ statt. Diese Ausstellung hatte die Zielsetzung, alle Bereiche zum Thema Wasser, die in der Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport vertreten waren, darzustellen. Die Abteilung hatte die Projektleitung, die Konzeption, Planung, Produktion, Durchführung und den Abbau der Ausstellung durchgeführt.

Nach Erteilung der Baugenehmigung für das Archiv Knödelhüttenstraße wurde die Detailplanung des Bauvorhabes durchgeführt. Der außer Betrieb befindliche Behälter und das Maschinenhaus wurden in ein Planarchiv der Abteilung umgebaut. Die Pumpenanlage wird in einem baulich getrennten Bereich des Maschinenhauses untergebracht.

Die „Wiener-Wasser-Welt“ umfaßt die Neugestaltung der Fußgängerzone Meiselmarkt. Die Abteilung nahm an den Planungsbesprechungen dieses Projektes teil und gestaltete die in der Bezirksvorstehung des 15. Bezirkes durchgeführte Präsentation des Projektes.

Die 3. Hauptleitung unterstützt die beiden bestehenden Hauptleitungen, die das Gerüst der Wasserversorgung in den westlichen und höhergelegenen südlichen Bezirken Wiens bilden, und ermöglicht deren Sanierung. Die Projektunterlagen mußten für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds in zwei große Bauabschnitte untergliedert werden. Für den Bauabschnitt 01 liegt die Zusage vor. Die wasserrechtlichen, die eisenbahnrechtlichen, die naturschutzbehördlichen Bewilligungen, die forstrechtliche Bewilligung sowie diverse Verwaltungsvereinbarungen wurden erwirkt. Die Bauabschnitte 1.1 und 1.2 wurden ausgeschrieben. Mit den Bauarbeiten zum Bauabschnitt 1.1 wurde im September begonnen.

Für die mögliche Nutzung von tiefliegenden, geschützten Grundwasserreserven in Notsituationen wurde von der MA 29 — Geologie eine Gutachtergruppe namhaft gemacht und dieser 1989 der Auftrag zur Ausarbeitung eines Lagerstättengutachtens erteilt. Das umfangreiche Datenmaterial mußte weitreichend überarbeitet werden. Die Ergebnisse lassen bereits jetzt Schlüsse auf erschrotbare Wassermengen im Hinblick auf eine Notversorgung der Stadt Wien erwarten. Weiters wird hiermit erstmalig der geologisch-sedimentologische Aufbau übersichtlich dargestellt.

Die Beweissicherungsarbeiten für das Grundwasserwerk Lobau wurden fortgesetzt und vertraglich für das bevorstehende Kraftwerk Freudenau abgeändert. Die Brunnenbauarbeiten wurden schrittweise jeweils nach stationären Pumpversuchen, entsprechend dem behördlich auferlegten Ausbau- und Versuchsprogramm, abgeschlossen. Der

provisorische Betrieb des Brunnens 9 wurde auf Grund ausgeprägter lokaler Kontaminierung aufgenommen. Weiters erfolgten die weitgehende Errichtung der Brunnenkammern und die Installation der elektrischen Anlagen in den Kammern sowie in der Subzentrale Lobau. Es wurde eine flächendeckende Untersuchung des gesamten Wasserschutzes, die die Kontaminierung mit Kohlenwasserstoffen betrifft, durchgeführt, ebenso eine Modelluntersuchung zur Erstellung einer Betriebsvorschrift. Für das Grundwasserwerk Donauinsel Nord wurde ein ganzjähriger Versuchsbetrieb aufgenommen. Es erfolgten hydrologische Beobachtungen und Auswertungen. Laufende Qualitätsuntersuchungen an der Donau, der Neuen Donau und an Brunnen sowie Pilotversuche am Brunnenwasser zur Entwicklung optimaler Aufbereitungstechnologien wurden durchgeführt, Vorarbeiten zur Projektierung der nächsten Ausbaustufe in Angriff genommen.

Gemäß Bescheid der Niederösterreichischen Landesregierung wird die Entsorgung der Abwässer und Schlämme des Wientalwasserwerkes dem Stand der Technik angepaßt. Für die Schlammräumung in den Vorklärbecken wurde ein für Österreich neuartiges System installiert, die Vorklärbecken wurden entsprechend angepaßt. Das projektierte Schlammmentwässerungsverfahren wurde auf Grund unwirtschaftlicher Ergebnisse auf ein konventionelles Entwässerungssystem umgeplant, ausgeschrieben und vergeben. Die Fertigstellung wird 1992 erfolgen.

Im Rahmen der Erhaltungsarbeiten wurden zur Erhaltung und Ausgestaltung der Fernleitungsanlagen in der I. Hochquellenleitung sieben Abkehren mit folgenden Leistungen ausgeführt: Insgesamt wurden 545 m² Gewölbeschleifputz hergestellt, 410 m² schadhafter Gewölbeverputz und loses Mauerwerk abgeschrämmt und 429 m² bewehrter Spritzbeton aufgebracht. Mit dem Fertigmörtel Ravenit D wurden 806 m² torkretiertes Gewölbe endbeschichtet. Außerdem wurden im Bereich des Aquäduktes Leobersdorf auf 1.203 m² eine U1-Beschichtung hergestellt. Zur dauerhaften Behebung von Undichtigkeiten im Aquädukt Liesing wurde auf einer Länge von 477 m (2.390 m²) eine Folienauskleidung montiert, der Leitungskanal auf einer Länge von 9,5 km maschinell gereinigt. Im Zuge der Abkehren wurden außerdem Stationierungsmarkierungen im Leitungskanal nachgemessen und korrigiert. Abgesehen von den laufenden Erhaltungsarbeiten wurden außerhalb der Abkehren folgende Arbeiten durchgeführt: Die Abdeckung des Aquäduktes Mödling wurde fertiggestellt. Im Zuge dieser Arbeiten wurde die Abblaskammer teilweise umgebaut und neu adaptiert. Die Neubauteile dieser Kammer und die darunterliegende Stützmauer wurden durch Verblendung mit Konglomeratsteinplatten dem ursprünglichen Baukörper angepaßt. An Ziegelmauerwerksoberflächen der Aquädukte Baden, Mödling, Liesing und Mauer wurden zahlreiche Schadstellen mit Mörtel ausgefüllt. Zur Abdichtung wurde, soweit erforderlich, rostgeschütztes, engmaschiges Baustahlgitter an Seitenflächen und in der Bogenleibung montiert. Die Oberseite des Aquäduktes Leobersdorf wurde auf einer Länge von 280 m mit Stahlbetonfertigteileplatten wasserdicht abgedeckt. Im Zuge dieser Arbeiten wurde der Entleerungsgraben in den Triestingbach durch eine Stahlbetonrohrleitung DN 800 mit einer Länge von rund 180 m ersetzt und damit eine wesentliche Verbesserung der Leistungsfähigkeit erreicht. Im Rahmen des Frühwarn- und Sicherheitssystems wurden als Ersatz der Einstiegtürme 14 neue Einstiegschächte aus Beton mit Sicherheitsdeckel und zusätzlicher Abdeckung durch einen Betonfertigteile hergestellt. Im Zuge der Erhaltung der Rohrleitungsstollen im Quellgebiet I wurden im Schnealpenstollen rund 150 m zerstörte Sohle entfernt und neu hergestellt und im Wetterinstollen 60 m Wassergraben neu betoniert. In Fortsetzung der Arbeiten an den Sicherheitseinrichtungen wurden am Wasserschloß Kaiserbrunn und im E-Werk Kaiserbrunn die Lichtschächte ersatzlos entfernt. Auf dem Hochstegaquädukt wurde ein Sicherheitseinstieg montiert. Im Bereich der Wassergüteüberwachung wurde für die Station Großes Höllental die Stromzuführung in Angriff genommen, wobei rund 1.000 m 20-kV-Erdkabel, etwa 650 m 20-kV-Stollenkabel verlegt wurden und eine Trafostation im Weichtal errichtet wurde. Die Station Wasserschloß Reibtal und die Kammer G in Hinternaßwald sowie der Schnealpenstollen 842 (sieben Quellen) wurden gerätetüchtig fertiggestellt. Auf der Schnealpe wurde eine automatische Wetterbeobachtungsstation installiert. Im Rahmen der Leistungssteigerung der Fernmeldeleitung wurden in Reichenau 600 m Erdkabel und im Leitungsstollen zwischen Kaiserbrunn und Kraftwerk Hirschwang rund 2 km neues Stollenkabel verlegt. Bei den Kraftwerken Hinternaßwald, Naßwald, Kaiserbrunn und Hirschwang wurden Revisionen durchgeführt. Bei Schwarzasteg im Weichtal wurden die Streben und ein Teil der Holme ausgewechselt. Die Stützmauer „Schusterleiten“ in Hinternaßwald wurde generalsaniert. Im Rahmen der Abkehr wurde neben umfangreichen Kabellegungen auch auf 267 m die Schleifputzkante wegen Wassermehreinleitung aus der Pfannbauernquelle erhöht. Für die Ausstellung „Wasser“ wurde am 5. und 6. Juni ein historischer Wasserreiterzug von Kaiserbrunn nach Wien — Stadtpark — organisiert.

An der II. Hochquellenleitung wurden bei insgesamt vier Abkehren auf 3.800 m² Abdichtungsarbeiten mit zementgebundenem Spezialmörtel, auf 70 m² Sohlansanierungen durchgeführt, 42 Schächte für die Sohlrainagen hergestellt, 500 lfm Sohlrainagen geprüft und 20 Armaturen erneuert bzw. repariert. Es wurden zahlreiche Bauwerkskontrollmessungen und 18 Kernbohrungen zur Feststellung der Betonqualität ausgeführt. Weiters wurden Bohrungen zur Erkundung von Hohlräumen hinter Stollenausmauerungen vorgenommen. Der Einbau von Sicherheitsbelüftungen in den Dükereinlaufkammern wurde weiter fortgesetzt. Zur Stabilisierung von Rutschhängen wurden im Rahmen der Möglichkeiten in allen Abschnitten die Hangentwässerungen überprüft bzw. saniert. Es wurden drei Stück neue Schächte zum Einbau der Waschmaschine und sieben Stück neue Sicherheitsschächte ein- bzw. umgebaut. An den Betriebsgebäuden wurden diverse Sanierungsarbeiten durchgeführt. Im Quellgebiet II wurden neben den laufenden Reinigungs- und Erhaltungsarbeiten Verlandungen im Brunnsee ausgebaggert sowie umfangreiche Zausanierungen

und Weginstandsetzungen durchgeführt. Im Höllbachkanal wurden 370 lfm 800-mm-Rohre verlegt. Im Brunngrabenstollen wurde das Profil teilweise verbreitert und mit dem Versetzen von Stahlkonsolen als Rohraufleger begonnen. Im Frommleitenstollen wurden rund 40 lfm Stollenprofil mit Betonsohlfertigteilen saniert. Bei den Kräuterbrunnenquellen wurde ein umfangreiches Untersuchungs- und Meßprogramm durchgeführt, für die Antenkarquelle ein Fassungsprojekt erstellt und bei der Behörde eingereicht. Das Kraftwerk M-Kammer wurde durch Herstellung einer kompletten Überdachung, durch Erneuerung der elektrischen Steuerung, durch Einbau eines neuen Einlaufkrümmers für die Siebenseeturbinen und durch umfangreiche elektrische Umbauten auf den Stand der Technik gebracht. Bei den Hochspannungsanlagen in Gschöder wurden zwei 20-kV-Trafostationen errichtet und zahlreiche Leitungsmaste saniert bzw. ausgewechselt. An Straßensanierungen wurden insgesamt 15.500 m² Spritzdecke bzw. Sandwichbelag ausgeführt. Das Frühwarn- und Sicherheitssystem wurde durch neue Sperrzylinder, Aushebesicherungen für Türen und Alarmer weiter ausgebaut. Bei den Dienstgebäuden wurden weiters umfangreiche Sanierungen vorgenommen.

Im Wientalwasserwerk wurde, veranlaßt durch Überprüfungen der Talsperrenkommission und der Wasserrechtsbehörde, für den Grundablaß ein Elektroantrieb der Schieber installiert. An der Transportrohrleitung DN 700 mm wurde ein Gebrechen behoben, in den Vorklarbecken eine vollautomatische Schlammensorgung nach modernsten Gesichtspunkten montiert. Ein Probebetrieb ist zur Zeit im Gang. Außerdem wurde der bauliche und sicherheitstechnische Zustand der Anlage durch Montage von NIRO-Sicherheitstüren und durch teilweise Erneuerung von Fassaden und Dachkonstruktionen weiter verbessert.

Was die Anlagen in Wien betrifft, so entschloß man sich nach Ausfall einer der drei Pumpen (Bruch der Antriebswelle) im veralteten Hebewerk Hungerberg I, das wesentlich jüngere Hebewerk Hungerwerk II so umzubauen, daß, ähnlich wie im Hebewerk Rosenhügel, der Pumpbetrieb von diesem Hebewerk sowohl in die Mitteldruckzone (rot) als auch in die Hochdruckzone (braun) möglich ist. Um bei Pumpbetrieb in die Hochdruckzone genügend Wasser zur Verfügung zu haben, mußte eine zusätzliche Behältereinpeisung aus der Druckzone rot (DN 400) errichtet werden. Die Steuerzentrale mußte ebenfalls umgebaut werden, wobei sie gleich so konzipiert wurde, daß künftig das Pumpwerk Hungerberg auch von der Zentrale Grabnergasse aus fernbetrieben und überwacht werden kann. Im Rohrkeller des Hebewerkes Unterlaa wurde ein Druckreduzierventil eingebaut, so daß die Tiefstzone (violett) nun nicht nur von den Behältern Hungerberg und Laaerberg, sondern auch von der Ringleitung Süd mitversorgt werden kann. Es soll damit später auch die gravitative Anpeisung des projektierten Behälters Bisamberg ermöglicht werden. In der Schieberkammer des Behälters Unterlaa wurde eine Entleerungsleitung DN 200 hergestellt. Im Rahmen der Restaurierung des wunderschönen Behälters Hackenberg brachte man die Mengenummessungen (Einpeise- und Entnahmeleitung), Wasserstandsanlagen und Sicherheitseinrichtungen auf den letzten Stand der Technik. Im neuen Behälter Schmelz, der Anfang Oktober in Betrieb genommen werden konnte, wurden die Mengenummessungen und Wasserstandsanlagen installiert sowie eine provisorische Innenbeleuchtung montiert. In der Übergangskammer Mauer wurde der noch aus der Zeit der Errichtung der II. Hochquellenleitung stammende indirekte Entleerungsschieber DN 1100 gegen einen gehäuselosen Plattenschieber DN 1000 getauscht. Im Grundwasserwerk Nußdorf mußte ebenfalls ein nicht mehr dichtschließender Entleerungsschieber DN 500 ausgewechselt werden. Weiters waren in diesem Grundwasserwerk größere Reparatur- und Wartungsarbeiten bei der Desinfektionsanlage erforderlich. Im Hebewerk des Grundwasserwerkes Lobau wurden die Anfahr- und Regelorgane der sechs Netzpumpen durch neue Anfahrklappen ersetzt. Zur Druck- und Mengenregelung erfolgte der Einbau eines Ringkolbenventils DN 600 in der gemeinsamen Druckabgangsleitung. Für die Sperrbrunnenreihe Lobau wurden die 12 vorgefertigten Brunnenschächte versetzt sowie die Installierung der starkstrom- und nachrichtentechnischen Einrichtungen für den Betrieb der Brunnen und deren Fernüberwachung fast zur Gänze abgeschlossen. In der Sandgasse im 19. Bezirk errichtete man in der dort befindlichen Meßkammer eine Drucksteigerungsanlage. Sie dient vor allem dazu, bei hohem Verbrauch eine bessere Notversorgung von Klosterneuburg zu ermöglichen, ohne die Versorgungsdrücke im betroffenen Wiener Versorgungsgebiet spürbar zu verschlechtern. In diversen Objekten wie Behältern, Pumpwerken, Brunnenanlagen, Desinfektionsanlagen (auch UV-Anlagen an den Außenstrecken), Druckreduzieranlagen (Claytonventile) sowie Druck- und Mengenmeßstellen führte man Instandhaltungs- und Revisionsarbeiten größeren und kleineren Umfanges sowie Störungsbehebungen an den hydraulischen, elektronischen, starkstromtechnischen und fernmeldetechnischen Anlagen durch. Bei sämtlichen Gleichrichter- und Batterieanlagen erfolgten die erforderlichen Wartungsarbeiten. 1991 erreichten die Kabellegungen für das betriebseigene Fernmeldekabelnetz in Wien eine Gesamtlänge von 8 km. Zu nennen sind auch die Kabellegungen in der Krottenbachstraße, Sonnleitensteig—Koschatgasse, im Bereich Leopold-Kunschak-Platz—Richthausenstraße, Brühlgasse—Herbststraße, Stadionbrücke—Stadionallee, Gustav-Jäger-Park, Scheibenbergstraße sowie Herbeckstraße—Schafberg. Im Bereich der Außenstrecken erfolgten Kabellegungen im Ausmaß von 22,6 km. Weiters mußten mehrere größere Kabelgebrechen geortet und behoben werden. An der Planung zur Errichtung eines Funkanlagensystems für die Datenübertragung wurde weitergearbeitet. Entsprechend dem EDV-Systemisierungsplan konnte auch 1991 die Ausrüstung von Arbeitsplätzen mit PC fortgesetzt werden.

An der Errichtung und dem Gelingen der Ausstellung „Wasser — das Element und die Stadt“ war das Personal der technischen Gruppen maßgeblich beteiligt. Im Amtsgebäude in 6, Grabnergasse 4—6, konnten sechs im Hofbereich laufende Raumklima-einzelgeräte für die Lastverteilungszentrale und die Telefonzentrale sowie für den Relaisraum und die drei EDV-Rechnerräume durch den Einbau einer lärmarmen, zentralen und erweiterungsfähigen Klimaanlage

ersetzt werden. Im Amtshaus und in einigen Dienstzimmern mußten die überalterten und bereits überlasteten Elektroinstallationen erneuert werden. Weiters konnten viele Büroräume EDV-gerecht umgestaltet und mit entsprechenden Zusatzmöbeln ausgestattet werden.

Neben den Bauarbeiten sind Wartungen und der Ausbau des Rohrnetzes von Bedeutung. Zur Beseitigung von Druckmangelercheinungen wurden in 13, Friedenstadtgasse, und in 10, Hutweidengasse, 444 m Rohrstrangverstärkungen durchgeführt. Im Zuge des erforderlichen Ausbaues des Rohrnetzes — meist koordiniert mit Straßenbaumaßnahmen — wurden 3.032 m Rohrstrang hergestellt. Von den aus der Zeit vor 1910 stammenden größtenteils undichten und auch funktional überalterten Rohrsträngen wurden Leitungen in einer Gesamtlänge von 15.718 m ausgetauscht. Über Antrag von Interessenten, insbesondere in Fällen von unzureichender Grundwasserquantität bzw. -qualität, wurden 5.378 m öffentliche Rohrstränge, im Zuge von Arbeiten in Bundesstraßen 1.993 m Rohrstränge verlegt. Bei Erhaltungsarbeiten sowie Behebung von Beschädigungen wurden 8.117 m Rohrleitungen ausgetauscht. Es traten 1.379 Gebrechen auf, und zwar 480 Rohr-, 417 Armaturen- und 482 Feuerhydrantengebrechen. Von insgesamt 1.004 Schieberkammern und Rohrkanälen wurden 733 kontrolliert, 20 saniert, 17 kassiert und 2 neu errichtet. Der Stand an Schieberkammern und Rohrkanälen betrug mit Stichtag 31. Dezember 1989. Zur Erfassung von Wasserverlusten aus dem öffentlichen Rohrnetz und zu deren Behebung wurden nach Maßgabe vorhandener Meßeinrichtungen 58 Volumenstrommessungen sowie 762 Abschnittkontrollen („Suchdienste“) einschließlich erforderlicher Feinortungen durchgeführt. Für das im Aufbau begriffene Netzinformationssystem zur EDV-unterstützten Verwaltung der Rohrnetzanlagen sowie zur Datenübermittlung in einen zukünftigen Einbautenkataster wurden 21.960 m Rohrleitungen geodätisch vermessen. Im Jahr 1991 wurden 13.424 m neugeherstellte Rohrleitungen sowie 58.562 m ausgewechselte Rohrleitungen in Betrieb genommen. Die Rohrstranglänge betrug mit 31. Dezember 3,113.711 m. Angeschlossen waren die erforderlichen Armaturen sowie 10.980 Feuerhydranten. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 2.191 Einsätze erforderlich, wobei von drei Einsatzfahrzeugen 35.781 km zurückgelegt wurden.

Ferner waren Hausanschlüsse und Wasserzähler zu betreuen. Bis Jahresende wurden 790 Neuherstellungen von Abzweigleitungen und T-Abzweigleitungen getätigt. Außerdem wurden 769 Wasserzähler neu eingebaut. An Abzweigleitungen, Spritzhydranten und Auslaufbrunnen traten 3.032 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 23.511 Wasserzähler ausgewechselt, in der betriebseigenen Werkstätte 20.021 Wasserzähler repariert. 92 Verstärkungen von Abzweigleitungen sowie 136 Ergänzungen wurden vorgenommen. Für die Neuherstellungen und Erhaltungsarbeiten wurden insgesamt 24.296 m Rohre verlegt. 1991 wurden 1.713 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei 348 Gebrechen festgestellt. Durch deren Behebung wurde eine Wassermenge von 3.913 m³ pro Tag eingespart.

Im Jahr 1991 fanden zwei Sitzungen der Wasserwirtschaftsfonds-kommission statt, wobei insgesamt 33 Großbauvorhaben mit 183 Baustellen in einer Länge von 38,9 km sowie Baukosten in der Höhe von 410,265.000 S eingereicht und zugesichert wurden. Davon entfielen auf Versorgungsleitungen Baukosten in der Höhe von 229,390.000 S und auf Transportleitungen Baukosten von 180,875.000 S. Zugesichert wurde dabei ein Darlehen von 258,911.000 S. Den Hauptanteil an den geförderten Bauvorhaben nahmen die 24 Sammelprojekte mit einem Darlehen in der Höhe von 144,087.000 S ein, der Rest entfiel auf die neun Einzelprojekte mit einem Darlehensbetrag von 108,697.000 S. Zugezählt wurden Darlehen in der Höhe von 193,960.000 S. Kollaudierungen gemäß dem Wasserbautenförderungsgesetz in seiner gültigen Fassung fanden 1991 bei insgesamt 6 Bauvorhaben statt. Bei den Einzelprojekten entfielen auf das Großbauvorhaben der 3. Hauptleitung, Bauabschnitt 01, die meisten Ausgaben in der Höhe von insgesamt 134,900.000 S. Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte betrug 38,144.771,06 S an Tilgungen sowie 15,465.646,36 S an Zinsen.

Neue Gesetze und Verordnungen sind in Kraft getreten. So wurden mit Bundesgesetzblatt Nr. 50 bis 53 vom 31. Jänner 1991 die Verwaltungsverfahrensgesetze wiederverlautbart. Für die Tätigkeit der Abteilung als Behörde waren vor allem die Änderung der Bevollmächtigung, die Änderung der Einbringung von Anbringen und die Änderung der Einbringung von Rechtsmitteln zu berücksichtigten. Bestehende Druckschriften mußten entsprechend überarbeitet werden. Mit 10. Dezember 1991 trat eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien in Kraft. Für die Abteilung von Bedeutung ist nunmehr auch die Zuständigkeit für die Öffentlichkeitsarbeit für den Wasserleitungsbetrieb neben der MA 53, so daß die bisher in der Praxis bereits geführten Geschäfte nunmehr auch in dieser Form zugewiesen sind.

Eine Reihe von Rechtsgeschäften war 1991 durchzuführen. So waren im Zusammenhang mit Wasserbauvorhaben der Abteilung die Einleitung, Abwicklung und Finalisierung von zahlreichen behördlichen Verfahren erforderlich. Zu erwähnen sind die vermehrt anfallenden eisenbahnbehördlichen Verfahren im Zusammenhang mit der Aufschließung der Gebiete jenseits der Donau und der laufenden Erneuerung des Stadtrohrnetzes sowie der 3. Hauptleitung. Für den Umbau und die Renovierungen an verschiedenen Wasserbehältern in Wien wurden die erforderlichen behördlichen Verfahren abgeschlossen. Im Rahmen des Neubaus des Behälters auf der Schmelz waren die rechtlichen Agenden gegenüber anderen Einbautenträgern wahrzunehmen und im Rahmen der Verwaltungsübergabe eine grundsteuermäßige Bearbeitung erforderlich. Für das Projekt 3. Hauptleitung wurde mit den betroffenen grundverwaltenden Dienststellen das Einvernehmen hergestellt und Verwaltungsübereinkommen erwirkt. Des weite-

ren wurden zahlreiche erforderliche behördliche Verfahren abgeschlossen sowie eine notwendige Leitungsdienstbarkeit vertraglich erwirkt. Betreffend das Grundwasserwerk Donauinsel Nord wurden Initiativen zur Weiterführung des Projektes gesetzt. Der für das Grundwasserwerk Lobau und Schüttelau bestehende Gesamtakt wurde überarbeitet, so daß die Verfahrensakte für diverse Nebenanlagen, Akte über privatrechtliche Vereinbarungen und fremde Projekte im wesentlichen abgeschlossen und registriert werden konnten. Im Bereich der I. Hochquellenleitung wurden mehrere Verfahren für die Realisierung von Projekten durch- und weitergeführt, insbesondere Kleinprojekte im Quellenschutzgebiet sowie in den Grundwasserwerksanlagen. Zur besseren Energienutzung einer Gefällestufe der I. Hochquellenleitung in Naßwald (Kraftwerk B-Kammer) wurden die erforderlichen behördlichen Verfahren eingeleitet und zum Teil auch bereits positiv abgeschlossen. Was die II. Hochquellenleitung betrifft, so wurden die Verfahren für zahlreiche Projekte neu eingeleitet, weitergeführt bzw. abgeschlossen, wobei insbesondere die vielfältigen Hangentwässerungsprojekte entlang der gesamten Trasse zu nennen sind. Damit im Zusammenhang und auch für geologische Aufschlußbohrungen entlang der gesamten Leitungstrasse waren zahlreiche Grundbenützung- und Flurschadensverhandlungen zu führen. Für das Projekt „Umgehungsleitung beim Zugangsstollen 50“ waren bei baulicher Fertigstellung langwierige Flurschadensverhandlungen mit den Grundeigentümern und der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer zu führen. Daneben wurden auch Verhandlungen zum Ankauf von Grundflächen aus dem öffentlichen Wassergut erfolgreich geführt. Auch wurde die grundbücherliche Durchführung der für das Projekt bestehenden Servitutverträge eingeleitet. Für das Projekt „Ersatzstollen Scheibbs“ wurden die Grundbesitzverhältnisse erhoben und mit dem hauptbetroffenen Eigentümer die Servitutverhandlungen sowie die Grundbenützung größtenteils abgehandelt. Weiters wurden die erforderlichen behördlichen und rechtlichen Verfahren eingeleitet. Für das Projekt „Verrohrung — Entleerung Perschlingbach“ wurden die Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern erfolgreich abgeschlossen. Dabei konnte nicht nur die Zustimmung für die Verrohrung, sondern auch für die Errichtung eines Zufahrtsweges zur Einlaufkammer des Perschlingbachdükers erreicht werden. Ebenso wurden die erforderlichen behördlichen Verfahren für dieses Projekt eingeleitet. Für das Vorhaben „Fassung der Antenkarquelle“, das durch Einleitung weiterer Quellwässer zur besseren und flexibleren Konsensausnützung der II. Hochquellenleitung dienen soll, wurden die erforderlichen behördlichen und rechtlichen Verfahren eingeleitet, wobei sich bereits gezeigt hat, daß bei diesem Projekt mit einigen grundsätzlichen Schwierigkeiten gerechnet werden muß.

Da der Fischereipachtvertrag mit den Österreichischen Bundesforsten im Wientalwasserwerk abgelaufen war, mußte ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Im Zuge dieser Verhandlungen konnte eine Verteuerung des Pachtzinses vermieden werden. Für die Errichtung eines neuen Betriebsgebäudes wurde das baubehördliche Verfahren durchgeführt.

Im Rahmen des Projektes Pfannbauernquelle wurde der zur Verbesserung der Betriebsführung eingeleitete Ankauf von Grundflächen im Bereich der Stollenportale, und zwar beim Baulos Lärchenstein Ost in der Krampen und beim Baulos Wetterin Ost in der KG Mürzsteg, in die Abschlußverhandlungen geführt. Die Fortsetzung des wasserrechtlichen und elektrizitätsrechtlichen Verfahren ist noch offen.

1991 kam es zu rund 50 Wasserrohrgebrechen, bei denen Schadenersatzforderungen zu verzeichnen waren. Die Liquidation der Schadenersatzforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt als Betriebshaftpflichtversicherung vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mußten. Außerdem sind vermehrt Schadensforderungen nach Kontrahentenarbeiten oder wegen erhöhter Wassergebühren bei Gebrechen an der Innenanlage nach Wasserzählerauswechslungen zu behandeln gewesen. Insgesamt rund 400 Schadensakte konnten im Zusammenhang mit Beschädigungen von Wasserleitungsanlagen abgeschlossen werden. Die teilweise anstandslos, anderenteils im Klagewege eingebrachten Beträge lagen bei rund 3,547.000 S. 1991 waren abermals Kostenersätze für beschädigte Wasserzähler vorzuschreiben, ferner fielen mehrere Berufungen gegen Kostenvorschreibungen an, die teilweise der Berufungsbehörde vorzulegen waren; auch Berichtigungen von Abgabenbescheiden waren mehrfach erforderlich. Auf Grund von Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane kam es zur Einleitung von etwa 30 Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes 1960. Weiters war die Teilnahme von Vertretern der Abteilung bei mehreren Zivil- und Strafprozessen vor Gericht als Zeugen erforderlich.

Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung des Bestandes und Betriebes aller Wasserleitungsanlagen mußten 50 Bestand-, Gestattungs- und sonstige Verträge neu abgeschlossen bzw. adaptiert werden. Für die Aufstellung von „Muhrbrunnen“ als öffentliche Trinkbrunnen wurden die erforderlichen Sponsorverträge errichtet und abgeschlossen. Für die MA 40 waren alle Bestand-, Pacht- und Mietverträge der Abteilung zu erheben und entsprechend zu melden. Hiezu kam noch die Ausstellung von 135 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen. Verschiedene behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden bearbeitet, wobei durch Teilnahme an Verhandlungen und die Verfassung entsprechender Stellungnahmen die Interessen der Abteilung rechtlich vertreten werden konnten.

Für die im Interesse der Stadt Wien gelegenen Vorhaben Fremder wurden Kostenzuschüsse durch die verfassungsmäßig zuständigen Organe der Stadt Wien auf Antrag der Abteilung genehmigt, und zwar für die Internationalen Neuberger Kulturstage 9.000 S, für die Steiermärkische Berg- und Naturwacht, Bezirksleitung Bruck/Mur, 3.000 S, für den Verein Wiener Aquennale 30.000 S und für den Musikverein Trachtenkapelle Neuberger/Mürz 3.000 S. 119 Fälle,

die die Gebarung mit Haftrücklässen betrafen, wurden abgewickelt. Ferner wurden mehrere Grundtransaktionen eingeleitet und abgeschlossen. Diese Grundtransaktionen hatten sowohl den Liegenschaftsankauf zur Erweiterung und Arrondierung der Quellschutzgebiete als auch den Abverkauf von Grundflächen, die aus betrieblichen Gründen nicht mehr erforderlich waren, zum Inhalt. Es mußten auch Grundabtretungen im Zuge des Ausbaues öffentlicher Straßen im Bereich der Anlagen der I. und II. Hochquellenleitung behandelt werden. Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Liegenschaftsvermögens im Besitze der Abteilung waren zahlreiche Akte hinsichtlich der Grundsteuer zu bearbeiten und evident zu halten. Neben den sonstigen Rechtsbehelfen war die Aufarbeitung von 36 Lieferungen „Österreichisches Recht“, von 22 Lieferungen des „Landesgesetzblattes für Niederösterreich“ und einer Lieferung der „Wiener Rechtsvorschriften“ erforderlich.

Stadtgartenamt

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes umfaßt die Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen. Es ist bemüht, das Angebot an Naherholungsbereichen im Stadtgebiet durch die Schaffung neuer Grünflächen zu erweitern und durch die Verbesserung und Umgestaltung bestehender Anlagen attraktiver zu gestalten. Im Jahre 1991 wurden 2.620 öffentliche Gartenanlagen mit einer Gesamtfläche von 17.530.439 m², darunter 21 Lagerwiesen mit 902.280 m² und der „grüne Prater“ mit 6.143.984 m² gepflegt und erhalten. Ebenso wurden 246 Schulgärten mit 679.430 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m², 255 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 491.533 m², 15 Jugendspielplätze mit 82.250 m² gärtnerisch betreut. In den Wiener Straßen stockten 77.723 Bäume. Die Erhaltung und Erweiterung des Baumbestandes sind eine der vordringlichsten Aufgaben. Der Baumbestand in den Alleen ist teilweise überaltert, so daß durch standortverbessernde Maßnahmen versucht wird, die Vitalität der Bäume zu aktivieren und eine längere Bestandsdauer zu erzielen. Ein Austausch des Oberbodens und der Einbau von Bewässerungsanlagen sollen durchgeführt werden.

Das Referat Planung erstellte Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für öffentliche Grünanlagen, Kinderspielplätze, Erholungsflächen, Straßengrün, Wohnhausanlagen, Schulen und Kindergärten. Bei der Erstellung von Grünkonzepten zu strukturverändernden städtebaulichen Projekten wurde mitgewirkt. Dies erfolgte besonders im Hinblick auf die Schaffung von Grün- und Erholungsräumen, aber auch zu deren Schutz und Erhaltung. In diesem Zusammenhang sind die Projekte „Donaukanal“, „Gürtel, West- und Südeinfahrt“, „Wiental“, „Liesingbereich“, „A-23-Verlängerung“, „Donauraum“ und „Stadterweiterungsgebiete“ zu nennen. An der Erstellung von Bezirksentwicklungsplänen, bei Gebietsbetreuungen und unter anderem am Viertelkonzept Erdberg wurde mitgearbeitet.

Eine Reihe von Gartenanlagen wurde neu hergestellt und instand gesetzt: Im 1. Bezirk wurde die Ringstraßensanierung im Bereich Schottenring—Franz-Josefs-Kai durch standortverbessernde Maßnahmen für die Alleebäume fertiggestellt. Es wurden ein Bodenaustausch vorgenommen, Bewässerungsanlagen eingebaut, Baumsanierung durchgeführt, Einfassungen gesetzt oder erneuert und Rasenflächen neu angelegt. Im 10. Bezirk wurde am Wienerberg das Straßenbegleitgrün instand gesetzt, die Grünflächen im Bereich der Aufschließungsstraßen der Wohnhausanlagen ausgestaltet sowie Sträucher, Bodendecker und Bäume gepflanzt.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau U 3 und U 6 wurden folgende Grün- und Parkanlagen umgestaltet bzw. neu hergestellt: So wurden im Bereich Dr.-Karl-Lueger-Platz, Ring, Weiskirchnerstraße und Stadtpark Bäume, Sträucher, Rosen und Bodendecker gepflanzt. Am Minoritenplatz waren die U-Bahn-Aufgänge zu gestalten, am Kardinal-Nagl-Platz im 3. Bezirk die Parkanlage mit 7.930 m² neu zu gestalten. So sind ein großzügiges Spielplatzangebot, Bereiche zur Kommunikation und ruhige Sitzbereiche vorgesehen, ebenso eine Hundezone. Im Bereich der U 6 wurden die erforderlichen Baumrodungen und Ersatzpflanzungen im 20. Bezirk durchgeführt. Nach der Errichtung des Entlastungskanal am rechten Donaukanalufer wurde die Ausgestaltung des 3. Abschnittes des Leitprojektes Donaukanal, die Erdberger Lände, fortgesetzt. Es wurden Kinderspielplätze, Sitzplätze, Bewässerungsanlagen und eine Beleuchtung eingerichtet, mit den Arbeiten im Abschnitt Weißgerberlande wurde begonnen. Die Flächen, die bei der Errichtung des Hochwasserschutzes für Wien am Rechten Donaudamm entstanden sind, wurden gärtnerisch gestaltet.

Im Rahmen der Dezentralisierung wurden mit Mitteln der Bezirksbudgets folgende Projekte durchgeführt bzw. begonnen: Auf der Jesuitenwiese im 2. Bezirk wurden Spielgeräte aufgestellt, im Schweizergarten im 3. Bezirk das Rosarium neugestaltet, im 4. Bezirk im Draschepark der Kinderspielplatz umgebaut, im 5. Bezirk im Bereich Grüngasse—Rüdigerstraße ein Spielplatz mit Spielhügel sowie ein Sitzplatz mit Trinkbrunnen errichtet und die Einfriedung für die gesamte Grünanlage hergestellt. Im Esterhazypark im 6. Bezirk wurde ein Öko-Ballsportplatz, im 8. Bezirk im Hamerlingpark eine Hundezone angelegt. Im 9. Bezirk wurden in der Altmüttergasse im grünen Durchgang über dem Alserbach gärtnerische Instandsetzungsarbeiten durchgeführt und die Bepflanzung ergänzt. Im 10. Bezirk wurde am Belgradplatz mit der Herstellung einer neuen Parkanlage begonnen, im 11. Bezirk in der Gadnergasse ein Lärmschutzwall begrünt. Der Wilhelmsdorfer Park im 12. Bezirk wurde erweitert und neugestaltet. So wurde auf der Fläche des ehemaligen Lagerplatzes (3.300 m²) ein Spielplatz mit einem Ballspielplatz und Geräten errichtet. Um die gesamte Anlage wurde eine neue Einfriedung hergestellt. Im 14. Bezirk wurde am Schöffelplatz das

verwilderte Areal durchforstet, und ein Kinderspielplatz sowie ein Verbindungsweg wurden errichtet. In der Niederpointenstraße wurde ein Spielplatz angelegt, der Guldenpark instand gesetzt und Sträucher gepflanzt. In der Kleingartenanlage Schmelz, 15. Bezirk, die den Bewohnern der umliegenden dichtverbauten Bezirksteile als Naherholungsgebiet dient, wurden die Durchgangswege gärtnerisch ausgestaltet. Am Mildeplatz im 16. Bezirk wurden die Parkanlage instand gesetzt, die Gehwege saniert, die Kinderspielplätze umgestaltet und Sitzplätze angelegt. Nach Errichtung einer verkehrsfreien Zone vor der Schule in der Wiesberggasse im 16. Bezirk wurde die Grünanlage umgestaltet. Weiters wurde die Grünanlage am Schuhmeierplatz instand gesetzt, die Parkanlage am Lorenz-Bayer-Platz im 17. Bezirk umgestaltet, ebenso der Clemens-Kraus-Park, wobei ein Kinderspielplatz errichtet werden konnte. Schließlich wurde der Anton-Baumann-Park im 18. Bezirk im Anschluß an die Errichtung der Fußgeherbrücke neu gestaltet, auf der Hohen Warte im 19. Bezirk eine Parkanlage als japanischer Garten neben dem neuerrichteten Pensionistenheim errichtet, in der Pappenheimgasse im 20. Bezirk ein Kinderspielplatz fertiggestellt und mit Geräten ausgestattet, der Leopoldauer Platz im 21. Bezirk gärtnerisch ausgestaltet und ein Sitzplatz errichtet, am Rennbahnweg im 22. Bezirk die Spielplätze umgestaltet.

In den Bezirken wurden die Standortbedingungen von Alleebäumen verbessert, im Zuge der Errichtung von verkehrsberuhigten Zonen und Wohnstraßen sowie nach Straßenumbauten Grünflächen angelegt und Baumpflanzungen durchgeführt, so in 2, Engerthstraße und Ausstellungsstraße, 10, Ettenreichgasse und Inzersdorfer Straße, 12, Hetzendorfer Straße, 13, Fichtnergasse und Münchreiterstraße, 14, Linzer Straße und Hütteldorfer Straße, 15, Goldschlagstraße, Minciostraße und Hagenstraße, 16, Johann-Staud-Gasse—Savoyenstraße und Wilhelminenstraße, 17, Hernalser Hauptstraße, 18, Gersthofer Straße, 19, Börnergasse, Muthgasse, Sieveringer Straße und Paradiesgasse, 20, Wallensteinstraße, 22, Schüttaustraße, Langobardenstraße und 23, Jochen-Rindt-Straße.

Organe des amtlichen Pflanzschutzdienstes haben 2.229 Gartenbegehungen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Zur Schulung der Gartenbesitzer wurden zwei Vorträge, eine Filmvorführung und ein Baumschnittkurs veranstaltet. Weitere Kurzinformationen wurden beim Besuch von 29 Fachberatersitzungen und 10 Vereinsversammlungen durchgeführt. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, wurden 5.789 Sendungen, nach der phytosanitären Ausfuhrkontrolle 24.368 Sendungen und entsprechend den Verordnungen nach dem Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, 6.701 Sendungen kontrolliert.

Bäder

Die Abteilung verwaltete insgesamt 52 in Betrieb befindliche städtische Bäder, und zwar 5 Volksbäder, 10 Warmbäder (Saunabäder), 7 Kombinationsbäder (Hallen- und Sommerbad), 11 Sommerbäder und 14 Kinderfreibäder. In Verwaltung, aber derzeit nicht in Betrieb sind die drei Kinderfreibäder im Auer-Welsbach-Park, in der Emichgasse und in Inzersdorf. Nicht mehr zuständig ist die Abteilung für das Stadthaltenbad und das Thermalbad Oberlaa.

Verschiedene bauliche und betriebliche Veränderungen wurden, wie in den vergangenen Jahren, durchgeführt. Abgeschlossen wurden im Dianabad die Sanierung aller fünf Saunakammern, im Amalienbad die des Whirlpools, im Apostelbad die des Tauchbeckens, im Weisselbad die Erneuerung der Elektroinstallationen, im Liesinger Bad die Instandsetzung der Saunakammern, im Laaerbergbad der Kanalschluß der Neutralisationsgrube und die Generalsanierung des Sportbeckens samt Filteranlage, im Schafbergbad die Erneuerung der Elektroverteiler, im Strandbad Alte Donau die Umstellung der Wasserversorgung von Brunnen auf Trinkwasser und im Strandhotel Stadlau die Errichtung eines Dusch- und WC-Objektes. Fortgesetzt wurden im Theresienbad die Erneuerung der Elektroanlagen, im Laaerbergbad die 2. Bauphase zur Sanierung der Dächer und im Gänschäufel die Instandsetzung von Dächern, Gebäuden und Installationen. In den Kinderfreibädern wurden diverse Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Begonnen wurden im Amalienbad die Erneuerungen im Saunabereich, im Theresienbad die Erneuerung der Warmwasserbereitungsanlage und die Instandsetzung der Dächer, im Hietzinger Bad die Instandsetzung des Hallenbaddaches und die Erneuerung der Trennwände in den Umkleidekabinen, im Ottakringer Bad die Erneuerung der Elektroanlagen, im Jörgerbad die Sanierung der Dächer, im Floridsdorfer Bad die Erneuerung der Fassaden, der Fenster, der Brauseanlagen in der Schwimmhalle und der elektrischen Anlagen, im Hermannbad die Erneuerung der Fassaden und der Fenster, im Volksbad 15 die Erneuerung der Fassaden und der Fenster, im Kongreßbad die Errichtung einer Zentralwerkstätte, im Laaerbergbad die Erneuerung der Fassaden beim Kabinentrakt sowie der Elektroanlagen, im Gänschäufel die Erneuerung des Wellenbeckens samt Nebenanlagen und die Errichtung einer Solaranlage sowie im Höpflerbad die Sanierung der Böschung. Vorarbeiten wurden für die Errichtung eines Allwetterbades in 14, An der Niederhaid, geleistet. Im Liesinger Sommerbad sind ein Zubau eines Hallenbades sowie die Sanierung der bestehenden Sauna, im Ottakringer Bad die Erneuerung des Sport- und Kinderbeckens samt Nebenanlagen im Sommerbad, im Theresienbad die Erneuerung des Kinderbeckens im Sommerbad, des Schwimmbeckens in der Halle, des Daches und der Lüftungsanlage in der Schwimmhalle, im Hietzinger Bad die Errichtung einer Rutsche im Sommerbad und von Großkabinen zur Verpachtung sowie im Gänschäufel die Sanierung des Werkstättenbereiches und des Cafés am Weststrand geplant.

Betriebliche Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Personalschulung und zu den Badewasseraufbereitungsanla-

gen wurden fortgesetzt. So wurden in weiteren fünf Bädern Fernanzeigen für Chlorgehalt und pH-Werte der Beckenwasser eingebaut. Neben den Erste-Hilfe-Kursen wurde im Herbst 1991 der 5. Sportbadewarte-Lehrgang durchgeführt, wobei 16 Teilnehmer den Kurs erfolgreich abschließen konnten. Die in Auftrag gegebene Organisationsuntersuchung über die städtischen Bäder wurde 1991 begonnen, das Ergebnis soll im Frühjahr 1992 vorliegen.

Im Jahr 1991 wurden in allen städtischen Bädern insgesamt 1,915.435 m³ Wasser, 14.621 MWh Strom, 421.560 l Heizöl (= 4.752 MWh), 1.564.914 m³ Gas (= 15.649 MWh), 55.475 MWh Fernwärme und 91.620 kg Koks verbraucht.

In der Saison 1991 waren in den städtischen Bädern mit 4,588.662 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 46.503 oder 1,0 Prozent weniger Badegäste. Auf die Schwimmhallen entfielen 1,342.646 (29,3 %), auf die Saunabäder 626.566 (13,7 %), auf die Brausebäder I. 398.021 (8,7 %), auf die Brausebäder II. 107.011 (2,3 %) und auf die Sonnenbäder 5.150 (0,1 %) Besucher. In die Sommerbäder kamen insgesamt 1,969.027 (42,9 %), in die Kinderfreibäder 88.195 (1,9 %) Badegäste.

Die Zahl der Besucher hat im Vergleich zum Vorjahr in den Schwimmhallen (+33.878 oder 2,5 %) und in den Saunabädern (+21.632 oder 3,5 %) zugenommen. In den Brausebädern (-9.354 oder 1,8 %) ist die Frequenz schon seit Jahren rückläufig, während in den Wannengebäuden, wie schon im Vorjahr, die Zahl der Besucher gestiegen ist (+2.875 oder 5,8 %). Entsprechend den relativ ungünstigen Wetterverhältnissen hatten die Kinderfreibäder (-11.459 oder 11,5 %) und Sommerbäder (-83.537 oder 4,0 %) Frequenzeinbußen zu verzeichnen.

Das 5-Jahres-Konzept für die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen wird weitergeführt, ein Wegweiserkonzept zu den städtischen Bädern auf dem öffentlichen Straßennetz und eine Nutzungsstudie über die Volksbäder Wiens werden erstellt. Ferner werden Überlegungen über den nunmehr funktionslosen und sanierungsbedürftigen Wasserturm im Sommerbad Laaerberg angestellt, Maßnahmen zur attraktiveren Gestaltung der Bäder durch zusätzliche Angebote von Pächtern (Tennisplätze, Fitneßbereich) sowie Werbe- und PR-Aktionen im Zusammenhang mit dem neuen Logo der Abteilung „Unsere Bäder“ durchgeführt.

Wasserbau

1991 hat die Gruppe Altlasten in bezug auf die Erkundung, Sanierung, Absicherung und Nachsorge von Altlasten folgende Vorhaben ausgeführt:

Im Frühjahr wurden die Arbeiten zur Absicherung der Altlast Hasswellgasse im 21. Bezirk mit dem Probetrieb abgeschlossen. Diese Altlast ist eine ehemalige Kiesgrube, die von den Wiener Stadtwerken — Gaswerke als Deponie für die Rückstände bei der Gasproduktion verwendet wurde, wobei es zu einer Kontamination des Grundwasserfeldes kam. Die Absicherungsmaßnahmen bestehen aus der Umschließung des kontaminierten Bereiches mittels einer Schmalwand im Großkammersystem, aus der Wasserhaltung mit Ableitung in den bestehenden Kanal und aus einer Horizontalabdichtung.

Zu Beginn des Jahres 1991 wurde mit der baulichen Realisierung des dritten Teiles zur Absicherung der Altlast Wienerberg-West, der Horizontalabdichtung, Sickerwasserfassung und Ableitung, Vertikalentgasung und Rekultivierung begonnen und Ende 1991 fertiggestellt.

Die Bauarbeiten zur Absicherung der Altlast Lackenjöchel im 22. Bezirk wurden weitergeführt und abgeschlossen. Diese Altlast ist eine ehemalige Kiesgrube, die von der Stadt Wien als Hausmülldeponie verwendet wurde, so daß es zu einer Kontamination des Grundwasserfeldes kam. Die Absicherungsmaßnahmen bestehen aus der Umschließung des kontaminierten Bereiches mittels einer Schmalwand im Großkammersystem, der Wasserhaltung mit Ableitung in den bestehenden Kanal und der Errichtung eines Grundwasserausgleichssystems.

Die am 3. Dezember 1990 begonnenen Altlastabbauarbeiten im 22. Bezirk für die Donau-City (ehemals EXPO 95) wurden planmäßig weitergeführt und nach geringen Erweiterungen Ende 1991 abgeschlossen. Der Abbaubereich ist durch die A 22 — Wagramer Straße — UNO-City und die Zufahrt zur IAKW begrenzt. Die Arbeiten umfaßten den Abbruch der Donauparkhalle und der Verwaltungs- und Betriebsgebäude, den Aushub von 675.162 m³ bzw. 1,065.557 t Bauschutt und Hausmüll sowie die Herstellung eines Rohplanums für die Errichtung eines Basisbauwerkes. Das Aushubmaterial wurde mittels einer Vorsortierungsanlage nach Deponieklassen aufgetrennt und durch Einblasen eines Luft-Sauerstoff-Gemisches (Bio-Puster-Verfahren) geruchsstabilisiert. Der erste Materialabtransport erfolgte am 17. Dezember 1990.

Im Jänner 1991 wurde mit den Absicherungsarbeiten bei der Altlast Spitzau begonnen. Bei dieser Altlast handelt es sich um mehrere ehemalige Schottergruben, die mit Hausmüll, Bauschutt, Aushubmaterial und Bentonitsuspension verfüllt worden sind. Das Projekt sieht die Umschließung der Altlast mit einer doppelten Dichtwand nach dem „Wiener Kammersystem“ mit Wasserhaltung vor. Auf der Deponieoberfläche wurde durch die Errichtung einer Horizontalabdichtung mittels HDPE-Folie eine Umlagerungsfläche geschaffen, auf die die hausmüllähnlichen Anteile des Aushubes vom Donaupark und der Aushub, der bei der Sanierung der Altlast Himmelteich angefallen ist, umgelagert wurde. Mit diesem Umlagerungsmaterial wurde eine Geländemodellierung nach den Vorgaben eines Landschaftsarchitekten durchgeführt. Nach Abschluß der Arbeiten wird das Gelände ein Teil des Grüngürtels im

22. Bezirk. Die Herstellung der Dichtwände wurde im Dezember 1991 abgeschlossen. Die Gesamtbauarbeiten werden im Herbst 1992 beendet sein.

Im April wurde mit der Sanierung der Altlast Himmelteich begonnen. Diese Altlast liegt im 22. Bezirk südlich der Niklas-Eslarn-Straße. Es handelt sich dabei um eine ehemalige Schottergrube, die Ende der 60er Jahre von der Stadt Wien mit Hausmüll verfüllt wurde. Das Sanierungsprojekt sah die komplette Räumung der Ablagerungen und die Herstellung eines Biotopes unter Einbeziehung des bereits im Westen der Altlast befindlichen unter Naturschutz stehenden Biotopes „Himmelteich“ vor. Das Aushubmaterial wurde auf die abgesicherte Altlast Spitzau umgelagert. Die Bauarbeiten wurden im November 1991 abgeschlossen.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt. Auf der Altlast Bitterlichstraße—Löwygrube im 10. Bezirk wurde, nachdem hier durch Methangasbildungen Gefahr im Verzug gegeben war, eine Gefährdungsabschätzung durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, daß eine Absicherung der Altlast und eine Absiedlung der darauf befindlichen Kleingartenanlage unbedingt erforderlich sind. Die Planungsarbeiten wurden abgeschlossen und das Projekt zur wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht. Die bauliche Realisierung ist für Ende 1992 vorgesehen.

Die Detailuntersuchung der Altlast Rudolf-Zeller-Gasse im 23. Bezirk wurde weitergeführt. Bei dieser Altlast handelt es sich um eine alte Müllschüttung der Stadt Wien, die in den ehemaligen Sandsteinbrüchen angelegt worden ist. Nach Abschluß des umfangreichen Erkundungsprogramms wurde eine Gefährdungsabschätzung durchgeführt. Auf Grund dieser Schätzung, die zeigte, daß Absicherungsmaßnahmen erforderlich sind, wurde mit der Erstellung einer Variantenstudie für die Absicherung begonnen.

Die Untersuchungen und Projektierungen für die Absicherung der Altlast Donaupark—Bruckhausen wurden abgeschlossen. Das Projekt sieht die Errichtung von Sperrbrunnen, eine Reinigung des Wassers in einem Schönungsteich (Iris-See) und die Ableitung dieses Wassers in die Donau vor. Die notwendigen behördlichen Bewilligungen wurden erwirkt. Das Projekt soll im Herbst 1992 baulich realisiert werden.

Neben diesen Projekten wurden weiters bei verschiedenen anderen Altlasten Erkundungsarbeiten, wie Luftbildauswertungen, Aufschlußbohrungen, Grundwasseranalysen usw., und Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen durchgeführt. Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Eine Neuauflage der Altlastenkarte erschien im Dezember 1991 gemeinsam mit einem Textband über die Altlastensanierung in Wien. Im Zusammenhang mit dem Altlastensanierungsgesetz wurden weitere Verdachtsflächen an das Bundesministerium mit dem Ziel gemeldet, daß sie in den Altlastenkatalog aufgenommen werden.

Im Bereich der Gruppe Amtssachverständige wurde neben der laufenden Arbeit, die unter anderem die Prüfung genehmigungsfähiger Projekte nach dem Wasserrechtsgesetz und die Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen beinhaltet, an 286 wasserrechtlichen, 230 gewerberechtlichen, 38 schiffahrtsrechtlichen und an 118 sonstigen Verhandlungen teilgenommen. Zusätzlich wurden 305 Ortsaugenscheine, Erhebungen bzw. Überprüfungen durchgeführt sowie 168 wasserbautechnische Stellungnahmen abgegeben. Laut Schiffsfahrtsgesetz 1990, BGBl. Nr. 87/1989, haben Amtssachverständige 12 Großschiffe, 356 Sportboote sowie 442 Mietboote überprüft. Außerdem wurden die Schiffahrtsanlagen, die zur Verheftung der Mietboote dienen, begutachtet.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für den Rechten Donaudamm, Abschnitt 2 c + d, Innstraße bis DDSG, weitergeführt. Das Projekt, das die Ergebnisse des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum“ berücksichtigt, sieht eine Vorschüttung in die Donau und die Errichtung einer Ufermauer im Bereich der Reichsbrücke vor und trägt damit der Bedeutung dieses Bereiches für die Schifffahrt Rechnung. Der Bereich des reinen Erddammes zwischen Innstraße und Haussteinstraße wurde fertiggestellt und bepflanzt. Im anschließenden 750 m langen Abschnitt wurde die Kaimauer fertiggestellt. Planungsarbeiten bezogen sich auf die Ausführungsplanung und die Projektierung weiterer Abschnitte des Rechten Donaudammes. Am linken Donauufer wurden die Baulose 1 und 2 des Entlastungsgerinnes zur Gänze abgeschlossen. Im Bereich stromab der Steinspornbrücke wurden die im Zuge der zweiten Ausbaustufe vorgesehenen Böschungsadaptierungen fertiggestellt. Die für die Ruder- und Kanu-Weltmeisterschaft notwendigen Einrichtungen wurden auf Grund der Erfahrungen, die man bei den Proberegatten 1990 gemacht hat, ergänzt. Planungsarbeiten betrafen den weiteren Ausbau des Donauhochwasserschutzes im Bereich der Lobau, die Bestandsdokumentation und die Erarbeitung von Betriebsordnungen.

Die Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte, neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten, das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfaßte auch die fertiggestellten Teile des Rechten Donaudammes. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, der Unterwasseraufwuchs im Bereich des Südtails der Neuen Donau auf einer Fläche von rund 100 ha fachgerecht zurückgeschnitten. Insgesamt wurden 12.000 m³ Wasserpflanzen entfernt. Nach dem Hochwasser im August 1991 wurden rund 70.000 m³ Schlamm von den Treppelwegen und den Böschungen der Neuen Donau entfernt. Weiters wurden die Böschungsschäden speziell im Bereich der Regattastrecke saniert. Zur Flächenreinigung und Entleerung von Müllbehältern wurde der 1988 angeschaffte „Inselstaubsauger“ erfolgreich eingesetzt.

Auf dem Gebiet der Gewässeraufsicht wurden neben der laufenden Arbeit unter anderem Anzeigen hinsichtlich der Gewässergefährdung nach 56 Schadstoff- bzw. Ölunfällen überprüft. Im Hinblick auf die komplizierten

Sanierungsmaßnahmen mußten in 130 Fällen Amtssachverständige eingesetzt werden. Weiters erfolgte die Teilnahme an insgesamt 33 wasserrechtlichen, 393 gewerberechtlichen (und 80 Nachüberprüfungen), 25 baubehördlichen sowie an 159 sonstigen Verhandlungen bzw. Besprechungen. Überdies wurden 820 Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt sowie 162 Senkgruben, 196 Kläranlagen und 13 Benzinabscheider durch Augenschein auf ihren Zustand überprüft. Im Kleinlabor der Abteilung wurden 40 Wasserproben, die Kläranlagen entnommen worden waren, untersucht und ausgewertet. Konnten Mißstände festgestellt werden, erfolgte die Einleitung der erforderlichen Maßnahmen. Ferner fanden 372 Kontrollen an Schottergruben und Planien statt. Im gleichen Zeitraum mußten 200 Brunnen hinsichtlich ihres Zustandes und der Einhaltung des wasserrechtlichen Konsenses und in 46 Fällen Feuerlöschbrunnen überprüft werden. Im Zuge der Altlastenerhebungen wurden weitere 37 6"-Sonden abgeteuft und 153 Wasserproben entnommen und der MA 15 — Institut für Umweltmedizin zur Überprüfung übergeben.

In Vollziehung des Hydrographengesetzes wurden 15 Meßstellen eingerichtet und erstmalig beprobt. 17 CKW-Anlagen (Putzereien) wurden auf Bodenkontamination untersucht. 8 Fließgewässer und stehende Gewässer wurden einer turnusweisen Überprüfung unterzogen. Im Wasserwirtschaftskataster wurden die „Gewässergüte Wien“-Aufnahmen 1987—1989 veröffentlicht. In 10 Fällen wurde Fischsterben gemeldet, ferner 5 Strafanzeigen erstattet und 21 Gewässerbegehungen durchgeführt.

Im Einzugsgebiet des Liesingbaches wurden zahlreiche Betriebsanlagen auf grundwasser- und niederschlagswassergefährdende Produkte und Lagerungen untersucht.

Die Ausbreitung der Borverunreinigung, die vom Betriebsgelände der Cheka-HandelsgesmbH in 22, Gotramgasse 11, ihren Ausgang nahm, wurde in zweimonatigen Abständen weiterhin beobachtet. In diesem Zusammenhang wurden 220 Wasserproben gezogen. Zur Feststellung der Ausbreitung von ClKW im Untergrund wurden insgesamt 260 Bodenluftmessungen durchgeführt. In den Gebieten 10, Absberggasse, und 16, Herbststraße, in denen man ClKW im Grundwasser feststellte, wurden weitere Untersuchungen durchgeführt. In der Umgebung einer Brauerei in Ottakring wurden erhöhte ClKW-Werte festgestellt. So wurden aus den Brunnen der Umgebung sowie aus den bereits vorhandenen U-Bahn- und HBW-Sonden Wasserproben gezogen. Im Zusammenhang mit der Verunreinigung durch ClKW in 2, Handelskai 385, sind derzeit Bodenluftabsaugungen im Gange. Bei einer Mineralölfirma in 22, Breitenleerstraße, wurden neben einer vorhandenen Altlast Verunreinigungen durch leichtflüchtige Kohlenwasserstoffe festgestellt. Als Sofortmaßnahme wurde und wird noch immer Grundwasser aus Brunnen abgepumpt und nach der Reinigung über Aktivkohle zur Versickerung gebracht.

Im Rahmen der Erfüllung des Hydrographengesetzes hat die Gruppe Hydrologie rund 230 Grundwasser-, Oberflächenwasser und meteorologische Meßstationen beobachtet und entsprechend den Richtlinien ausgeweitet. Das gesamte Meßnetz umfaßt etwa 1.100 Grundwassermeßstellen, 35 meteorologische Meßstellen und rund 25 Pegel an Oberflächengewässern. An etwa 150 Grundwassermeßstellen wurden die Temperaturmessungen weitergeführt, mit der Auswertung der Daten, die seit 1987 vorliegen, wurde begonnen.

Auf Grund zweier Hochwasserereignisse im Wienfluß und eines Großereignisses an der Donau wurden hier Sondermessungen durchgeführt und anschließend Auswertungen vorgenommen. Die qualitative Beweissicherung der Neuen Donau und des Ist-Zustandes der Verhältnisse vor Beginn des Dotationsversuches Lobau — in diesem Fall auch in quantitativer Hinsicht — wurde fortgesetzt. Die Untersuchungen über die Dichtungsmaßnahmen in der unteren Stauhaltung der Neuen Donau wurden ebenfalls fortgeführt. Weiters wurde ein Bericht über das Donauhochwasser 1965 in Auftrag gegeben.

Die Gruppe Schutzwasserbau-Neubau war mit Planungsarbeiten, der Verbesserung des Hochwasserschutzes, Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung und vielfältigen Baumaßnahmen hinsichtlich der Bäche und Gerinne befaßt. Nach Fertigstellung der landschaftsgerechten Gestaltung eines Musterabschnittes am linken Ufer der unteren Alten Donau südlich der Großen Buchtstraße wurden die generellen Planungen für den Folgeabschnitt bis zum Südende der Alten Donau abgeschlossen. Die naturnahen, gesicherten und gestalteten Uferzonen mit Erholungsfunktion werden durch bepflanzte Flachwasserzonen und darauf abgestimmte Holzkonstruktionen zur Freizeitnutzung (Terrassen, Stege, Schwimmlöße) erreicht. Mit den Maßnahmen soll 1992 begonnen und die Ufergestaltung, in Abstimmung mit dem Baufortschritt des dritten Donaufelder Sammelkanals, vorgenommen werden.

Nach Abschluß der Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Liesing mit integrierter Landschaftsgestaltung (Hochwasserrückhalteanlagen) soll ein Grundsatzkonzept zur Revitalisierung des gesamten Bachlaufes im Sinne des Stadtentwicklungsplanes erstellt werden. Dessen Ziel, einen naturnahen Zustand der Liesing unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Hochwasserschutzes zu erreichen, soll durch die Verbesserung der Wassergüte, durch ökologisch wirksame, kleinräumige Maßnahmen sowie durch großräumig naturnahe Umgestaltung des Baches und des Talraumes verwirklicht werden. Die Beauftragung eines kompetenten Planungsteams wurde in die Wege geleitet.

Für die bereits fertiggestellte Regulierung der Schwechat im Unterlauf („Bauabschnitt Wien“) wurde die Herstellung der Grundbuchordnung weitergeführt.

Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation der Lobau“, das eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das bestehende Alarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. In diesem Zusammenhang sind die Errichtung bzw. der Umbau von Stauhaltungen sowie die Aktivierung von Alarmen

in der Lobau geplant. Da die Umsetzung des Projektes schrittweise und zunächst über einen wasserwirtschaftlichen Versuch erfolgen soll, war vorerst nach Erstellung eines diesbezüglichen Projektes die hydrologische und ökologische Begleitbearbeitung weiterzuführen.

Der Bau des zweiten Abschnittes der Überleitung Neue Donau — Alte Donau wurde begonnen und die Unterquerung des linken Donauesammelkanals unter Anwendung der Spezialverfahren „Bodenvereisung“ und „Hochdruckbodenvermörtelung“ fertiggestellt.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau — Erhaltung umfaßt Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach und am Wienfluß.

In Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben wurde die Sanierung der Witterungsschäden an der Trennmauer Wienfluß — U 4 im Bereich zwischen der Zufferbrücke und der U-Bahn-Station Unter-St. Veit weitergeführt. Die Sanierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer und an den Wehren in Hadersdorf wurden zur Klärung von Haftungsfragen im Zusammenhang mit den Abdichtungsarbeiten an der Mauerkrone unterbrochen.

Für den Bereich des Rosenbaches, flußab des Dehneparks bis zur Mündung in den Kanal der MA 30, der Schäden aufweist und bereits in Abschnitten die Böschung zur Dehnegasse gefährdet, wurden die Sanierungsarbeiten weitergeführt. Sie stehen kurz vor der Fertigstellung.

Die Detailprojektierung zur Herstellung von naturnahen Rückhaltebecken unter Ausnutzung natürlicher Geländemulden und eines bestehenden Dammes im Oberlauf des Kräuterbaches wurde unterbrochen, da Baugrunduntersuchungen, Verhandlungen mit Anrainern und Besprechungen mit der Wasserrechtsbehörde notwendig wurden.

Im Hafen Kuchelau wurden Planungsarbeiten für ein Gesamtkonzept, das die Situierung und Ausführung von Anlegestellen sowie deren Benutzung durch die Bevölkerung betrifft, begonnen.

Am Mühlwasser wurden an einigen Grundstücken flußauf des Biberhaufenweges, die neu in Verwaltung genommen wurden, Bepflanzungen durchgeführt, um der Bevölkerung eine optimale Freizeitnutzung dieser Uferflächen zu ermöglichen.

Die naturnahe Teilregulierung der „Dürren Liesing“ im Bereich Pfitznergasse wurde abgerechnet.

Die Sanierungsarbeiten an der Uferstützmauer am linken Ufer der „Dürren Liesing“ entlang der Kaltenleutgebner Straße wurden fertiggestellt.

Die Bauarbeiten zur Sanierung des Asenbauergrabens in 23, Mauer, sowie dessen naturnahe Ausgestaltung wurden weitergeführt. Die Errichtung von Radwegunterführungen unter der Leopoldsdorfer Straße und der Unterlaaer Straße wurde zur Verbesserung der Führung des Liesingbach-Radweges im 23. Bezirk begonnen. Um die möglichen Varianten für den im Zuge des Ausbaues der Wienfluß- und Mauerbach-Retentionsanlagen notwendigen Umbau des Wienflusses hinsichtlich der Dauerhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit testen zu können, wurde mit der Herstellung einer Versuchsstrecke zwischen der Mündung des Mauerbaches und der Wolf-in-der-Au-Brücke in Hadersdorf im 14. Bezirk begonnen.

Im Zuge der geplanten Renaturierungsarbeiten an der Unteren Alten Donau wurde mit der Herstellung einer Ufer- und Seichtwasserbepflanzung im nordöstlichen Teil des Gänsehäufels begonnen.

Von den kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Projektierungen ist die Fertigstellung der Arbeiten an der Gewässerkartei für Wien, nach der Fertigstellung des Modellversuches „Sohlschwellen in der Liesing“ die Ausweitung des Modellversuches in einem Detailprojekt erwähnenswert. Als unvorhergesehene Arbeiten wurde die Herstellung eines Biotopes im Türkenschanzpark durchgeführt.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung arbeitete an insgesamt zehn Projekten, wovon sechs fertiggestellt wurden. Die Schwerpunkte der Arbeit der Gruppe lagen auf dem Sektor der Wassergütwirtschaft und auf der Erstellung des Projektes „Systemanalyse/Grundsatzstudie zur Errichtung eines wasserwirtschaftlichen Datenbanksystems“.

Im einzelnen wurden Untersuchungen über die Beschaffenheit von Straßenabwässern und Dachflächenwässern durchgeführt sowie eine wasserwirtschaftliche Voruntersuchung zur Grundwassersanierung gemäß § 33 f. WRG begonnen.

Die Erstellung eines Emissionskatasters an den Fließgewässern wurde fortgesetzt. Die Dambruchstudie und die Flutwellenuntersuchung für den Wienerwaldstausee wurden in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft fertiggestellt, ebenso die Untersuchungen am Zwillingsee zur Reduktion der Phosphatbelastung mit Unterstützung der MA 22. Die Arbeiten am Projekt WA 1c (Evidenz der Daten zum Grundwasserbewirtschaftungsplan) wurden fortgesetzt.

Projekte zur Wassermengenwirtschaft waren die Auswertung von Luftbilddaufnahmen zum Donauhochwasserschutz 1991 samt ergänzenden Aufnahmen und Berechnungen zur Ausweisung der Überflutungsflächen des HQ 30, eine wasserwirtschaftliche Untersuchung zur Grundwasserbilanz der quartären Bach- und Flußalluvionen im rechtsufrigen Wiener Stadtgebiet und eine wasserwirtschaftliche Studie für die Einrichtung dezentraler Brauchwasserversorgungsanlagen in Wien, insbesondere im Hinblick auf neue Wohn- und Betriebsbaugebiete.

Die Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung zum Schutz tiefer (tertiärer) Grundwasservorkommen wurden fortgeführt.

Auf Grund der Erfahrungen, die man mit dem Betrieb der automatischen Wassermeßstationen zur Erfassung der

Gewässerbeschaffenheit an Fließgewässern gemacht hat, konnte eine wesentlich verbesserte Software zur automatischen Probenahme installiert werden, so daß die Aussagekraft künftiger Messungen deutlich gesteigert werden kann. Eine fahrbare Wassermeßstation konnte für den flexiblen Einsatz im Rahmen des Liesingbach-Revitalisierungsprojektes der Gruppe Schutzwasserbau-Neubau angeschafft werden.

Weiters wurde in verschiedenen Arbeitskreisen (ÖWWV-Arbeitsausschuß „Erdwärmenutzung“, Planung Wiental und Liesingbach, Möglichkeiten der Brauchwasserversorgung in Staderweiterungsgebieten) mitgearbeitet sowie die behördliche Tätigkeit durch Mitwirkung und Stellungnahmen in Wasserrechtsverfahren wahrgenommen.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Abteilung ist in Stabsstellen und Betriebsabteilungen gegliedert. Die Stabsstellen werden als Referate bezeichnet und sind formell dem Abteilungsleiter zugeordnet. Die Referate sind zum Teil für zentrale Aufgaben (z. B. Budget), zum Teil in der Funktion eines Konsulenten für Betriebsabteilungen (z. B. Planungen) tätig. Der Abteilungsleiter und sein Büro erledigen neben den üblichen Leitungs- und Koordinierungsaufgaben auch Planungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Das Büro besorgt Aufgaben, wie das Führen der Anwesenheitsevidenz leitender Mitarbeiter, die Stichwortevizenz zu den Protokollen der Leiterbesprechungen und Direktionssitzungen, der Adreßdatei über Opinionleader, Fachleute, Firmen, potentielle Kongreßteilnehmer, Fachvereinigungen und deren Mitglieder, Wettbewerbsteilnehmer und Interessenten sowie Büroleistungen für nationale und internationale Kontakte.

Das Umsetzen von Reformvorstellungen ebenso wie die Bewältigung der ständig steigenden Zahl an Arbeiten in sämtlichen Gebieten der Kanzelei erforderte einen verstärkten Einsatz der zugeteilten Bediensteten, da eine Personalvermehrung nicht erreicht werden konnte. Die Bearbeitung des Postlaufes sowie die Protokollführung erforderten durch die Größenordnung der Abteilung, die Bürgernähe und die Kontaktnahmen mit In- und Ausland großen Einsatz, ebenso wie die Bestellungen von Kanzleimaterial, die Lagerhaltung, Ausgabe, die Nachschaffung sowie der Austausch von zahlreichen Büromaschinen und -geräten. Zu den weiteren Aufgaben zählen die Hausaufsicht, die Inventarbetreuung sowie die Veranlassung von Reparaturen und deren Überwachung. Die vorhandenen zwei Großkopierer und die Druckmaschine sind so ausgelastet, daß daran gedacht werden muß, ein weiteres Gerät anzuschaffen. Durch die Neugliederung der Abteilung, die Verlegung und Vermehrung von Büroräumen sowie durch den Referentenwechsel mußten sämtliche Verzeichnisse neu erstellt und die Einrichtung den Gegebenheiten angepaßt werden. Fachliteratur (Bücher, Broschüren, Leitfäden und Normen usw.) wurde wieder dem neuesten Stand entsprechend angekauft sowie viele Abonnements abgeschlossen, um mit laufenden Ergänzungen den erforderlichen Wissensstand zu erhalten. Weiters wurden Nachschlagwerke für wichtige Gesetze in der Kanzelei aufgelegt. Die Arbeits-, Aufenthalts- und Umkleieräume des Facharbeiter- und des Reinigungspersonals wurden einrichtungsmäßig verbessert, die Langzeitarbeitsräume (Funkraum, Inforum) durch neugeschaffene, praktisch ausgestattete Zusatzräume erweitert. Außerdem wurde, um Planvidierungen zu erleichtern, ein Gangraum entsprechend adaptiert. Ferner wurde, um dem Platzbedarf entgegenzukommen, begonnen, vermehrt Wandverbauten aufzustellen. Eine den Anforderungen entsprechende elektronische Telefonvermittlungsanlage wurde angekauft und in einem eigens dafür ausgestatteten Raum eingebaut.

Das Referat Budget und Datenverarbeitung hatte neben der laufenden Betreuung der Projekte Materialwirtschaft, Auftragsabrechnung und Fakturierung, KFZ-Verwaltung und Personalwesen sowie der abteilungsinternen Betreuung und Schulung auf PC und IBS die Leistungszulagen im Bereich der Hoheitsverwaltung und der Garagen per 1. Jänner 1991 umzustellen, die Detailorganisation und Implementierung der neuen Datenbank (PROGRESS) für die Systemmüllabfuhr und die Automatisierung der Microverfilmung durchzuführen sowie beim Detailkonzept für den geplanten Datenfunk und der Ausschreibungsunterlagen im Bereich der KFZ-Abschleppung mitzuwirken. Weiters wurden PC-IBS-Laserdrucker in den Referaten der Zentrale, Abfallbehandlungsanlage, Deponie Rautenweg und der KFZ-Abschleppgruppe eingesetzt und die VAX-Applikation um eine VAX-3400- und eine VAX-3100-Station (für die graphische Datenverarbeitung, GIS) erweitert. Die alte Olivetti-Konfiguration wurde abgebaut und deren Tätigkeiten auf VAX und PC umgestellt.

Für die Abteilungsleitung und einzelne Dienststellen waren laufend Statistiken und interne Kostenrechnungen zu erstellen, wie z. B. über den Treibstoffverbrauch pro Fahrzeug, Fahrzeuggruppe und Kilometer, die Kilometerleistung der einzelnen Fahrzeuggruppen, den Wasserverbrauch von Waschmaschinen und die Sondereinsätze von Fahrzeugen. Schließlich wurden Detailauswertungen vom Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien und eine Kostenaufstellung über einzelne Fahrzeuge oder Fahrzeuggruppen durchgeführt.

Bei der Realisierung des Abfallwirtschaftskonzeptes 1991 hat das Planungsreferat an der flächendeckenden Sammlung biologischer Abfälle (Biotonne) mitgearbeitet. Für die Verwertung von Altkunststoffen konnten neue Verbraucher im Rahmen des Magistrats ermittelt werden. Beispielsweise hat die MA 17 in Zusammenarbeit mit der Abteilung die Säcke für die nicht infektiöse Spitalsmüllfraktion auf Regenerat aus Altkunststoffen umgestellt. Ferner hat die Abteilung um die Genehmigung eingereicht, Einwegbehälter aus Regenerat für die städtische Problemstoffsammlung verwenden zu können. Es ist zu erwarten, daß die Behörde für diesen Zweck eine Sondergenehmigung



Mistfest im Rinterzelt

Foto: Rohmoser (PID)

Tulpentaufe „Golden Vienna“ durch Stadtrat Dr. Michael Häupl

Foto: Landesbildstelle





Amtsführender Stadtrat Rudolf Edlinger besucht das Straßenfest in Wien 2, Mayergasse

Foto: Landesbildstelle

Die neuen Sozialräume der Rathauswache

Foto: Hutterer (PID)



erteilt. Um den Einsatz von Altkunststoffen in Industrie, Handel und Gewerbe zu fördern, wurde ein Arbeitskreis unter Beteiligung aller Interessierten gegründet, der 1992 Vorschläge zur Verbesserung der Kunststoffverwertung ausarbeiten wird.

An Gutachten und Forschungsberichten haben Dritte in Zusammenarbeit mit der Abteilung wie folgt durchgeführt:

- Auswirkung von Kaliumkarbonat als Auftaumittel auf Pflanzen sowie Boden — Gefäßversuch 1. Stufe durch das Institut für Forstökologie der Universität für Bodenkultur Wien
- Auswirkung von Kaliumkarbonat als Auftaumittel auf Pflanzen sowie Boden — Freilandversuch 1. Stufe durch das Institut für Pflanzenphysiologie der Universität Wien
- Auswirkung von Kaliumkarbonat als Auftaumittel auf Pflanzen sowie Boden — Rasenversuch 1. Stufe durch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau, Wien
- Nutzungsmöglichkeiten für Hackgut aus Abfallholz durch die Technische Universität Wien
- Umweltverträglichkeitserklärung über die Geruchsentwicklung für das Kompostwerk Lobau, Ist-Zustand und Prognose durch die Prüfanstalt CET
- Qualitätsauswertung von Komposten aus der Biotonne durch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau
- Vermarktungschancen für Kompost aus der getrennten Sammlung durch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau
- Umwelthygienische Aspekte bei der Aufbereitung und Anwendung von Kompost aus der Sicht der Landwirtschaft durch Dipl.-Ing. M. Swoboda — Universität für Bodenkultur Wien
- Verfahrenstechnische Möglichkeiten zur Reinhaltung der Luft bei der Kompostierung durch Dipl.-Ing. M. Swoboda
- Abfallverringerung und -vermeidung in Gewerbe, Industrie und in öffentlichen Gebäuden durch Büro Dr. Vogel, Wien
- Verkehrserhebung zur Abschätzung der Baurestmassen für Wien durch Büro Vogel, Wien
- Wiener System- und Altstoffanalyse 1990/91; Ergebnisse durch Büro Vogel, Wien
- 13 Gutachten über die Deponie Rautenweg durch Prof. Dr. Strunz.

Ferner wurde eine Reihe von Versuchen und Untersuchungen durchgeführt. So wurden der Großtest für Industriewaschmittel und alle Betriebe der Abteilung auf umweltverträgliche Wasch- und Reinigungsmittel umgestellt. Die städtische Problemstoffsammlung wurde nach Vorversuchen im Herbst 1991 auf den Einsatz von Einweggebinden aus Kunststoff umgestellt. Die Abteilung erwartet sich dadurch eine wesentliche Verbesserung bei Transport und Zwischenlagerung. Weiters wurde das Kompostwerk in der Lobau im Spätherbst 1991 in Vollbetrieb genommen, ebenso die Z-Prosa in der zentralen Problemstoffsammelstelle und die Schlackenaufbereitungsanlage. Für die „Grüne Garage“ wurde die Grundplanung abgeschlossen, die Unterlagen für die Pflichtbesprechungen vorbereitet. Im Mistzelt wurde der Bahnanschluß erweitert und an der Containerbeladestation für Papier und Pappe, der Erweiterung der Kompostverarbeitungsanlage, am Einbau der neuen Brückenwaage und dem Freilager für Problemstoffe mitgearbeitet.

Die Mitarbeiter waren in den Normenausschüssen FNA 120, 157, 199, diversen FNUA und Arbeitsgruppen tätig. Ferner wurden Vertreter in die Ausschüsse 1 und 14 der ÖGUT entsendet, ebenso in den Fachbeirat, der im Auftrag des Umweltministeriums vom Konsumentenverein gegründet wurde. Schließlich wurden zwei neue ÖNORMEN bearbeitet und an der Überarbeitung von etwa 20 bestehenden Normen mitgewirkt. Zu Gesetzen und Verordnungen waren 21 Stellungnahmen auszuarbeiten.

Das Planbüro hat Kehrmaschinenpläne unter besonderer Berücksichtigung der technischen Gegebenheiten der einzelnen Fahrzeuge sowie des Straßenrückbaues entwickelt und so die Einsatzfähigkeit hinsichtlich Fassungsvermögen und Routenwahl bezogen auf die Größe und Wendigkeit der Maschine verbessert. Weiters wurden sämtliche Winterdienstpläne für 16-t-LKW und Unimogs sowohl für private als auch für gemeindeeigene Winterdienstfahrzeuge kontrolliert und die jeweiligen Räumpläne hinsichtlich Befahrbarkeit und Streckenlänge teilweise neu festgelegt. Die Winterdienststruten wurden an den rasch fortschreitenden Fahrbahnrückbau bzw. an die damit verbundenen Behinderungen angepaßt. Drei Privatfahrwerke konnten durch die Optimierung von Routen eingespart werden. Die sogenannten Kaliumkarbonatpläne wurden neu konzipiert und ausgedehnt, wodurch ein besseres Service auf Straßen mit Baumbestand erreicht wird. Die Winterdienstpläne wurden auch an die Sicherheitserfordernisse des öffentlichen Busbetriebes angepaßt. In Zusammenarbeit mit den betreffenden Kehrbezirksleitern und Aufsehern wurden einzelne Abschnitte der Schneeräum- und Streupläne neu festgelegt und das Arbeitsprogramm für die sogenannten Bezirks-unimogs weiter entwickelt, wodurch eine klaglose Schneeabfuhr gewährleistet wird. Sechs Winterdienstpläne wurden neu festgelegt, wichtige Straßenstücke in die A-Routen einbezogen und dadurch auf ein Maximum ausgedehnt. Ein neuer A-Plan für zwei Fahrzeuge im Bereich Mauer, Speising und Rosenhügel wurde erstellt und dadurch die bessere Betreubarkeit der Buslinie 60A erreicht. Die B-Pläne wurden nachkontrolliert und teilweise durch 176 B-, C- und D-Pläne ergänzt, die Befahrbarkeit mit großen Winterdienstgeräten festgestellt, die B-Pläne an die aktuellen Fahrrou-ten des öffentlichen Verkehrs angepaßt, diverse Änderungen bzw. die Neukonzeption einzelner Pläne eingearbeitet

und die Zahl der C-Pläne durch Straßenverschmälerungen weiter reduziert. Die Bezirksunimogpläne wurden teilweise mit dem Schwerpunkt überarbeitet, die Straßen der höherliegenden Stadtgebiete im Ersteinsatz zu betreuen. Alle schmalen Straßenzüge, die als Zubringer zu Siedlungen am Stadtrand häufig frequentiert werden, wurden komplett überarbeitet, die Pläne an die relativ kleine Ladekapazität und den langen Anfahrtsweg zum Lagerplatz entsprechend angepaßt. Ferner wurden 8 Kaliumkarbonat-Pläne konzipiert und planlich ausgefertigt, der Auftaumittelversuch auf Straßen mit Baumbestand, die durch ihre exponierte Lage rasch vereisen und auf denen Salztreuung vermieden wird, weitergeführt und die Planrouten auf Straßen mit öffentlichem Busbetrieb im hügeligen Gelände konzentriert. Sogenannte Salzpläne wurden den Anforderungen des öffentlichen Verkehrs und der Polizei entsprechend in Übereinstimmung mit den Auflagen der MA 22 hinsichtlich begrenzten Einsatzes bzw. begrenzter Verwendung erarbeitet, dabei alle Brücken und sonstigen im Winterdienst kritischen Straßenstücke, die keinen oder nur sehr geringen Baumbestand aufweisen, einbezogen.

Ein Wetterradarsystem für den Winterdienst wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zivilluftfahrt, der Flugwetterwarte des Flughafens Wiens und dem Institut für Nachrichtentechnik der Technischen Universität Graz installiert. Durch diese Einrichtung konnten die Wettervorhersage und die Disposition im Winterdienst weitgehend verbessert und eine selbständige Wetterbeurteilung durch aktuelles Bildmaterial über den vorherrschenden Stand der Wolken ermöglicht werden. Auch sind die Bewegungsrichtung und die Geschwindigkeit einer Wolkenbank leichter festzustellen.

An Orts- und Büroverhandlungen der MA 19, MA 28, MA 42, MA 46, MA 70, den Bezirkskoordinationsgesprächen der Gemeindebezirke sowie Wirtschaftlichkeitssitzungen der Magistratsdirektion-Stadtbauverwaltung wurde teilgenommen. Insgesamt waren dies 629 Verkehrsverhandlungen, 208 Projekts- und Einbautenbesprechungen, 6 Wirtschaftlichkeitsbesprechungen und 49 Bezirkskoordinationsgespräche.

Das **B a u r e f e r a t** hat 48 Objekte der Abteilung und 471 Objekte, die auf Liegenschaften der MA 28, 42, 45, 52, 59, der Stadtwerke — Verkehrsbetriebe, Elektrizitätswerke, Genossenschaften, Wasserstraßendirektion, Österreichischen Bundesbahnen und von Privaten errichtet sind, verwaltet. Für die Volkszählung wurden die notwendigen Daten erhoben sowie 112 Gebäudeblätter und 166 Arbeitsstättenblätter ausgefüllt. Weiters waren Verträge und Vereinbarungen zwischen der Stadt Wien und Vertragspartnern auszuarbeiten. So wurden unter anderem für die Anbringung und Aufstellung von zwei Rasierautomaten, 17 Personenwaagen und 95 Gummischutzmittelautomaten in öffentlichen Bedürfnisanstalten Verträge abgeschlossen. Für 143 Objekte wurden Mietzinse verwaltet. Auch Abgaben und Gebühren waren für verschiedene Objekte zu entrichten. Für 44 Objektblätter wurden der Strom- und Gasmehrerbrauch erhoben und der MA 34 übermittelt.

Verschiedene Umbau- und Adaptierungsarbeiten wurden durchgeführt. So wurde im Amtshaus in 5, Emsiedlergasse 2, die Telefonzentrale im Keller errichtet, ein Raum für das Schneetelefon umgebaut, die Öltankzuleitung neu errichtet, die Betriebskassa und der Funkraum saniert sowie in der Teeküche und der Dusche eine Zentrallüftung eingebaut. In der Hauptwerkstätte 17 wurden Anstreicherarbeiten in der Halle 19, am Waschplatz und im Skartierlager durchgeführt, die Kühlerspenglerei und der Raum neben dem Portier saniert. In der Hauptwerkstätte 19 war der Anstrich von Türen, Fenstern und Stiegen zu erneuern. In der Garage 5 wurden Maler- und Anstreicherarbeiten in der Plateauhalle durchgeführt, Öl- und Bezinabscheider in den Garagenhallen erneuert und die Tankstelle umgebaut, in der Garage 17 die Tankstelle umgebaut, die Rigole oberhalb des Waschplatzes neu errichtet, am Flugdach der Brandschutzanstrich aufgetragen und die Wasserleitung isoliert. In der Garage 20 wurde im Betriebsraum eine Dusche mit Speicher eingebaut und in der Montagegrube eine Laufschiene für Grubenheber saniert. In der KFZ-Verwahrstelle wurden eine Senkgrube, Fundamente, der Wasser- und Stromanschluß für den WC-Container des Fahrpersonals hergestellt und ein EDV-Raum in der Zentrale der Abschleppgruppe geschaffen. In der Müllgefäßreparaturwerkstätte in 20, Traisengasse 8, wurde der Lichthof renoviert und ein Konzept für das Reinigen von 2,2- und 4,4-m³- Gefäßen erarbeitet. In der Abfallbehandlungsanlage wurden diverse Instandhaltungsarbeiten und Umbauten durchgeführt. Im August wurde eine neue Unterkunft in 10, Herzgasse 15—19, von der MA 52 übernommen, so daß derzeit 49 Müllauflegerunterkünfte von der Abteilung erhalten werden. Die Unterkünfte in 22, Kagraner Platz, 10, Gudrunstraße, 12, Schölgelgasse, wurden saniert. Für die Aufstellung einer Problemstoffsammelstelle in 20, Allerheiligenplatz, wurden Fundamente errichtet, im Recyclinghof in 22, Dr.-Otto-Neurathgasse 1, Umkleideräume geschaffen, der Fußboden in der Verkaufshalle erneuert und ein Waschmaschinenprüfstand errichtet.

In Wien stehen derzeit 213 öffentliche Bedürfnisanstalten, 27 Pissaires und 57 Trockenaborte der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die fahrbaren Toilettenanhänger waren insgesamt an 148 Tagen eingesetzt. 1991 wurden zwei öffentliche Bedürfnisanstalten errichtet, und zwar in 13, Hermesstraße (Lainzer Tor), und in 2, Robertstiege. Von der MA 38 wurden vier WC-Anlagen übernommen, und zwar in den U-Bahn-Stationen Herrengasse, Stubentor, Schlachthausgasse und Erdberg. Ein WC-Container, der für die Benützung von Behinderten eigens hergestellt wurde, wurde zu Testzwecken in Zusammenarbeit mit der MA 12 von der Firma Pricon der Stadt Wien zur Verfügung gestellt und im 7. Bezirk am Messeplatz aufgestellt. In 3, Kardinal-Nagl-Platz, wurde die WC-Anlage teilweise saniert und mit einer Behindertenkabine erweitert. Die Bedürfnisanstalten in 6, Linke Wienzeile gegenüber 38, und 12, Meidlinger Markt, wurden generalsaniert, wobei Behindertenkabinen eingebaut wurden. Weiters wurde die WC-Anlage in 11, Simmeringer Markt, teilsaniert. Die Pissoiranlagen in 13, Lilienberggasse, 17, Alszeile, und 19, Sieveringer Straße,

wurden gleichfalls instand gesetzt. Auch zahlreiche Schäden, hervorgerufen durch Vandalismus, mußten behoben werden.

Neubenannt und umbenannt wurden 18 Straßen, Gassen und Plätze, wofür 44 Tafeln an den entsprechenden Orten montiert werden mußten. Ferner wurden 723 Straßenbenennungs-, 12 Hinweis- und 3 Orientierungsnummertafeln erhoben, bestellt, geliefert und montiert, 8.840 Reparaturen durchgeführt und 1.501 Stück Straßenbenennungstafeln gereinigt. Über Auftrag der MA 7 — Altstadterhaltung wurden im 1., 8. und 19. Bezirk 64 Straßenbenennungstafeln und 5 Orientierungsnummern durch historisch nachgebildete Tafeln ausgetauscht bzw. ergänzt. Schließlich ist die Errichtung eines Busparkplatzes in 1, Grillparzerstraße, zu nennen.

Das Vergabereferat ist die kaufmännische Schaltstelle der Abteilung. So wurden unter anderem, um die Preisentwicklung bei den Kunststoffmüllgefäßen in den Griff zu bekommen, neben deutschen Erzeugern erstmalig auch italienische Firmen zur Anbotsabgabe aufgefordert. Um europaweit konkurrenzfähig zu sein, mußte der österreichische Erzeuger das Preisniveau der Konkurrenz erreichen und diesen Preisvorteil an die Abteilung weitergeben.

1991 wurden 51 Ausschreibungen, hauptsächlich öffentlich, durchgeführt. Die winterliche Gehsteigbetreuung wird alljährlich für den gesamten Magistrat ausgeschrieben, wobei die Erfahrungen der vergangenen Jahre berücksichtigt werden. Für die MA 43 wurde die winterliche Friedhofsbetreuung neu überarbeitet, für die MA 56 der Schulfahrtendienst für behinderte Kinder ausgeschrieben. Die restlichen 48 Ausschreibungen deckten den weitgestreuten Bedarf der Abteilung von den Handkarren bis zu den Schneepflügen, von den Runderneuerungs-LKW-Reifen bis zu den Waschaufbauten, von der Entsorgung von Problemstoffen bis zur Lieferung von Transportbeton, von den Kehrbürsten bis zur Objektsbewachung und den Betrieb von Busparkplätzen. Die Schwerpunkte lagen im wesentlichen bei der städtischen Problemstoffsammlung, der Biotonne und dem Kompostwerk Lobau, den PE-Einwegkunststoffbehältern, den Müllsammelgefäßen und bei der Ausschreibung der Müllsammelfahrzeuge. Insgesamt 3.339 Bestellungen für Lagerwaren wurden von der Abteilung direkt, 200 über die MA 54 vorgenommen. Es wurden Preisvergleiche angestellt, die Leistungen und Lieferungen kontrolliert und die Rechnungen geprüft.

Beim Verkauf war vor allem nach Abnehmern von Altstoffen zu suchen, da es sich bei den meisten Produkten um einen geschlossenen Markt handelt. Die Altpapierabnahme erscheint bis Ende 1992 gesichert. Die Abnahme des Kompostes ist vertraglich abgesichert. Beim Haushaltsschrott verschlechterte sich die Situation, da der internationale Schrottpreis verfällt. Im Mistzelt wird eine zentrale Produktvermarktung durchgeführt, d. h. Altstoffe wie Autobatterien, Aludosen, Energiehackgut, PE-Folien, Kompost, Styropor, Haushaltsschrott, Wellpappeabfälle, Kühlschränke usw. werden an die jeweiligen Höchstbieter verkauft und darüber aktuelle Preislisten erstellt. Gemeinsam mit der Betriebsabteilung — Technik wurden dreimal jährlich Fahrzeuge sowie Maschinen und Geräte skartiert. Um den Verkauf zu fördern, wurde eine Interessentenkartei aufgebaut, die 740 Abnehmer umfaßt, sowie 200 Gemeinden und 320 Fachbetriebe. Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 132 Freihandvergaben und Nachtragsangebote auf Preisangemessenheit geprüft.

Das Info-Referat hat während des Winters 1987/88 erstmals das Schneetelefon als Anlaufstelle für Anregungen und Beschwerden der Wiener Bevölkerung eingerichtet. Nach Beendigung des Winters wurde unter der Nummer 55 16 61 das Misttelefon installiert, das unter anderem durch großflächige Aufkleber auf den kommunalen Müllfahrzeugen beworben und von der Bevölkerung sehr gut angenommen wurde. Es konnte sich rasch als unbürokratische Auskunftsstelle etablieren. Das Misttelefon ist werktags von 8.00 bis 15.00 Uhr besetzt. Außerhalb dieser Zeit stehen zwei automatische Anrufbeantworter zur Verfügung. Bisher wurden insgesamt rund 161.000 Anrufe entgegen genommen, hievon 47.197 Anrufe allein im Jahre 1991. Die Anrufer wurden zu allen Fragen der Müllabfuhr, der getrennten Sammlung, über den Umgang mit Problemstoffen, die Eigen- und Gemeinschaftskompostierung und über die Serviceleistungen der Abteilung, wie z. B. die Mistplätze, das Abschleppen von Autowracks und den Entrümpelungsdienst, beraten. Die Mitarbeiter des Misttelefons sind bemüht, die Anrufer in Richtung Abfallvermeidung, Wiederverwertung und Abfallverringerung zu motivieren. Anfallende Beschwerden werden, soweit sie nicht selbst bearbeitet werden können, an die zuständigen Betriebsabteilungen der Abteilung weitergegeben. Bei der Beratung von Gewerbebetrieben war man bemüht, Anregungen zum Thema „Weg von der reinen Abladementalität — hin zur Wiederverwertung“ zu geben. Das Schneetelefon wird bei entsprechender Wetterlage sowohl für die Rückmeldung der über Funk alarmierten privaten Fuhrwerker als auch zur Entgegennahme von Beschwerden rund um die Uhr eingesetzt. 1991 wurden insgesamt 788 Anrufe angenommen. Außerdem waren noch weitere rund 200 Anrufe, die Beschwerden über mangelnde Gehsteigreinigung und diesbezügliche Kompetenzunklarheiten betrafen, entgegenzunehmen.

Gemeinsam mit der MA 53 wurden Sondernummern und Beilagen von „Unser Wien“ sowie verschiedene Beilagen zu den Themen „Kompostieren“, „Getrennte Sammlung“ und „Winterdienst“ produziert. Weiters wurden breitgestreute Inseratenkampagnen durchgeführt. Themen dieser Kampagnen in den großen Tageszeitungen und einigen Zeitschriften waren die getrennte Müllsammlung sowie die Bewerbung der Mobilen Mistplätze im April und im Oktober, weiters die Eigen- und Gemeinschaftskompostierung unter dem Motto „Mach mich zur Birne“, die Biotonne, der Winterdienst, die Müllvermeidung zu Weihnachten und die Christbaumsammlung. Aus aktuellen fachspezifischen Artikeln der Wiener Tages- und Wochenzeitungen wurden laufend Pressespiegel erstellt. Das Info-Referat ist auch Anlaufstelle für Zeitungen und den ORF. Bei Bedarf wurden die nötigen Dreh- und Fotogenehmigungen

gen besorgt. Ferner existiert eine kleine Fotodokumentation, die aus Farb- und Schwarzweißfotos sowie aus Dias besteht, die für den Eigengebrauch in der Zentrale angefertigt wurden. Im Laufe des Jahres wurden 2.000.000 Textilsäcke, 400.000 Stück Flugblätter über die Anwendung von Biotonnen, der Folder „Mist im Griff“ in den Fremdsprachen Englisch, Türkisch, Serbokroatisch, Polnisch, Tschechoslowakisch und Ungarisch sowie 60.000 Flugblätter für das Mistfest ausgegeben. Die Kompostbroschüre und Flugblätter mußten nachgedruckt werden. Zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit an Schulen und bei Veranstaltungen wurde ein Videofilm über die Aufgaben der Abteilung und die getrennte Müllsammlung erstellt, der auch ausgeliehen werden kann. Für die Deponie am Rautenweg wurden Hinweistafeln, für die Abfallbehandlungsanlage Beschriftungstafeln bestellt.

Das Referat betreute weiters 25 Gruppen und Schulklassen bei Führungen zu den Mistplätzen der Deponie. Weitere Führungen wurden von den Mitarbeitern der Deponie und der Abfallbehandlungsanlage selbst durchgeführt. Das „1. Mistfest“ fand 1989 als Abschlußveranstaltung des großen Schülerwettbewerbes in der Abfallbehandlungsanlage der Stadt Wien statt. Beim 4. Mistfest am 8. und 9. Juni 1991 wurden wieder Informationen über Müllvermeidung und Mülltrennung, Führungen im Zelt und auf der Deponie, weiters eine Präsentation des Fuhrparkes, Ausstellungen, Kompostberatung, Theatergruppen, ein Kinderflohmarkt, Konzerte, Biobauern, eine Blumenschau der MA 42 und vieles andere mehr angeboten. Der Samstagvormittag war insbesondere für Lehrausgänge der höheren Schulen reserviert, die diese Gelegenheit auch zahlreich wahrgenommen haben. Insgesamt konnten beim 4. Mistfest 25.000 Personen gezählt werden. Während des Donauinselfestes am 21. und 23. Juni 1991 wurde im Bereich der sogenannten „Gewerkschaftsinsel“ besonders über die Biotonne, die Eigenkompostierung informiert und Gratskompost zum Mitnehmen angeboten. Im Bereich der Kinderinsel veranstalteten die Abfallberater Spiele und Animationen für die Besucher. Vom 13. bis 17. Mai hat im Palais Ferstl, unter großer internationaler Teilnahme und Beachtung, der 2. Wiener Abfallwirtschaftskongreß stattgefunden. Im 1. Teil wurde die Problematik der Abfallvermeidung im Haushalt behandelt, im 2. Teil der Bereich der Problemstoffentsorgung aus internationaler Sicht. Das Referat hat sowohl die veranstaltende Firma als auch die Vor- und Nachkonferenzreisen und die Exkursionen zu den Wiener Entsorgungsbetrieben betreut. Zwischen 23. und 27. Oktober war die Abteilung neben anderen Abteilungen bei der World Tech Vienna vertreten. Neben einer umfassenden Ausstellung des Fuhrparkes hat das Referat einen Stand betreut. Im Juli war die Zentrale der Abteilung schließlich wieder ein Spielort für das Wiener Ferienspiel, zu dem 84 Kinder kamen.

Eine wichtige Aufgabe des Referates besteht auch in der Nachschulung der Platzmeister der 18 Mistplätze. Diese Schulungen befaßten sich sowohl mit allen Bereichen der getrennten Müllsammlung als auch mit dem Umgang mit Problemstoffen. Durch diese Schulung und durch die regelmäßigen Kontrollen der Mistplätze konnte ein relativ hoher Reinheitsgrad der Altstofffraktionen erreicht werden. Über Anfrage hat das Referat weiters insgesamt 1.496mal verschiedene Unterlagen und Broschüren, z. B. zum Thema Kompost, getrennte Müllsammlung, über Standorte von Mistplätzen und Problemstoffsammelstellen, sowohl interessierten Bürgern als auch Schulen und Organisationen zugesandt. Zusätzlich wurden unterschiedliche Anfragen von offiziellen Stellen, wie Bezirksämtern und Bezirksvertretungen und auch von Gewerbebetrieben und Privatpersonen, beantwortet. Seit August 1990 stehen für Beratungen in Schulen und für Interessierte Informationen zur Verfügung. Nach einer Schulung und einer Prüfung im Sommer 1991 haben die 20 Abfallberater/innen im September ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie sind in der Abteilung täglich von 9.00 bis 12.00 Uhr erreichbar. Die Anforderungen von Schulen, Betrieben und anderen Interessierten werden über das Referat koordiniert. Zu den weiteren Aufgaben gehörte die Betreuung zweier Forschungsaufträge des Ökologie-Institutes, und zwar zu den Themen „Abfallvermeidung und -verminderung im Haushalt, Projekt Alt-Erlaa“ und „Abfallarme Großküchen“. Betreut wurde auch der bundesweite Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management, der im Auftrag der Abteilung vor allem Betriebsberatungen sowie Gespräche zwischen den Kammern und der Stadt Wien koordiniert hat.

Die Hauptaufgabe der Betriebsabteilung — Personal-, Rechts- und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten in organisatorischer Hinsicht war die Schaffung der benötigten Dienstposten für die Inbetriebnahme der Schlackenbehandlungsanlage und des Kompostwerkes Lobau. Weiters wurden die Aufnahmemodalitäten und die nötigen Kontaktgespräche mit dem Arbeitsamt für die Beschäftigung von rumänischen Flüchtlingen als Saisonarbeiter, später auf 103 Vertragsposten durchgeführt. Die Organisation und Durchführung der Problemstoff-einsammlung mit Bediensteten des Magistrates wurden unter personalrechtlichen Gesichtspunkten untersucht. Mit 31. Dezember 1991 waren 2.913 Dienstposten einschließlich der genehmigten Überstände systemisiert. Die Anzahl der Saisonarbeiter betrug 294.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen von der Abteilung betreut werden, waren im Jahre 1991 an 1.610 Schadensfällen beteiligt, von denen 1.009 Fälle die Abteilung selbst betrafen. Insgesamt konnten 923 Fälle abgeschlossen und an Schadenersatzforderungen von den Haltern der gegnerischen Fahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherungen 2.880.251 S hereingebracht werden. Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) durch Fremde wurden in 693 Fällen insgesamt 443.764 S einbringlich gemacht. Für 1.101 Sondereinsätze (Reinigung nach Verkehrsunfällen, Beseitigung von Ölspuren, Einsätze im Auftrag der Feuerwehr) wurden 351.000 S verrechnet, von denen bisher 182.500 S vereinnahmt werden konnten.

In der Betriebsabteilung-Technik wurden als Abgasreinigungssysteme ein Dieselcleaner sowohl bei einem ÖAF als auch bei einem Steyr-Müllfahrzeug sowie ein Rußfilter der Marke HUSS und ein Rußfilter der Firma ÖAF verwendet. Seit Eröffnung des Kompostplatzes Lobau sind drei Sattelzüge mit 50-m³-Alumulden im Einsatz, die den Kompost von der Abfallbehandlungsanlage in das Kompostwerk verführen. Während die Anlieferung der Schlacke von den Müllverbrennungsanlagen zur Schlackenaufbereitungsanlage durch private Fuhrwerker durchgeführt wird, erfolgt der Transport des fertigen Schlackenbetons zur Deponie Rautenweg mit drei eigenen 30-m³-Stahlmulden (Sattelzügen). Zur besseren Einsammlung der Kleingartenabfälle sowie bei den mobilen Mistplätzen werden sechs Häcksler, angebaut an Rotopreß-Müllfahrzeuge, verwendet. Der Einsatz dieser Häcksler wurde gemeinsam mit der Firma Wagner entwickelt. Im Kompostwerk Lobau werden zwei Miststreuer für die weitere Aufbereitung verwendet. Diese Anhänger werden im Winterdienst zur stationären Einbringung des Schnees in das Kanalsystem eingesetzt. Weiters wurden zwei Schneeladewagen als eigene Entwicklung der Abteilung in der Hauptwerkstätte gebaut und bei mehreren Versuchen getestet. Sie sind mit verschiedenen Fräsen ausgestattet; der eine Aufbau ist aus Alu und der andere in Stahl ausgeführt.

Die Tankstelle der Garage 17 wurde mit einem aktiven Gasrückführsystem ausgerüstet. Die Ausstattung der Winterdienst-LKW mit Spurstreuern wurde abgeschlossen. Etliche Kleinfahrzeuge und Geräte wurden getestet und versuchsweise eingesetzt, wie z. B. eine Schmidt-Kehrmaschine. Die Betriebsabteilung-Technik schaffte für die Abteilung 18 Drehtrommelmüllwagen, 3 Preßmüllwagen (20 m³), 2 Preßmüllwagen (14 m³), 1 Multilift-Transport-LKW, 4 Sattelzugfahrzeuge, 2 Sattelanhänger, 1 Großkehrmaschine, 1 mittlere Kehrmaschine, 2 Miststreuer, 1 Schrottbagger, 3 Radlader, 1 Traktor, 1 8sitzigen Kombi, 7 Reformmuli mit Anbaustreuern und Schneepflügen, 6 Rasant-Kleintraktoren mit Splittanhängekehrmaschinen, Splittstreuern, Pflügen und Fräsen, 6 LKW der 1-Tonnen-Klasse, 8 Winterdienst-LKW, 1 ex-geschützten Stapler, 5 PKW und Kombi, 2 Schlammsaugfahrzeuge, 7 LKW- Schneepflüge einschließlich Elektrokompaktanlage, 11 LKW-Schneepflüge ohne Elektrokompaktanlage, 11 Pflüge für private Unimog, 3 Großraumstreuer, 20 Streuanhänger, 5 Elektrokompaktanlagen, 3 Schneefräsen, 4 Unimog einschließlich Schneepflug und Anbaustreuer, 2 Schnurlostelefone, 40 Autotelefone (D-Netz), 1 Telefonnebenstellenanlage, 20 Mobilfunkgeräte, diverse Prüfgeräte für Hohheitsverwaltung und Garagen, 11 Personenrufempfänger, 4 Handsprechfunkgeräte, 6 Videokameras einschließlich Monitor, 3 Telefaxgeräte und 1 Rufanlage für die Garage an. Die Betriebsabteilung-Technik hat weiters 570 KFZ-An- und -Abmeldungen sowie die damit zusammenhängenden Versicherungs- und Finanzamtsan- und -abmeldungen, die Bestellung von rund 300 Garnituren Kennzeichen und deren Verrechnung über die Hauptwerkstätte für den gesamten Magistrat der Stadt Wien, ausgenommen MA 68, durchgeführt. Die Kontoführung für die Versicherungsprämien über 6.031.000 S wurde ebenfalls vorgenommen. Für 210 im Winterdienst eingesetzte Fahrzeuge wurden die entsprechenden Ansuchen um Befreiung von der KFZ-Steuer gestellt. 32 Winterdienstfahrzeuge waren den Sommer über versicherungsmäßig abgemeldet. 61 Fahrzeuge des Magistrates wurden der zuständigen Behörde zur Erwirkung einer Einzelgenehmigung bzw. wegen technischer Änderungen vorgeführt. Für 88 Fahrzeuge des Winterdienstes wurden Routengenehmigungen gemäß § 40 (3) KFG 1967 bei der MA 46 beantragt. Für 4 Schwertransporter wurde bei den Österreichischen Bundesbahnen eine Genehmigung zum Befahren schienengleicher Eisenbahnkreuzungen gemäß § 16 der EKVO 1961 eingeholt.

Bei 15 Skartierungsverhandlungen wurden insgesamt 1.020 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte samt Zubehör kommissionell skartiert, vier Fahrzeuge anderen Magistratsabteilungen zur weiteren Verwendung übergeben. 37 Fahrzeuge wurden über das Dorotheum öffentlich versteigert, 290 Fahrzeuge und Geräte zur Eigenverwertung sowie 396 Geräte und KFZ-Zubehör zur Alteisenerverwertung skartiert, 287 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte über die Abteilung direkt zum Verkauf angeboten. 773 Angebote langten ein und mußten entsprechend bearbeitet werden. 6 Fahrzeuge wurden für Hilfsaktionen zur Verfügung gestellt. Für die insgesamt zum Verkauf gebrachten 324 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte wurde ein Erlös von 4.300.410,87 S erzielt.

In der Abteilung stehen insgesamt 581 Mobilfunkgeräte, 38 Handfunkgeräte sowie die stationären Anlagen der Zentrale am Matzleinsdorfer Hochhaus, der Deponien Schafflerhof, Gerasdorf und Rautenweg, der KFZ-Verwahrstelle Eibesbrunnergasse, die Notfunkanlage in der Zentrale und eine stationäre Personenrufanlage in der Abfallbehandlungsanlage mit 19 Personenrufempfängern zur Verfügung. Für alle diese Geräte wurde der Ein- bzw. Ausbau in bzw. aus den Fahrzeugen der Straßenreinigung, der Müllbeseitigung, der Problemstoffbeseitigung, der Abschleppgruppe und vor allem bei 190 Winterdienst-Kontrahenten und 20 Kontrahenten der Abschleppgruppe organisiert. Für diese Funkgeräte wurden auch die diversen Reparaturen bei Privatfirmen mit insgesamt 176 Arbeitsaufträgen und 146 Rechnungen durchgeführt. In allen Funkbelangen wurde engster Kontakt mit der Fachabteilung, der MA 34, gehalten. Weiters wurden 248 Tonrufempfänger verwendet und zusätzlich etwa 120 Tonrufempfänger jährlich an die privaten Winterdienst-Kontrahenten ausgeteilt und wieder eingesammelt. Die Reparaturen bei den diversen Privatfirmen sowie die Aufträge an die Post für diverse Veränderungen wurden in Zusammenarbeit mit der MA 34 veranlaßt.

Die Betriebsabteilung-Technik hat über die MA 34 die Reparaturen der gesamten Telefonanlage der Zentrale (160 Klappen) sowie sämtlicher Außenanschlüsse der Straßenreinigungsdepots (105 Anschlüsse), der Deponie Rautenweg (2 Anschlüsse und 6 Nebenstellen), der Müllgefäßreparaturwerkstätte, der Garage 5, der Garage 17 (13 Klappen), der Garage 20 (9 Klappen) und der Hauptwerkstätte (18 Klappen) durchgeführt. 93 Rechnungen über Reparaturen

wurden angewiesen und die Kontoführung der Telefongebühren über 2.560.000 S vorgenommen. 40 D-Netz-Telefone wurden in Container der Problemstoffsammelstellen bzw. in Fahrzeuge von der Hauptwerkstätte eingebaut.

Für Fremdbteilungen bestellte die Fahrzeugleitstelle 2.054 private Fahrzeuge für Fuhrleistungen und überprüfte die Rechnungen auf Preisangemessenheit. Insgesamt 1.980 Fahrzeuge der Abteilung waren für Fremdbteilungen eingesetzt. Über Auftrag waren für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung 3.019 Kranwagen, 4.667 Kipper, 176 Kehrmaschinen, 1.677 Waschmaschinen, 997 Saug-LKW, 4.818 Multilift-Transporter, 4.790 Abschlepp-LKW und 143 Bob-Cat von privaten Unternehmungen beschäftigt. An eigenen Fahrzeugen waren 216 Kranwagen, 3.154 Kipper, 8.697 Kehrmaschinen, 3.443 Waschmaschinen, 1.067 Schlammsauger und 1.716 Abschleppwagen eingesetzt. Für den Schlackenransport von der Müllverbrennungsanlage Spittelau zur Abfallbehandlungsanlage und weiter auf die Deponie Rautenweg wurden 2.450 Transportbetonfahrzeuge eingeteilt, für die Mischanlage 22.117 t Zement bestellt, für den Komposttransport 540 private Sattelzugfahrzeuge und 90 Sattelzugfahrzeuge der Abteilung eingesetzt. In diesem Zusammenhang mußten 116 Rechnungen für den Schlackenransport und 596 Rechnungen für Zementlieferungen bearbeitet werden. 3 Spezialbusse beförderten täglich 48 körperbehinderte Schüler von und zur Schule bzw. bei Sonderfahrten. Zusätzlich wurden Rechnungen für den Transport von täglich 597 Kindern überprüft. Die Fahrzeugleitstelle verfaßte weiters die Leistungsverzeichnisse, führte die technische Beurteilung der angebotenen Fahrzeuge durch und vergab die Aufträge für die Schlammsauger, Kehr- und Waschmaschinen, Kleinlader mit Kehrbesen für die Straßenreinigung und eventuelle Katastropheneinsätze. Gemeinsam mit dem Dezernat 4 der Stadtbauverwaltung wurden die Verhandlungen über die Tarifierhöhungen 1991 im Güterbeförderungsgewerbe durchgeführt. Von der Betriebsstelle erfolgten die Bestellung und Kontoführung für die von der MD-VO zusätzlich benötigten PKW für Gäste der Stadt Wien. Ferner wurden für das Mistfest in der Abfallbehandlungsanlage, für die mobilen Mistplätze an allen Sonntagen im April und Oktober, für die Rußland- und Jugoslawienhilfe, für die Reinigung der Donauinsel nach dem Hochwasser alle notwendigen gemeindeeigenen Fahrzeuge sowie die Fahrzeuge von privaten Firmen organisiert, ebenso sämtliche Transporte für die Ausstellung von Kommunalfahrzeugen am Messegelände im Oktober. Für den gesamten Magistrat wurden die Verkehrssteuerabrechnungen, 134 Lenkererhebungen und Anonymverfügungen sowie 137 Sondereinsätze durchgeführt. 500 Bedienstete wurden einer Schirmbildreihenuntersuchung über aktive Lungentuberkulose unterzogen. Bei der österreichischen Staubbekämpfungsstelle wurden 4 Personen einmal und 20 Personen 2mal jährlich auf Blei, Toluol, Xylol untersucht. 127 Bedienstete bzw. Stellenwerber, die derzeit die Lenkerberechtigung der Gruppe C und B besitzen, mußten hinsichtlich ihrer Fahrtüchtigkeit auf LKW bzw. Kleinfahrzeuge überprüft werden. In 3 Fahrschulen wurden 91 Bedienstete der MA 48, 11 Bedienstete der MA 30, 4 Bedienstete der MA 42, 8 Bedienstete der MA 17, 2 Bedienstete der MA 49 und 3 Bedienstete der MA 22 ausgebildet.

In der Hauptwerkstätte wurden 1.662 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 93 Reparaturen an abteilungsfremden Fahrzeugen, 976 Stückreparaturen, 498 An- oder Abbauten von Schneepflügen, 311 An- oder Abbauten von Streuanhängern, 186 An- oder Abbauten von Auf- bzw. Anbaustreuern, 42 An- oder Abbauten von Schneefräsen, 468 Reparaturen an Schneepflügen, 266 Reparaturen an Streuanhängern, 192 Reparaturen an Auf- bzw. Anbaustreuern, 37 Reparaturen an Schneefräsen, 21 Schneepflügenanbauten und 6 Komplettierungen von Pflügen durchgeführt. 1.644 Überprüfungen gemäß § 55 (1)/57/1/1 KFG erfolgten an Fahrzeugen anderer Abteilungen, weiters wurden 273 Nachüberprüfungen und 493 HW-Durchsichten vorgenommen. Eine Koje zur Tachüberprüfung wurde angefertigt und montiert. Für das Mistfest wurden ein Jenbach-Büffel samt Einhängestreuer restauriert, 100 Dekorspanplatten zugeschnitten und Kanten verleimt sowie der Deckel für die Schaumülltonne neu angefertigt. Weiters wurde für die Betriebsabteilung-Technik eine Busklemme für das ÖSFR-Innenministerium und eine PKW-Klemme für die Stadt Hainburg hergestellt, für die Müllbeseitigung 6 Hydraulikanlagen auf Rotopress für Häcksler angefertigt und eingebaut. Diverse Versuche mit Miststreuern (Type Fristein) für die Schneeabfuhr in den Kanal wurden durchgeführt, ein Müllwagen (Trommel) für Schlackenbeton und ein skartierter Feuerwehrwagen auf Bewässerungs- und Spritzwagen umgebaut, 20 Tafeln für das Kompostwerk Lobau angefertigt und 35 Mulden repariert. Ferner wurden für die Straßenreinigung 50 Kübelboxen passend auf 220- und 240-l-Gefäße umgebaut und lackiert, diverse Versuche mit der Reform-Multi Be- und -Entladung und Schnee-Einbringung in den Kanal durchgeführt, 2 Aufbauten angefertigt, Versuche mit der Entleerungsanlage von Silos sowie mit der Unkrautbürste auf Rasant vorgenommen, 262 Betonelemente auf 8 Lagerplätzen aufgestellt, 50 Transportbügel für Müllbehälter angefertigt, 157 Stellagen hergestellt und montiert, 41 Auffangtassen für Diesel, 300 Halterungen für Werkzeug und 250 Abfallsäcke (Jute) mit Bügel angefertigt, 552 Papierkörbe repariert und lackiert, 80 Handkarren komplettiert, 50 Handkarren und 86 Streugutbehälter repariert sowie 1.921 Handhaben für Kehrichtsammler hergestellt.

In den drei Großgaragen wurden die Fahrzeuge der Müllbeseitigung (Unternehmensbereich) gewartet, und zwar 258 Müllwagen, 16 Glassammelfahrzeuge, 6 Spitalmüllfahrzeuge, 12 Multilift-Transportfahrzeuge, 29 Planier- und Ladegeräte, 36 Fahrzeuge und Geräte der Abfallbehandlungsanlage, 12 Radlader und Gabelstapler, 3 Kranrüst- und Regiewagen, 7 Kübeltauschfahrzeuge, 3 Toilettenanhänger, 2 Toilettencontainer, 2 Tiefladeanhänger, 18 diverse Anhänger, 65 Kehrmaschinen und Traktoren mit Kehranhänger, 7 Spezialfahrzeuge, 6 Museumsfahrzeuge, 70 PKW, Kombi- und Kastenwagen, 7 LKW für Wechselaufbau, 5 Trinkwasseraufbauten, 29 Kehraufbauten und Anhänger, 8 Traktoren (davon 2 geleast) sowie 17 Papierkorbsammler. Diese Fahrzeuge und Geräte haben 3.266.107 l Dieselmotorkraftstoff, 41.487 l Vergasertreibstoff, 38.317 l Motoröl, 6.523 l Getriebeöl, 15.161 l Hydrauliköl, 3.521 l Kühlerfrostschutz-

mittel, 1.530 l Bremsenfrostschutzmittel, 380 l Bremsflüssigkeit, 5.694 kg Abschmierfett, 4.042 l Petroleum und 259 l Dieselzusatz verbraucht. Die Leistung der Fahrzeuge und Maschinen (Unternehmerbereich) betrug 1991 5.670.701 km und 32.307 Betriebsstunden.

Für die Straßenreinigung wurden 70 LKW mit Schneepflugeinrichtungen, 39 Unimog mit Schneepflugeinrichtungen, 4 Vorbaubesen (Anbaugerät für Unimog), 14 Waschmaschinen, 4 Waschaufbauten (werden im Sommer auf WD-LKW aufgebaut), 9 Schlammsauger (5 davon explosionsgeschützt), 26 Radlader, Gabelstapler und Traktoren, 3 Autobusse zur Beförderung körperbehinderter Kinder, 96 Kleinfahrzeuge (Reformmuli, Multicar, Eurocar), 30 LKW bis 1 t Nutzlast, 242 Streuanhänger, 549 Schneepflüge, 35 Eisbrecher und Schneefräsen, 238 Aufbaustreugeräte, 13 Spezialabschleppanhänger für Multicar, 4 LKW für Fahrzeugabschleppung und 50 PKW-Kombi-Kastenwagen gewartet. Die Leistung der Fahrzeuge und Maschinen der Straßenreinigung (Hoheitsbereich) betrug 2.089.150 km und 122.807 Betriebsstunden. Die Fahrzeuge der Straßenreinigung benötigten 748.717 l Dieseltreibstoff, 47.935 l Vergasertreibstoff, 13.619 l Motoröl, 2.082 l Getriebeöl, 5.433 l Hydrauliköl, 1.632 l Kühlerfrostschutzmittel, 356 l Bremsflüssigkeit, 11 l Dieselzusatz und 160 kg Abschmierfette. Ferner haben die Garagen 2.500 Sondereinsätze (Trinkwassereinsätze, Hilfeleistungen für Feuerwehreinnsätze, Beseitigung von Straßenverunreinigungen) geleistet. Es wurden auch Versuchsfahrten mit einem Solefahrzeug zur praktischen Erprobung der präventiven Aufbringung einer Kalziumchlorid-Lösung gefahren. In der Garage 5 wurden bei der Betriebstankstelle Gasrückführungsleitungen eingebaut.

Der Fahrzeugbestand des Dienstkraftwagenbetriebes umfaßte 99 Personenkraftwagen, wovon 20 an andere Magistratsabteilungen verliehen wurden, ferner 23 Busse und Kombi, von denen 10 anderen Dienststellen zur Verfügung gestellt wurden, sowie 1 Büroanhänger, der beim Mobilien Bürgerdienst eingesetzt war. Diese Fahrzeuge legten im Jahr 1991, ausgenommen die verliehenen Fahrzeuge, 1.263.585 km zurück. Dies ergibt gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 1,24 Prozent. An Betriebsmitteln wurden 11.630 l Dieseltreibstoff, 158.971 l Vergasertreibstoff, 2.040 l Motoröl, 35 l Getriebeöl, 31 l Hydrauliköl, 130 l Kühlerfrostschutzmittel und 45 l Bremsflüssigkeit verbraucht.

Das Referat für Fremdbteilungen hat für 27 andere Magistratsabteilungen nach vorhergehender Beratung 570 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte angeschafft, und zwar 31 PKW, Kombi, Kleinbusse und Kombibusse, 41 LKW bis 3,5 t Nutzlast (Kastenwagen und Pritschen), 5 LKW über 3,5 t Nutzlast, 6 land- und forstwirtschaftliche Großtraktoren, 22 Kleintraktoren, 2 Reform-Muli 600K, 2 Multilifanlagen mit 8 Mulden und 2 Absetzplateaus, 6 land- und forstwirtschaftliche Anhänger, 25 PKW-Anhänger, 10 Motorräder und Mopeds, 1 Behindertenbus, 1 Hubsteiger, 2 Anhängelaternen, 2 Radlader, 1 Großkompressor für die Beschneiungsanlage Mauerbach, 16 Großflächenmäher, 77 Kleinrasenmäher, 10 Kehrsaugmaschinen, 24 Handkehrmaschinen, 82 handgeführte Schneeräumgeräte mit Fräskopf, 28 tragbare und 2 fahrbare Stromerzeuger, 21 Motorkettensägen, 28 Freischneider, 43 Fahrzeugum- bzw. -aus- und -aufbauten (Kippereinrichtung, Kräne, Ladebordwände, Multilifanlagen, Kanalsaug-, Spül- und Kombi aufbauten, Einrichtungen für Werkstatt und Rettungsfahrzeuge usw.) sowie 74 weitere verschiedene Geräte, Kleinfahrzeuge und Anhänger-Arbeitsmaschinen. Für den Ankauf dieser Fahrzeuge und Geräte wurden rund 60 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet. Jedes einzelne Fahrzeug bzw. Gerät wurde bei der Lieferung auf Funktion und Vollständigkeit überprüft sowie datenmäßig für die Fahrzeugtafel der Abteilung erfaßt. Gleichzeitig mit der Neuanschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten wurden die zur Skartierung freigegebenen Altgeräte jeweils vorher entsprechend besichtigt und zur Ausscheidung freigegeben. Zu diesem Zweck waren in vielen Fällen die Kontaktaufnahme mit Reparaturfirmen und das Einholen von Reparaturofferten erforderlich. Weiters war man mit der Begutachtung von insgesamt rund 200 Schäden an abgeschleppten Fahrzeugen, an den verunfallten Fahrzeugen der zu betreuenden 27 Magistratsdienststellen und der mobilen Krankenschwestern sowie mit der Reparaturüberwachung dieser Fahrzeuge, der Rechnungsprüfung und der Weiterleitung an die Versicherung befaßt. Insgesamt wurden rund 3.000 Rechnungen von Reparaturen, Ersatzteilen, neuen Fahrzeugen und Geräten für andere Abteilungen auf Preisangemessenheit überprüft, wofür in vielen Fällen die Werkstätten aufgesucht werden mußten. Für rund 1.000 Fahrzeuge wurde die Einteilung zur §-55/57-KFG-Überprüfung in der Prüfstelle der Abteilung getroffen und deren Durchführung sowie Mängelbehebung überwacht.

1991 hat die Abschleppgruppe 31.378 verkehrsbeeinträchtigend abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen gemäß § 89a StVO 1960 kostenpflichtig entfernt und 377 Ortsveränderungen durchgeführt. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr (1990: 26.863) einer Steigerung um 18,2 Prozent. Auch hat eine Einsatzgruppe 119 verkehrsbeeinträchtigend abgestellte Reisebusse entfernt. Insgesamt wurde die Abschleppgruppe jedoch 53.262mal zur Entfernung von Fahrzeugen aufgefordert, was bedeutet, daß ebenso viele Adressen mit Kommandofahrzeugen oder LKW angefahren werden mußten. Außerdem wurden 10.417 (1990: 10.081) Fahrzeuge ohne Kennzeichen von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt. Darin enthalten sind 5.601 Fahrzeuge, die auf Grund von Verzichtserklärungen (Wracks) abgeschleppt wurden. Durch die Veräußerung, d. h. durch den Verkauf über das Dorotheum oder durch Verschrottung der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge oder Wracks, konnten Einnahmen in der Höhe von rund 4,5 Millionen Schilling erzielt werden. Insgesamt wurden 11.213 Meldungen und Anzeigen über Fahrzeuge ohne Kennzeichen entgegengenommen und bearbeitet. Für die Abschleppung der Fahrzeuge mit Kennzeichen und der Fahrzeuge ohne Kennzeichen, die sich noch in halbwegs brauchbarem Zustand befanden, waren drei Abschleppfahrzeuge der Abteilung und 18 Fahrzeuge von Firmen kontinuierlich eingesetzt. Für die Entfernung von Wracks (Hülsen ohne Verzichtserklärung)

waren je nach Bedarf zwei bis vier Kranfahrzeuge im Einsatz. In der Zeit von 14. Oktober bis 20. Dezember wurden zusätzlich drei LKW nur für die Entfernung von Fahrzeugen ohne Kennzeichen eingesetzt, da alle anderen LKW für die in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien und den Verkehrsbetrieben durchgeführten Aktionen benötigt wurden. 1991 wurde eine Datenfunkanlage für die Funkstelle der Abschleppgruppe angekauft. Nach Installation, entsprechender Einschulung und einem Probetrieb für eine beschränkte Anzahl von LKW ist eine volle Inbetriebnahme für 1992 vorgesehen. Die Bemühungen der Abteilung, zusätzlich zu dem bereits zugesicherten Grundstück im Bereich der Autobahnabfahrt Simmering auch den östlichen Innenbereich für die geplante KFZ-Verwahrstelle zu erhalten, wurden mit Erfolg abgeschlossen. Es konnten beide Grundstücke angemietet werden. Die Planungsarbeiten sind nahezu abgeschlossen, mit der Errichtung des Gebäudes soll 1992 begonnen werden. Der Übersiedlungstermin ist für 1994 vorgesehen.

Das Wiener Müllabfuhrgesetz 1965 mit seinen Novellierungen 1969, 1970 und 1985 bildet die gesetzliche Grundlage für die Müllentsorgung der Stadt Wien. Mit 1. Juli 1990 ist das Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes in Kraft getreten, dessen Zielsetzungen in weiten Bereichen bereits durch das Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1985 mit seiner Fortschreibung 1989 formuliert wurden. Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1985 stellt zusammen mit seiner Fortschreibung im Jahr 1989 die Grundlage für die Arbeit der Müllbeseitigung dar. Die dynamische Entwicklung in einer Millionenstadt fordert auch von der kommunalen Abfallwirtschaft, offen für neueste Entwicklungen und Erkenntnisse im Interesse des Umweltschutzes zu sein. Die wesentlichen Teile des Abfallwirtschaftskonzeptes sind mittlerweile verwirklicht. Dazu zählen z. B. die Ausweitung der getrennten Altstoffsammlung, die Einrichtung der Mistplätze, die Intensivierung der Problemstoffsammlung sowie anlagentechnische und bauliche Maßnahmen. Der nationale und internationale Vergleich im Rahmen des 1. Wiener Abfallwirtschaftskongresses 1989 sowie des 2. Wiener Abfallwirtschaftskongresses 1991 bestätigte den eingeschlagenen Weg und brachte auch der Abteilung neue Impulse. Auf der Grundlage der neuen Bundeskompetenz für den Bereich der Abfallwirtschaft mit dem Abfallwirtschaftsgesetz (AWG), BGBl. Nr. 325/1990, traten im Jahre 1991 einige Durchführungsverordnungen in Kraft, wie

- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie vom 19. Juli 1990 über die Kennzeichnung, Rücknahme und Pfanderhebung von bestimmten Lampen, BGBl. Nr. 512/1990 (in Kraft mit 1. Jänner 1991)
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie vom 19. Juli 1990 über die Rücknahme und Schadstoffbegrenzung von Batterien und Akkumulatoren, BGBl. Nr. 514/1990 (in Kraft mit 1. September 1991)
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Bestimmung von Problemstoffen, BGBl. Nr. 771/1990 (in Kraft mit 1. Jänner 1991)
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der die Verordnung vom 19. Juli 1990 über die Kennzeichnung, Rücknahme und Pfanderhebung von bestimmten Lampen geändert wird, BGBl. Nr. 2/1991 (in Kraft mit 1. September 1991)
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der die Verordnung vom 19. Juli 1990 über die Rücknahme und Schadstoffbegrenzung von Batterien und Akkumulatoren geändert wird, BGBl. Nr. 3/1991 (in Kraft mit 1. Juli 1991, § 3 Abs. 2 mit 1. Jänner 1991, § 3 Abs. 1 mit 1. September 1991)
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung gefährlicher Abfälle, BGBl. Nr. 49/1991 (in Kraft mit 15. Februar 1991)
- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Nachweispflicht für Abfälle (Altöle) (Abfallnachweisverordnung), BGBl. Nr. 65/1991 (in Kraft mit 15. Februar 1991)

Diese Verordnungen bringen kaum eine Abfallvermeidung, sondern dienen zur Schadstoffentfrachtung der Abfälle. Die Vollziehung des Abfallwirtschaftsgesetzes (AWG) ist in weiten Teilen Aufgabe der Länder. Die bereits 1985 formulierte Prioritätenfolge des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes besteht in der

- quantitativen Abfallvermeidung, d. h. Abfallmengenreduktion und qualitativen Abfallvermeidung, d. h. Einflußnahme auf die Müllzusammensetzung und Reduktion der Schadstofffracht,
- stofflichen, biologischen und thermischen Verwertung der Abfälle aus dem Haushalt, Gewerbe, der Industrie und aus öffentlichen Einrichtungen,
- Inertisierung, umweltverträglichen Endlagerung der Reststoffe und Rückstände sowie Minimierung der Umweltbelastung durch die Abfallbehandlung selbst und ist nun auch Richtlinie im Sinne des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes.

Maßnahmen zur Abfallvermeidung in privaten Haushalten ebenso wie im Bereich des Gewerbes und der Verwaltung bekommen immer größere Bedeutung. Die mit hohem technischem und finanziellem Aufwand sanierte Deponie Rautenweg ist die einzige Einrichtung der Stadt Wien mit Deponieklasse III b und darf aus diesem Grund nur äußerst sparsam in Anspruch genommen werden. Zum Thema Abfallvermeidung wurde in der Zeit von Mitte 1989 bis Ende 1990 in zwei Wiener Bezirken der Modellversuch „Abfallvermeidung im Haushalt“ durchgeführt. Die Ergebnisse geben allen Anlaß zu Optimismus, durch Information und Motivation auch beim gegenwärtigen Warenangebot die Hausmüllmenge reduzieren zu können. Es wird deutlich, daß nur durch eine Kombination von Vermeidungs-, Verwertungs- und Entsorgungsaktivitäten eine umweltgerechte Abfallwirtschaft betrieben werden kann.

In den Wochen vor Weihnachten wurde die vielbeachtete Plakat- und Inseratenaktion zur Abfallvermeidung „Mehr

Verpackung als Geschenke?" gestartet, um in der Zeit des höchsten Müllaufkommens auf bewußtes Konsumentenverhalten hinzuweisen. Nach den Weihnachtsfeiertagen wurden an über 220 Christbaumverkaufsstellen in Wien 40.100 alte Weihnachtsbäume oder 112,35 t zur Kompostierung gesammelt. Für die individuelle Information über Abfallvermeidung in Haushalt und Betrieb stehen das Inforeferat, das Misttelefon (Telefon 55 16 61) und die ausgebildeten Abfallberater zur Verfügung. Die Zielsetzungen der Abfallverwertung werden durch die Einrichtung geeigneter Sammel- und Verwertungssysteme für verschiedene Altstoffe, Problemstoffe und Kompostrohmaterial, durch angepaßte Gebührenordnungen etwa bei der Abfallbehandlungsanlage und der Deponie Rautenweg, durch technische Umweltschutzeinrichtungen bei den Müllverbrennungsanlagen und auf der Deponie, durch verstärkte Information der Öffentlichkeit sowie durch Zusammenarbeit mit der Wirtschaft verwirklicht. Seit 1990 ist ferner die Umstellung der Altstoffsammlung auf das Behältersystem vollständig abgeschlossen. Alle Bezirke sind nun mit den bekannten grünen Kunststoffsammlbehältern ausgestattet. Als nächster Schritt der getrennten Sammlung wurde auf der Grundlage des zweijährigen Modellversuches „Biotonne“ ab September 1991 die Aufstellung von Sammelbehältern für kompostierbare Grün- und Gartenabfälle realisiert, und zwar in allen Grüngeländen der Stadt sowie an sämtlichen Altstoffsammelzentren. Mit der Ausweitung der Biotonne wurde gleichzeitig ein Häckseldienst eingerichtet, der angesichts der erstklassigen Qualität des Materials einen unerwartet hohen Anreiz zur Eigenkompostierung bringt. Parallel mit dem Aufbau der Sammelorganisation wurde die Kompostierungsanlage in der Lobau errichtet und ab Oktober in Betrieb genommen. Für die dichtverbauten Stadtteile stellt die Abteilung im Rahmen der Aktion „City-Komposter“ 1.000 Komposter für die Verwertung von Küchen- und Grünabfällen zur Verfügung. Die mit großem Echo von der Bevölkerung angenommene Einrichtung der 18 Mistplätze wurde durch die Aktion der mobilen Mistplätze, die an Wochenenden im Frühjahr und Herbst eingerichtet werden, verstärkt. Ergänzend zur Alttextilien-sammlung an den Mistplätzen wurden 1991 im Frühjahr und Herbst im Rahmen der mobilen Mistplätze Alttextilien gesammelt. Hierzu wurden an alle Haushalte Sammelsäcke verteilt. Weitere Planungs- und Entscheidungsgrundlagen wurden durch eine einjährige Systemmüll- und Altstoffanalyse geschaffen. Diese Untersuchung gibt vor allem Auskunft über Vermeidungs- und Verwertungspotentiale sowie über sozialökonomische Einflußfaktoren auf Müllaufkommen und Zusammensetzung in einer Großstadt. Das Prinzip der getrennten Müllsammlung wurde konsequent auch auf Bereiche außerhalb des Hausmülls angewendet. So wurde mit der getrennten Sammlung von Marktabfällen begonnen, die nach Untersuchungen ein hohes Verwertungspotential beinhalten. Dabei wurden Kartonagen, Altholz und kompostierbare Abfälle getrennt gesammelt. Durch den Vollbetrieb der Müllverbrennungsanlage II — Spittelau trat eine weitere spürbare Entlastung ein, die darin besteht, daß große Mengen Hausmüll nicht mehr direkt ohne thermische Verwertung deponiert werden müssen. Durch die Konditionierung der Reststoffe aus der Abfallbehandlung wird gewährleistet, daß abgelagerte Abfälle auch in der Zukunft kein Umweltgefährdungspotential darstellen. Diesem Ziel dienen neben den weiteren baulichen Maßnahmen auf der Deponie Rautenweg insbesondere die Inbetriebnahme einer provisorischen Behandlungsanlage für Aschen und Schlacken aus der Müllverbrennungsanlage II — Spittelau im Jahr 1990 und die Errichtung einer definitiven Aufbereitungsanlage für 200.000 t/a Schlacke und Asche aus beiden Wiener Müllverbrennungsanlagen und den Entsorgungsbetrieben Simmering, die mit 1. Juli 1991 in Betrieb ging. Die Entwicklung der Müll- und Altstoffmengen in Wien zeigt deutlich, daß im Bereich der privaten Haushalte der richtige Weg beschritten wird. Das Systemmüllaufkommen ist stabilisiert bis rückläufig, die Ergebnisse der Altstoffsammlung zeigen stark steigende Tendenz, die Biotonne und Problemstoffsammlung finden hohe Akzeptanz. Künftige Aufgaben stehen daher darin, von einer Stabilisierung des Aufkommens und einer Entsorgung durch Trennung und Verwertung zu einer meßbaren Abfallvermeidung sowie zu einer Verringerung der abfallwirtschaftlichen Massenströme zu gelangen. Eine zentrale Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Industrie- und Gewerbemüll zu. Ein umfangreiches Serviceangebot für das Gewerbe, differenzierte Tarifregelungen mit starken Verwertungs- und Vermeidungsanreizen und intensive Kundenberatung sollen zum verantwortungsvollen und bewußten Umgang mit Abfällen beitragen.

Im folgenden wird eine Übersicht über jene Abfälle (Müll und Altstoffe) gegeben, die entweder von kommunalen Einrichtungen selbst oder in deren Auftrag in Wien gesammelt oder in kommunalen Anlagen in Wien behandelt wurden. Dies betrifft sowohl Mengen aus privaten Haushalten als auch aus Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen.

Die Sammelleistung der Abteilung betrug 1991 696.291 t gegenüber 662.974 t im Jahr 1990 und lag damit um rund 5,0 Prozent über dem Vorjahr. Die Steigerung lag praktisch ausschließlich im Bereich der getrennt gesammelten Altstoffe mit 151.163 t (+ 31,4 %), während die gesammelte Müllmenge mit 545.128 t (1990: 547.927 t) nahezu unverändert blieb. Durch die Sortierung von Gewerbe- und Industriegemüll in der Abfallbehandlungsanlage und durch die Magnetabscheidung der Eisenteile nach der Müllverbrennung konnten zusätzlich 7.803 t Altstoffe abgetrennt werden, so daß sich 1991 eine verwertbare Gesamtmenge von 158.966 t aus der Sammelleistung (1990: 122.706 t) ergab. Berücksichtigt man auch die direkten Anlieferungen zu den kommunalen Abfallbehandlungsanlagen, zeigt sich, daß sowohl das Müllaufkommen als auch die Altstoffmenge im Jahr 1991 zunahm. Das Abfallaufkommen stieg unter Einbeziehung dieser Mengen um 3,8 Prozent auf 797.060 t (1990: 767.843 t). Davon konnten 175.629 t (167.139 t durch getrennte Erfassung und 8.490 t durch nachträgliche Aussortierung), das sind 22 Prozent, verwertet werden. So ergab sich ein Anfall an Müll und Altstoffen von 510 kg pro Einwohner und Jahr. Davon waren 403 kg Haus-

Gewerbe- und Sperrmüll und 107 kg getrennt gesammelte Altstoffe, Problemstoffe und Kompostmaterial. Der letzte Teil der Aufstellung gibt ohne Anspruch auf Vollständigkeit eine Übersicht über andere Abfälle, die gesammelt oder auf städtischen Deponien abgelagert wurden. Dazu zählen Straßenkehricht, Kehrgut mit Riesel aus dem Winterdienst (Abfälle, die starken witterungsbedingten Schwankungen unterliegen), Reststoffe aus privaten Verwertungsanlagen, die großen Mengen an Bauschutt, Aushub, Sandfangmaterial, Verbrennungsrückstände aus den Müllverbrennungsanlagen und den Entsorgungsbetrieben Simmering sowie feste Zuschlagstoffe zur Schlackenbehandlung. Die durch die Abteilung entsorgten KFZ-Wracks konnten direkt der Verwertung als Schrott zugeführt werden.

Herkunft der Müll- und Altstoffmenge	Müll (t)	Alt- und Problemstoffe (t)
Systemmüllsammmlung (120-l- bis 4.400-l-Behälter)	468.806	
Muldenabfuhr (9-m ³ —24-m ³ -Container)		
Gewerbemüll, Marktabfälle usw.	34.508	
Rest- und Sperrmüll von Mistplätzen	29.634	
Bauschutt von Mistplätzen		19.990
Sperrmüllsammmlung (LKW-Abfuhr)	4.308	
Spitalmüllabfuhr	7.872	
Getrennte Altstoffsammmlung		98.816
Kompostmaterial Biotonne		10.522
Sonstige Altstoffe		315
Altstoffsammmlung auf Mistplätzen		10.895
Kompostmaterial von Mistplätzen		8.349
Sonstiges Kompostmaterial		606
Problemstoffsammmlung		1.670
Zwischensumme I — Sammlung	545.128	151.163
Sammelleistung der Abteilung		696.291 t
Fremdanlieferungen zur ABA — Müll	4.688	
Fremdanlieferungen zur ABA — Altstoffe		7.002
Fremdanlieferungen zur ABA — Kompost		5.345
Fremdanlieferungen zur MVA I	2.584	
Fremdanlieferungen zur Deponie	77.521	
AREC — Altstoffe		3.629
Zwischensumme II — Anlieferung	629.921	167.139
Summe Müll und Altstoffe		797.060 t
MA 48 — Straßenreinigung	34.911	
MA 48 — KFZ-Wracks		7.856
Reststoffe aus privater Verwertung	11.253	
Sandfangmaterial	16.481	
Bauschutt und Aushub	555.775	
Asche und Schlacke	135.829	
Zuschlagstoffe	72.836	
Magerbeton für Deponiebau	38.343	

Art der Behandlung	1991		1990	
	(t)	(%)	(t)	(%)
Müllverbrennungsanlage I	84.719	10,6	84.429	11,0
Müllverbrennungsanlage II	256.353	32,2	216.056	28,1
EBS			147	0,0
Abfallbehandlungsanlage	5.560	0,7	10.313	1,3
Deponie Rautenweg	283.289	35,5	325.722	42,4
Summe Müllbehandlung	629.921	79,0	636.667	82,9

Altstoffverwertung (direkt)	76.148	9,6	70.736	9,3
Altstoffverwertung (über ABA)	44.509	5,6	26.742	3,5
Altstoff und Kompost ohne Verwertung			1.676	0,2
Kompostierung (ABA)	24.822	3,1	14.919	1,9
Problemstoffverwertung	628	0,1	547	0,1
Problemstoffbehandlung	1.042	0,1	891	0,1
Bauschutt-MP	19.990	2,5	15.665	2,0
<hr/>				
Alt- und Problemstoffbehandlung	167.139	21,0	131.176	17,1
<hr/>				
Summe	797.060	100,0	767.843	100,0

Das Gesamtaufkommen an Müll und Altstoffen von 797.060 t wurde zu 42,8 Prozent in der Müllverbrennungsanlage I — Flötzersteig und in der Müllverbrennungsanlage II — Spittelau verbrannt. Der geringere Teil von 35,5 Prozent (Müll) wurde auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert. 1990 betrug der direkt deponierte Anteil noch 42,4 Prozent. Ein kleiner Teil von 0,7 Prozent gelangte in die Abfallbehandlungsanlage am Rautenweg, 21 Prozent wurden als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problemstoffentsorgung zugeführt.

Mit der Systemmüllabfuhr in 120-l- bis 4.400-l-Behältern wurden 468.806 t gesammelt (1990: 468.606 t). Daraus ergibt sich eine spezifische Systemmüllmenge für Wien von 299,7 kg/Einwohner und Jahr oder ein Rückgang des Pro-Kopf-Aufkommens um 1,1 Prozent im Vergleich zu 1990 (1990: 303,3 kg/Einwohner und Jahr). Folgende Schüttungssysteme waren im Einsatz:

Behälterart	Anteil am Müllvolumen		Anzahl der Sammelfahrzeuge		Anzahl der Müllaufleger	
	1991	1990	1991	1990	1991	1990
	in %		abs.		abs.	
120/240 l-2 Mann	7,5	7,5	23	23	46	46
120/240 l-5 Mann	21,3	21,3	46	46	230	230
770/1100 l	57,2	57,9	95	95	190	190
2200/4400 l	14,0	13,3	16	14	32	28
<hr/>						
Summe	100,0	100,0	180	178	498	494

Der Trend zu Großbehältern mit 2,2 m³ und 4,4 m³ in der Systemmüllabfuhr hält weiter an. Die Anzahl der Sammelstrecken mit dieser Schüttung stieg um zwei auf nunmehr 16 Strecken. Gleichzeitig wurden auch Gewerbebetriebe zunehmend von Containern und Mulden auf die Großbehälter der Systemmüllsammlung umgestellt.

Die neue und optimierte Form der getrennten Sammlung von Alt- und Problemstoffen nach dem Wiener Abfallwirtschaftskonzept wurde im Jahr 1990 abgeschlossen. Die Altglassammlung und die Altpapiersammlung wurden im Auftrag oder mit eigenen Fahrzeugen der Abteilung in allen Bezirken durchgeführt. Für die übrigen Altstoffe stehen die bekannten Mistplätze und die 635 (1990: 470) Altstoffzentren zur Verfügung. Insgesamt wurden durch die getrennte Altstoffsammlung im Jahre 1991 98.815,7 t Altstoffe (Altpapier, Altglas, Altmetalle usw.), das sind um 26 Prozent mehr als im Vorjahr, getrennt gesammelt.

Küchen- und Gartenabfälle stellen entsprechend der Studie „Systemmüll- und Altstoffanalyse 1990/91“ das größte Potential zur Müllreduktion dar. Der Bevölkerung wurden aus diesem Grund Informationen und eine Anleitung für die Kompostierung im eigenen Garten als „Kompostfibel“ von der Stadt Wien kostenlos zur Verfügung gestellt. Auf Grund der Erfahrungen, die man mit dem Modellversuch Biotonne gemacht hat, und im Verlauf der Versuchskompostierungen im Mistzelt und auf der Deponie Rautenweg wurde die flächendeckende Aufstellung der Biotonnen in allen Grüngeländen der Stadt ab September 1991 sowie in allen Altstoffzentren, auch im innerstädtischen Gebiet, realisiert.

Art der Stoffe	Sammelmenge (t)		Änderung (%)
	1991	1990	
Altpapier/Pappe	73.591,7	55.620,3	+ 32,3
Altglas	21.957,8	20.779,7	+ 5,6
Alttextilien ¹⁾	214,7	746,2	— 71,2
Altmetalle und Getränkedosen	1.709,9	1.344,9	+ 27,1
Kunststoff-Folien	573,4	175,0	+ 327,7
Joghurtbecher	—	22,4	—
Altholz	768,2	—	—
Zwischensumme	98.815,7	78.688,5	+ 25,6
Biotonne	10.521,7	4.264,7	+ 246,7
Summe	109.337,4	82.953,2	+ 31,8

¹⁾ Zusätzlich wurden 1991 im Rahmen der mobilen Mistplätze 230,8 t Alttextilien gesammelt.

Durch die 18 Mistplätze konnten 10.895 t Altstoffe erfaßt werden. Auch die Sammelmenge an Kompostrohmaterial auf den Mistplätzen konnte 1991 mit 8.349 t wieder erhöht werden. Weiters fielen unter anderem auch getrennt erfaßte Problemstoffe (1.670 t), Material aus der direkten Kompostmaterialanlieferung zum Mistzelt (5.345 t), aus der AREC-Sammelleistung (3.629 t), diverse andere Altstoffe (315 t) und Altstoffe aus kompostierbarem Material (606 t) an. Unter Einbeziehung des Materials durch Magnetabscheidung nach der Müllverbrennung (7.803 t) und der durch Sortierung in der Abfallbehandlungsanlage (687 t) abgetrennten Alt- und Problemstoffe konnten insgesamt 175.629 t (1990: 141.657 t) Alt- und Problemstoffe erfaßt werden. Als Ergebnis der flächendeckenden Sammlung von Problemstoffen aus Haushalten an 55 Sammelstellen (Problemstoffsammelstellen und Mistplätze), in Schulen, aus dem Handel und bei diversen lokalen Sammelaktionen konnten insgesamt 1.670 t Problemstoffe oder 16,13 Prozent mehr als 1990 getrennt erfaßt werden. Weitere 36 t wurden in der Abfallbehandlungsanlage und auf der Deponie Rautenweg aus dem angelieferten Müll aussortiert. Von der Gesamtmenge konnten 628 t, das sind rund 36,8 Prozent, verwertet werden, die übrigen Problemstoffe wurden ordnungsgemäß entsorgt.

Sammelstellen für Problemstoffe	1991		1990	
	(t)	(%)	(t)	(%)
Problemstoffsammelstellen	418,7	24,5	379,7 ¹⁾	25,4
Mistplätze	1.137,6	66,7	942,1 ²⁾	63,0
Mobile Mistplätze	37,7	2,2	31,8	2,1
Sonderaktionen	—	—	3,5	0,2
Apotheken (Altmedikamente direkt zur EBS)	14,5	0,9	20,5	1,4
Handel (Altbatterien) (direkt zur Abteilung)	24,3	1,4	5,5	0,4
Fremdanlieferungen	36,8	2,2	54,6	3,7
Zwischensumme	1.669,6	97,9	1.437,7	96,2
Aussortierung Abfallbehandlungsanlage	24,3	1,4	41,8	2,8
Aussortierung Deponie Rautenweg	11,7	0,7	15,4	1,0
Gesamtsumme	1.705,6	100,0	1.494,9	100,0

¹⁾ einschließlich 15,6 t Altmedikamente und 14 t Altbatterien, durch Handel angeliefert

²⁾ einschließlich 8,1 t Altmedikamente und 8,2 t Altbatterien, durch Handel angeliefert

Über den Apothekenrückholdienst wurden 14,5 t Altmedikamente an die Entsorgungsbetriebe Simmering, weitere 26,3 t zu den Problemstoffsammelstellen und Mistplätzen geliefert. Die Entsorgungskosten wurden von der Abteilung getragen. Im Rahmen der Problemstoffsammlung der Stadt Wien wurden 108,6 t Altbatterien gesammelt; auch deren Entsorgungskosten trug die Abteilung. Weitere 24,3 t Altbatterien wurden gegen Bezahlung der Entsorgungsgebühr direkt zum Mistzelt gebracht. Entsprechend der Verordnung BGBl. Nr. 514/1990 über die Rücknahme und Schadstoffbegrenzung von Batterien und Akkumulatoren sowie der Verordnung BGBl. Nr. 2/1991, mit der die Verordnung BGBl. Nr. 514/1990 geändert wurde, ist der Handel ab 1. Juli 1991 verpflichtet, Batterien zurückzunehmen. Die im

Jahre 1987 abgeschlossene Vereinbarung zwischen Stadt Wien und der Wiener Handelskammer konnte aufgelöst werden.

An Spitalmüll wurden im Jahr 1991 7.872 t gesammelt.

An Stelle der früher durchgeführten Entrümpelungsaktionen zur Reinhaltung der Stadt Wien und des Wienerwaldes wurden wieder in allen Wiener Bezirken die mobilen Mistplätze an Sonntagen im Frühjahr und Herbst eingerichtet. Dabei wurden 1.406,7 t Alt- und Problemstoffe, Sperrmüll und andere Abfälle gesammelt (1990: 898,1 t). Die Sammlung wurde an 86 Standorten durchgeführt, die von 42.245 Personen angenommen wurden. Die laufend durchgeführte Entrümpelungsaktion auf Anforderung erfolgt gegen Bezahlung durch den Verursacher. Insgesamt wurden im Jahre 1991 in 5.621 Einsätzen 4.308 t Sperrmüll mit LKW und 160 t Altstoffe abgeholt.

Zusätzlich zur Entrümpelungsaktion gegen Bezahlung und als Annahmestellen für Sperrmüll, Alt- und Problemstoffe aus Haushalten stehen der Wiener Bevölkerung seit 1988 als weitere Serviceleistung der Abteilung 18 Mistplätze sowie die mobilen Mistplätze kostenlos zur Verfügung. Gewerbliche Altstoffe werden auf den Mistplätzen nur angenommen, wenn sie mit Fahrzeugen bis maximal 1 t Nutzlast im Ausmaß von höchstens 1 m³ angeliefert und exakt sortiert abgegeben werden, wobei einmal täglich eine Anlieferung gestattet ist. 1991 wurden die 18 Mistplätze von 1.038.519 Personen frequentiert (1990: 836.562). Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 24,1 Prozent. Insgesamt wurden auf den Mistplätzen 70.043,4 t Müll, Alt- und Problemstoffe aller Art gesammelt, das entspricht einer Steigerung von 21,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (1990: 57.767,8 t). Davon waren 10.894,9 t (15,6 %) Altstoffe, 8.349,2 t (11,9 %) Kompostrohstoffe, 11.383 t (16,2 %) Sperrmüll sowie 18.251 t (26,1 %) Restmüll und 19.990 t (28,5 %) Schutt. Weiters wurden 1.175,3 t (1,7 %) Problemstoffe auf den Mistplätzen einschließlich der mobilen Mistplätze (37,7 t) gesammelt.

Im Rahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes fungiert die Abfallbehandlungsanlage im Mistzelt als Behandlungsstelle für private und gewerbliche Abfälle und Altstoffe sowie als Umschlagplatz für getrennt gesammelte Alt- und Problemstoffe.

Der Betrieb der Anlage verfolgt folgende Ziele:

- Sichtung des Industrie-, Gewerbe- und Sperrmülls (IGS-Müll) und Aussortierung von Sonderabfällen aus IGS-Müll
- Gewinnung, Zwischenlagerung und Vermarktung von verwertbaren Altstoffen und Altstoffenergieträgern
- Volumensreduktion des sperrigen Anteils und Verlängerung der Deponierestnutzungsdauer
- Erziehung der Abfallerzeuger zu anderweitiger Verwertung und zu sortenreiner Anlieferung über flexible Tarife, Kontrollen und Beratung
- Statistische Erfassung der Müll-, Altstoff- und Problemstoffmengen aus dem Gewerbe-, Industrie- und Haushaltsbereich sowie des Sperrmülls und der zu deponierenden Restmüllmengen
- Verwertung des direkt angelieferten und des von der MA 48 getrennt gesammelten Kompostrohmaterials
- Mechanische Sortierung und Umladung von Altstoffen aus der getrennten Altstoffsammlung und von den Mistplätzen
- Übernahme, Auftrennung, Zwischenlagerung und geordneter Abtransport von Problemstoffen zu Verwertungs- und Behandlungseinrichtungen
- Behandlung von Verbrennungsrückständen, wie Schlacke und Flugasche

Im Jahr 1991 passierten 150.340 t (1990: 121.412 t) Altstoffanlieferungen sowie Privat- und Gewerbemüllanlieferungen die Eingangskontrolle der Abfallbehandlungsanlage. Davon wurden 74.835 t altstoffarme Gewerbeabfälle nach der Eingangskontrolle und Verwiegung zur Deponie Rautenweg verbracht, 75.505 t altstoffreiche Abfallanlieferungen und Altstoffe im Mistzelt einer Behandlung unterzogen. An Altstoffen und Kompostausgangsmaterial wurden 69.423 t, an Sonderabfällen 294 t — zusammen 92 Prozent des Inputs — einer Verwertung bzw. umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 5.788 t auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert. 54,6 t ausgeschiedene Müllbehälter aus Kunststoff (120-l- und 240-l-Behälter) aus dem Bereich der Abteilung, die bisher deponiert bzw. in den Müllverbrennungsanlagen verbrannt werden mußten, wurden 1991 geshreddert, um als Ersatz für Primärrohstoffe für die Produktion neuer Müllbehälter verwendet zu werden.

Aus dem Bereich der getrennten Altstoffsammlung wurden 1.619 t Eisenschrott im neu errichteten Schrottzwischenlager gelagert, um gemeinsam mit dem aussortierten Eisenschrott aus der Sortieranlage und dem getrennt angelieferten Eisenschrott der Mistplätze vom Verwerterbetrieb abgeholt zu werden. Weitere 91 t Dosenschrott aus der getrennten Altstoffsammlung wurden der Sortieranlage zugeführt, um den Anteil der Aludosen sowie Verunreinigungen durch Negativauslese mittels Magnetabscheider und händischer Nachsortierung abzutrennen.

Von den Mistplätzen wurden 1.289 t, von Märkten 540 t Pappe- und Kartonagenabfälle angeliefert, in der Sortieranlage von den Verunreinigungen befreit (bis zu 10 Masseprozent) und dadurch eine reine Wellpappefraktion gewonnen. 573 t Kunststoffolien von den Altstoffzentren und Mistplätzen gelangten in den Sortierflur der Abfallbehandlungsanlage, um von Fremdbestandteilen (bis zu 50 Masseprozent) befreit und gemeinsam mit Folien der Gewerbeanlieferung zu Ballen verpreßt zu werden. Weiters wurden die auf den Mistplätzen gesammelten, unbehandelten und nicht kontaminierten Althölzer (529 t) im Mistzelt zu Altstoffenergieträgern bzw. zu Strukturmaterial für die Kompostierung und als Beimengung für die Bio-Filterherstellung verarbeitet.

Mit der im Jahre 1989 errichteten Energiehackgut-Aufbereitungsanlage, die eine Durchsatzleistung von rund 15.000 Tonnen pro Jahr hat, wurden 2.150 t unbehandeltes Altholz zerkleinert und im westlichen Teil des Tiefbunkers zwischengelagert. Davon wurden 1.824 t zu Energiehackgut aufbereitet und vermarktet. 171 t wurden für die Herstellung von Bio-Filtermaterial verwendet. Ein Rest befindet sich noch auf Lager.

An nativ-organischen Abfällen wurden insgesamt 24.822,7 t (1990: 15.865 t), und zwar 8.349,7 t von den Mistplätzen, 10.522 t aus der Biotonnensammlung, 25 t aus Kleingartenanlagen, 582 t aus sonstigen Anlieferungen im Auftrag der Abteilung und 5.345 t, durch Fremdanlieferungen zum Kompostplatz des Mistplatzes angeliefert. Um ein optimales Mischungsverhältnis zu erreichen, wurden 2.179 t sauberes Altholz und 281 t Getreidestroh den organischen Anlieferungen beigemischt. Nach Aufbereitung und Entfernung von 296 t Störstoffen gelangten 26.986 t zur Kompostierung. Für die Aufbereitung der biogenen Stoffe wurde 1991 eine Aufbereitungsanlage errichtet; sie wird im Jänner 1992 in Betrieb genommen werden. Für die Kompostierung der aufbereiteten organischen Stoffe wurde ein Kompostwerk auf einer Fläche von 77.345 m² am Gelände der ÖMV in der Lobau errichtet. Die Anlage wurde am 19. Oktober 1991 eröffnet. Aufbereitetes organisches Material wird in Form eines naturnahen Rotteverfahrens unter Zugrundelegung der Verfahrensschritte Auf- und Umsetzen mittels Radlader, Bewässerung nach Bedarf und Absiebung mittels mobiler Siebanlage nach Erreichen des für die Pflanzenverträglichkeit erforderlichen Reifestadiums kompostiert. Seit 10. Oktober 1991 wurden 9.221 t ins Kompostwerk Lobau gefahren, 17.765 t wurden 1991 auf dem Dach der Deponie Rautenweg einer Verrottung zugeführt.

Rund 3.000 t Reifekompost wurden erzeugt, 2.227 t abgeseibt und vermarktet, 949 t Reifekompost als biologischer Dünger auf stadteigene Felder aufgebracht. 951 t wurden an Private, 99 t über die Mistplätze an die Bevölkerung abgegeben und 228 t als Beimengung für Bio-Filterherstellung verwendet. Der Rest befindet sich noch auf Lager bzw. im Rotte- oder Reifestadium.

1991 wurden insgesamt 25.689 Kühlschränke an das Mistzelt geliefert. Aus 13.351 Kühlaggregaten, die in der betriebseigenen Kältemittelabsauganlage einer Absaugung unterzogen wurden, wurden 305 kg gasförmiges Kältemittel abgesaugt und in Druckgasflaschen gespeichert, um einer umweltkonformen Entsorgung bzw. Aufbereitung zugeführt zu werden. Weitere 7.468 Kühlschränke wurden einer Fremdfirma zur Kältemittelabsaugung übergeben. Ab 28. Mai 1991 mußten sämtliche angelieferten Kühlschränke einer Totalentsorgung unterzogen werden. Von den ab diesem Zeitpunkt angelieferten 18.336 Kühlschränken wurden 16.449 zur Rückgewinnung des im Isolierschaum enthaltenen FCKW an eine Fremdfirma übergeben. Bei 1.400 beinhaltete das Isoliermittel keine FCKW. Diese wurden nach Absaugung des Kältemittels dem Schrotthandel übergeben.

Im Zuge der Eingangskontrolle auf den Deponien Rautenweg, Gerasdorf und Schafflerhof wurden im Labor von 705 Proben aus Anlieferungen 11.342 Analysen, aus 213 Kompostproben 509 Analysen sowie für andere Bereiche der Abteilung aus 35 Proben 309 Analysen durchgeführt. Von 838 in Einzelgebinden angelieferten, unsortierten Problemstoffen (680 kg) mußten 132 Substanzen aus 33 Stoffgruppen im Labor identifiziert werden.

Die Problemstoffe aus der getrennten Sammlung und von den Mistplätzen wurden gemeinsam mit den aus der Abfallbehandlungsanlage und der Deponie Rautenweg stammenden gefährlichen Abfällen in einer eigenen Anlage nach den verschiedenen Verwertungs- und Entsorgungsmöglichkeiten sortiert. Für diesen Zweck wurde im Jahr 1990 eine zentrale Problemstoffsammelstelle mit Lager- und Sortierräume errichtet. Damit keine Emissionen ins Grundwasser gelangen können, wurde eine Mehrbarrierendichtung angeordnet. Die Inbetriebnahme der Anlage erfolgte in zwei Abschnitten. Seit 1. Juli 1991 wurden 107.900 kg Starterbatterien, 43.000 kg Konsumbatterien, 29.400 kg Speiseöl, 1.000 kg Medikamente, 15.900 kg Leergebinde und 17.700 kg Leuchtstoffröhren (entspricht 81.670 Stück) sowie 15.650 kg Sonderabfälle, die aus gewerblichen Anlieferungen im Mistzelt bzw. auf der Deponie aussortiert wurden, nachsortiert, zwischengelagert und einer Entsorgung bzw. Verwertung zugeführt. Die 2. Inbetriebnahmestufe erfolgte am 15. November 1991. 680 kg unsortierte Problemstoffe wurden in 838 Einzelgebinden übernommen und in 33 Stoffgruppen aufgeteilt.

Mit der im Jahre 1990 errichteten mobilen Behandlungsanlage für Verbrennungsrückstände auf dem Gelände des Mistzeltes wurden 1991 4.725 t Schlacke aus dem Müllheizwerk Flötzersteig und weitere 68.493 t Schlacke und Asche aus dem Müllheizwerk Spittelau mit 11.069 t Zement und Wasser versetzt, durchgemischt und als Schlackenbeton zur Randwellschüttung auf der Deponie Rautenweg eingebaut. Für die Konditionierung der Schlacken und Aschen aus den Müllheizwerken und den Entsorgungsbetrieben Simmering wurde im Jahr 1990 eine Aufbereitungsanlage errichtet und im Juli 1991 in Betrieb genommen. So wurden 12.726 t Schlacke und Asche aus dem Müllheizwerk Flötzersteig, 1.173 t aus dem Müllheizkraftwerk Spittelau, 16.403 t aus den Entsorgungsbetrieben Simmering, 259 t sonstige angelieferte Schlacke, 24.537 t Einkehrsplitt und 20.171 t minderwertiger Schotter mit 9.737 t Zement und Wasser versetzt, durchmischt und als Schlackenbeton auf der Deponie Rautenweg eingebaut.

Von der Straße auf die Schiene verlagert und somit umweltfreundlich transportiert werden konnten 10.075 t Haushaltsschrott und 11.634 t Altglas aus der getrennten Altstoffsammlung (davon 6.852 t Weißglas und 4.782 t Buntglas), wobei das Material mittels Löffelbagger in Waggons verladen wurde. Altpapier wurde in einer Menge von 178 t lose in Containern abtransportiert. An Zuschlagstoffen für die Schlackenbetonaufbereitung wurden 10.604 t Zement in Silowaggons angeliefert.

Der im Frühjahr 1989 in 22, Stadlauer Straße 41 A, errichtete Recyclinghof bietet verwertbare Altwaren, die auf den Mistplätzen abgegeben werden und zu schade für den Müll sind, zum Verkauf an. So ist täglich ein LKW eingesetzt, der brauchbare Gegenstände von den Mistplätzen zum Recyclinghof bringt. 1991 wurde der Recyclinghof von 22.956 Personen besucht.

1991 standen folgende Deponien zur Verfügung:

- für Hausmüll, Bauschutt sowie Schlacke und Asche aus den Verbrennungsanlagen die Deponie Rautenweg (14 km vom Stadtzentrum)
- für Aushub die Deponie Schafflerhof (18 km vom Stadtzentrum) und
- für Aushub und Bauschutt die Deponie Gerasdorf (16 km vom Stadtzentrum).

Die gesamte deponierte Menge auf allen Deponien nahm 1991 im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozent auf 1.173.979 t zu (1990: 1.163.531 t). Diese Zunahme ist auf den Anstieg der deponierten Menge auf der Deponie Gerasdorf (+ 73,3 %) zurückzuführen. Der Anteil des Mülls an der deponierten Menge nahm von rund 38 auf 35 Prozent ab. Gleichzeitig stieg der Anteil der abgelagerten Inertstoffe von 62 auf rund 65 Prozent. Die Müllmenge, die von der Abteilung zur Deponie Rautenweg angeliefert wurde, ging durch den Vollbetrieb der Müllverbrennungsanlage II — Spittelau um 17,5 Prozent gegenüber 1990 zurück. Die Müllmenge, die von der Abteilung und von privaten Personen auf die Deponie Rautenweg angeliefert wurde, ging um 7,5 Prozent gegenüber 1990 zurück.

Mit Inbetriebnahme der mobilen Behandlungsanlage am 9. April 1990 sowie der stationären Schlackenbehandlungsanlage im Juli 1991 werden die Rückstände aus den Verbrennungsanlagen (MVA I, MVA II, EBS) zu Schlackenbeton verarbeitet und zur Randwandschüttung eingesetzt. Dieser Beton aus Schlacke und Asche, gemischt mit Wasser und Zement sowie Einkehrsplitt und Betonzuschlagstoffen nach Bedarf, ermöglicht das Schütten von steileren Böschungen. Dadurch kann wertvolles Deponievolumen gewonnen werden. Entsprechend der Deponiegenehmigung — Müllschüttung innerhalb eines Randwalles — war es jedoch erforderlich, zusätzlich Magerbeton und Betonzuschlagstoffe anzukaufen. Durch diese Maßnahmen konnte bis Jahresende die erforderliche Höhe des Randwalles aus Schlackenbeton mit Betonzuschlagstoffen und Magerbeton hergestellt werden.

Die 1991 errichtete Deponiegassammelstation einschließlich der Fackelanlage wurde im September in Betrieb genommen. Diese Anlage ist auf einen Gasdurchsatz von 4.000 m³/h ausgelegt und besteht im wesentlichen aus saug- und druckseitigen Sammlern mit zwei dazwischenliegenden Drehkolbenverdichtern mit sicherheitstechnischen Einrichtungen für einen vollautomatischen Betrieb. Die Hochtemperaturfackel, die bei Verbrennungstemperaturen um rund 1.200 C arbeitet, verbrennt derzeit rund 800 m³ Gas pro Stunde bei einem Methangehalt von über 60 Prozent. Die Auslegung der Fackel ist bei 50 Prozent Methan 1.000 m³/h. Seit Inbetriebnahme (September 1991) der Anlage wurden rund 2.980 Betriebsstunden erreicht und 1.788.025 m³ Gas aus dem Deponiekörper abgesaugt. Durch diese Maßnahmen können die Gasaustritte aus dem Deponiekörper minimiert werden. Parallel dazu wurde ab Herbst 1991 ein „Deponiegasmotor“ errichtet, der nach dem Magermotorprinzip arbeitet. Zusätzlich ist er mit einem Katalysator zur Reduktion von Kohlenmonoxid- und der Stickoxidemissionen ausgerüstet. Dieser Versuchsmotor ist seit 8. November 1991 in Betrieb und liefert konstant eine elektrische Leistung von 540 kW in das Netz der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke bei einem Gasverbrauch von rund 320 m³/Betriebsstunde. Von der Inbetriebnahme bis Jahresende wurde mit 354.560 m³ Deponiegas 598.320 kW elektrische Leistung in das Netz eingespeist.

Die fertiggestellten Randwalle werden laufend begrünt. Weiters wurden 520 Bäume verschiedener Art sowie 520 Sträucher angepflanzt. Das erfordert während der Sommermonate eine laufende Bewässerung. Hiefür stehen rund 3.000 lfm Bewässerungsrohre zur Verfügung. Zur Bewässerung wird Grundwasser aus dem Bereich innerhalb der Umschließung verwendet. Diese Maßnahme stellt einen Teil der Wasserhaltung der Umschließung dar und senkt die Betriebskosten der Deponie (Kanaleinleitungsgebühr). 1991 wurden somit rund 98.300 m³ Grundwasser aus dem Bereich innerhalb der Umschließung zur Bewässerung verwendet, so daß im Zuge der bescheidmäßigen Wasserhaltung der Umschließung nur mehr 77.114 m³ Grundwasser in den Kanal eingeleitet werden mußten.

In der städtischen Müllbehälter-Reparaturwerkstätte und Kübelwäscherei in der Traisengasse wurden insgesamt 50.286 Müllbehälter gereinigt und 18.019 repariert. Durch die Tauschzüge der Müllbehälter-Reparaturwerkstätte wurden im Jahr 1991 die Müllbehälter für zwei neue Sammelstrecken mit 2,2-m³-/4,4-m³-Schüttung aufgestellt und Transportleistungen für die laufende Reinigung und Instandsetzung von Behältern erbracht. Im Bereich der getrennten Altstoffsammlung wurden neue Altstoffzentren eingerichtet sowie ab Herbst 1991 die Ausweitung der Biotonne durchgeführt. Weiters wurden laufend anfallende Arbeiten für die Garagen, Deponien, fahrbaren WC-Anlagen und Problemstoffsammelstellen, Wartungsarbeiten an den Müllpressen auf den Wiener Märkten und Reparaturen an Mulden durchgeführt. Im Jahr 1991 wurden Müllbehälter, Altstoffbehälter und Mulden skartiert.

Die Tätigkeiten der Zentrale der Straßenreinigung umfassen alle kehrbezirksüberschreitenden organisatorischen Arbeiten (auch für den Winterdienst), Verrechnungen, Personalangelegenheiten und Verwaltungsarbeiten. Insgesamt gibt es 12 Kehrbezirke mit 65 Sektionen, die alle Bezirke einbeziehen sowie die Nachtschicht mit zwei Sektionen, die als 13. Kehrbezirk geführt wird. Im 1. Bezirk, der auf Grund der hohen Besucher- und Fußgängerfrequenz als eigener Kehrbezirk ausgewiesen wurde, ist zusätzlich zum Tagdienst, der um 14.30 Uhr endet, eine Nachmittagschicht bis 19.00 Uhr eingerichtet. Die Nachtschicht, die von 20.30 bis 5.00 Uhr früh dauert, arbeitet vor

alles im 1. Bezirk, in Marktgebieten sowie in Einkaufsstraßen. Die Umstellung von Kehrstrecken auf Kehrflächen ist abgeschlossen.

Im Rahmen der Dezentralisierung ist den Bezirksvorstehern ein Verfügungsrecht über Kapazitäten der Straßenreinigung eingeräumt. So stehen jedem Kehrbezirksleiter 3 Kleinfahrzeuge und 5 Mann zur Verfügung, die vordringlich die Einsatzwünsche der Bezirksvorsteher erfüllen. Insgesamt standen 730 Mann ständiges Personal für die händische Reinigung und als Lenker der Kleinfahrzeuge der Straßenreinigung, 140 Saisonarbeiter und 70.113 Mann, die als Tagelöhner und Schneearbeiter eine Leistung von 560.904 Stunden erbracht haben, weiters 15 Platzmeister für die Betreuung der Mist- und Winterdienstplätze der Straßenreinigung, 69 Straßenaufseher und 102 rumänische Arbeiter zur Verfügung.

Im Stadtgebiet waren 8.185 Papierkörbe a 40 l Inhalt, 1.353 Altstadtpapierkörbe a 20 l, 40 Betonabfallbehälter mit Einsatz, 91 Lamellen mit Einsatz, 50 Elefantfüße und 50 Mantelgefäße aufgestellt. Die Straßenreinigung entleerte die 9.769 Papierkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Durch die Aufstellung der Altstoffsammelcontainer wurde die Anbringung von zusätzlichen Papierkörben für die anfallenden Tragtaschen usw. vermehrt erforderlich.

Bei 8.699 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 390.041 km, bei 138 Einsätzen von privaten Kehrmaschinen im Auftrag der Abteilung 6.210 km gefahren. Bei 3.316 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 189.764 km, bei 1.730 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 105.452 km gefahren. Weiters wurden von Kleinkehrmaschinen der Straßenreinigung (Traktor mit Kehranhänger) 14.501 Betriebsstunden im Kehreinsatz geleistet. 12 neugeschaffte Waschaufbauten für die Klein-LKW der Straßenreinigung wurden ebenfalls noch zum Reinigen der Fahrbahnen eingesetzt. Seit September 1985 werden Reinigungssets über 11 Automaten FHJch P5,4 Zder Bevölkerung angeboten. Im Jahre 1991 wurden 2.187 Sets verkauft. Die regelmäßige Reinigung von insgesamt 37 Brunnen in Verwaltung der MA 7 wurde letztmalig veranlaßt und überprüft. Ab 1992 wird die MA 34 die Reinigung mit der technischen Betreuung zusammen mitausschreiben.

In der Einsatzzentrale ist der Journaldienst wochentags von 15.30 bis 6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen rund um die Uhr, der Funkraum das ganze Jahr hindurch mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt, übernimmt die Einsatzleitung des Bereitschaftsdienstes, die Fahrzeugbereitstellungen der jeweiligen Einsatzgaragen über Anforderung der Polizei, Feuerwehr, des Permanenzingenieurs, der Straßenreinigung selbst (wie z. B. Kehrmaschinen, Waschmaschinen) und, wenn der Funkraum der Abschleppgruppe nicht besetzt ist, die Steuerung der Abschleppfahrzeuge. Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über den Journaldienst. An Wochentagen werden von 6.00 bis 15.30 Uhr alle Agenden bis auf die Abschleppungen von der Betriebsabteilung — Straßenreinigung übernommen.

Im Winterdienst 1990/91 wurden wegen Schnees und Glatteises 45.898 t Streuriesel und 1.794 t Salz, 243 t Kaliumkarbonat und 96 t Kalziumchlorid verbraucht.

Die Zahl der LKW-Ausfahrten der Abteilung betrug 2.978, von privaten Firmen 1.795, die der Streuarbeiter-Schichten 36.039. Die Zahl der Einsatztage der Abteilung belief sich auf 83, die abgeführte Schneemenge machte 92.877 m³ aus. Ferner waren 232 abteilungseigene Fahrzeuge und 184 LKW von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt.

Auf Grund der Erfahrungen, die man im Winter 1990/91 gemacht hat, wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen. So wurden die Routenpläne überarbeitet, die Streupläne ergänzt, skartierte Klein-LKW durch winterdiensttaugliche Fahrzeuge ersetzt, mit Auftaumitteln (Einsatz von Kaliumkarbonat) Versuche durchgeführt, die zugeordneten Winterdienstpläne im Wiener Stadtnetz mittels EDV erfaßt und zum Abruf bereitgehalten sowie ein Wetterradar installiert. Insgesamt stehen 14 Winterdienstlagerplätze zur Verfügung, wobei jeder Platz mit zwei Silos für Auftaumittel ausgestattet ist. Am Lagerplatz in 21, Fultonstraße, wurde mit dem Neubau einer Garage für den Radlader und die Klein-LKW der Straßenreinigung sowie eines Flugdaches begonnen. Dadurch wird die Einsatzfähigkeit der Fahrzeuge des 21. Bezirkes vor allem im Winterdienst verbessert.

In 17 Lagerplätzen der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Müllbeseitigung betreut werden und Montag bis Samstag von 7.00 bis 19.00 Uhr geöffnet haben. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz in der Abfallbehandlungsanlage Rautenweg gibt es nunmehr 18 Plätze, die im Jahre 1991 von insgesamt 1.038.519 Personen frequentiert wurden, wobei alle Arten von Sperrmüll, Altstoffen und Problemstoffen aus Privathaushalten sowie Altstoffe von Kleingewerbebetrieben angenommen wurden.

Seit dem Jahre 1990 werden mobile Mistplätze als Ergänzung zu den fixen Mistplätzen eingerichtet. Bei der Aktion der „Mobile Mistplätze“, die an vier Sonntagen im April 1991 stattgefunden hat, wurden von 22.709 Personen 785,55 t Altmaterialien und Problemstoffe sowie 347 Eiskästen gesammelt und der Wiederverwertung bzw. Deponierung oder Entsorgung zugeführt. Bei der zweiten Aktion, die im Oktober stattgefunden hat, wurden von 19.536 Personen 621,14 t Altmaterialien und Problemstoffe sowie 276 Eiskästen deponiert.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Betriebsabteilungen anfallen. Der Funkraum der Abteilung ist rund um die Uhr besetzt, alle Einsätze wie auch der Winterdienst werden zentral gesteuert. Insgesamt erfolgten 9.024 Ausfahrten für notstandspolizeiliche Maßnahmen (Abschrankungen, Beleuchtungen usw.). Mit den drei eingesetzten Fahrzeugen (VW-Kombi) wurde eine Kilometerleistung von 65.349 km erbracht. Weiters wurden 297 Sonderveranstaltungen

(Reinigungen während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhängern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. durchgeführt. Bei 183 Veranstaltungen wurde die Leistung der Abteilung ganz verrechnet, die restlichen 114 wurden ganz oder teilweise subventioniert. Zum Vorjahr ergab sich eine Zunahme um 39 Sonderveranstaltungen, die betreut werden mußten.

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Die Abteilung ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder und der Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe, aber auch mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hierzu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen sowie die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Das Ausmaß der Grünflächen, die von der Abteilung bewirtschaftet wurden, betrug im Bereich des Landes Wien 8.244,5961 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.240,8715 ha. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen machten 2.337 ha aus, die forstlich genutzten Flächen 40.485,4676 ha.

Die Forstflächen wurden in bewährter Form unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Widmung bewirtschaftet. So wurde im stadtnahen Bereich, in dem die Wälder in erster Linie der Erholung der Bevölkerung dienen, überwiegend in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Zur Förderung der natürlichen Verjüngung wurden die Altbestände aufgelichtet, um dem natürlichen Jungwuchs das für sein Überleben erforderliche Lichtangebot zu geben. Das seit einigen Jahren zu bemerkende Eichensterben hielt weiterhin an und machte intensivere Eingriffe notwendig, als dies unter normalen Umständen der Fall wäre.

In den Quellenschutzforsten wurde der seit einigen Jahren eingeschlagene Weg des natürlichen Waldbaus, der auf die Erziehung vielschichtiger, verschiedenaltiger und möglichst geschlossener Bestände abzielt, konsequent weiterverfolgt, da dieser Bestandsaufbau erwiesenermaßen eine möglichst kontinuierliche Quellenschüttung gewährleistet. Die Nutzungen erfolgten daher weiterhin in Form von Einzelstammnahmen bzw. kleinstflächigen Kahllieben, die die natürliche Verjüngung der häufig überalterten Bestände mit möglichst großem Laubholzanteil ermöglichen sollen.

Der Holzeinschlag im Jahre 1991 betrug:

	Blochholz fm	Schleifholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wiener Waldforste	6.825,54	4.592,00	7.738,30	19.155,84
Quellenschutzforste	22.306,93	8.854,54	7.387,89	38.549,36
zusammen	29.132,47	13.446,54	15.126,19	57.705,20
in Prozent	50,0	23,0	27,0	100,0

Gegenüber dem Jahr 1990, in dem insgesamt 67.155,88 fm geschlägert wurden, bedeutet dies einen Rückgang von 9.450,68 fm (14 %). Diese Einschlagsminderung betrifft sowohl die Wienerwaldforste, in denen gegenüber 1990 um 570,22 fm Bloche, 367,60 fm Schleifholz und 1.361,08 fm Brennholz, insgesamt somit um 2.298,90 fm, weniger geschlägert wurden, als auch die Quellenschutzforste, in denen bei Blochholz ein Mindereinschlag von 6.056,98 fm, bei Schleifholz von 1.613,38 fm und lediglich bei Brennholz eine leichte Steigerung von 518,58 fm zu verzeichnen war. Insgesamt wurde in den Quellenschutzforsten um 7.151,78 fm weniger Holz geschlägert als 1990. Der Anteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag sank gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozent und betrug 1991 50 Prozent. Der Schleifholzanteil blieb mit 23 Prozent gleich wie im Vorjahr, hingegen stieg der Anteil des schwer absetzbaren Brennholzes auf Kosten des Blochholzes um 3 Prozent und betrug 27 Prozent.

Die Holzabgabe dient im Bereich der I. Wiener Hochquellenleitung vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang. In den übrigen Verwaltungen wurde das anfallende Holz der Vermarktung zugeführt. Die Holzabgabe im Jahr 1991 betrug:

Holzabgabe	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	11.517,00	10.090,64	21.607,64
Quellenschutzforste an Fremde	22.124,01	6.890,24	29.014,25
an das Sägewerk Hirschwang	9.123,41	—	9.123,41
zusammen	42.764,42	16.980,88	59.745,30

Der Rundholzabsatz war gekennzeichnet durch einen Preisrückgang beim Sägerundholz, von dem insbesondere die Minderqualitäten wie Braun- und C-Blochsortimente betroffen waren. Die Ursache dieser Rezession war vor allem der Abverkauf der noch vom vorjährigen Windwurf stammenden Rundholzlager in Deutschland. Die Industrieholzbranche erlitt einen starken Preiseinbruch, für den der Anstieg der Rohstoffzulieferung aus dem Ausland und der Preisrückgang für Zellulose am Weltmarkt maßgebend waren. Einen gewissen Anteil an dieser Entwicklung hatte das steigende Aufkommen an Sägerestholz (Hackgut). Der Verkauf von Schnittware aus der Erzeugung des städtischen Sägewerkes in Hirschwang bereitete wegen der günstigen Lage des Werkes zum Wiener Baumarkt sowie zu den Fernverkehrslinien trotz Preisabsenkungen in den traditionellen Holzhandelsländern keine Schwierigkeiten. Auf Grund der veralteten Betriebsstruktur und der seit Jahren anstehenden Modernisierung der Werksanlage mußten jedoch 1991 große Verluste verzeichnet werden.

Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Flächen hat die Erhaltung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit unter Verwendung möglichst ökologischer Bearbeitungsmethoden zum Ziel. Die Umstellung des Stadtgutes Lobau auf biologischen Landbau im Zusammenhang mit der Entwicklung und Planung des Nationalparks Donauauen ist als abgeschlossen zu bezeichnen. In der Anbauplanung wurde die Getreidefläche reduziert und der Anteil an Alternativkulturen, insbesondere an Ölfrüchten, angehoben, da hier eine sichere Vermarktung bei der Ölmühle Bruck möglich ist. Diese Entwicklung ist auch im Hinblick auf eine gute Fruchtfolge und auf die Gesunderhaltung des Bodens zu begrüßen. Um dem österreichischen Getreideüberschuß entgegenzuwirken, wurde 1990 die Austroprot Ges.m.b.H. mit dem Ziel gegründet, aus Weizen, Roggen, Mais und Körnererbsen Bio-Ethanol (Bleiersatz für Treibstoffe) und hochwertige Eiweißfuttermittel zu erzeugen. Dieses Projekt hat für die Abteilung einen besonderen Stellenwert, da die Vermarktung von Getreide außerhalb der Brotgetreidekontrakte immer schwieriger wird. Es bedeutet eine Loslösung von der Nahrungsmittelproduktion hin zu Industrie- und Energierohstoffen.

Die Erzeugung von Qualitätswein auf dem Weingut Cobenzl konnte mit gutem Erfolg weitergeführt werden. Der Absatz von Flaschenwein wurde wieder merklich angehoben; er betrug mit 11.270 Flaschen mehr als das Dreifache des Jahres 1989. Bei der Landesweinbewertung 1991 konnten wiederum 2 Gold- und 1 Silbermedaille errungen werden.

Auf einer Bestellfläche von 1.733 ha (ohne Weinbau) wurden 1.181 ha (68,15 %) Getreide, 314 ha (18,12 %) Ölfrüchte, 16 ha (0,90 %) Mais, 24 ha (1,38 %) Körnerleguminosen, 10 ha (0,59 %) Hülsenfrüchte, 2 ha (0,12 %) Gemüse, 176 ha (10,15 %) Hackfrüchte und 10 ha (0,59 %) Futter angebaut. Die Fläche der Weingärten betrug 21 ha. Die Witterungsverhältnisse im Jahre 1991, insbesondere das kalte Wetter ab März, das im Juni in eine sehr trockene Hitzeperiode überging, beeinflussten die Reifung des Getreides sehr negativ. Desgleichen hatten die starken Regenfälle ab Mitte Juli erhebliche Ausfälle bei Brotgetreide hinsichtlich Menge und Qualität zur Folge. Auch der Ertrag bei der Zuckerrübe blieb infolge der ungünstigen Niederschlagsverhältnisse hinter dem des Vorjahres.

An landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden 5.864 t Getreide, 150 t Mais, 356 t Raps, 7.192 t Zuckerrübe, 184 t Sonnenblume, 160 t Kartoffel, 47 t Grünerbsen, 87 t Körnererbsen, 46 t Sojabohnen, 3 t Erdbeeren und 1.248 hl Wein produziert.

Bei den Aufforstungsarbeiten waren nach wie vor erhebliche Mengen an Nachbesserungen in den Kulturflächen der vergangenen Jahre erforderlich. So mußten 1991 in den Quellenschutzwäldern 173.730 Pflanzen und im Wiener Raum 41.150 Pflanzen als Ersatz für nicht angewachsene und abgestorbene Jungbäume versetzt werden. Im Vorjahr betrug der Nachbesserungsbedarf in den Quellenschutzwäldern 189.400 und in Wien 15.170 Pflanzen. Insgesamt wurden 1991 folgende Pflanzenmengen versetzt:

	Nadelhölzer in Stück	Laubhölzer in Stück	Gesamt in Stück
Wiederaufforstungen	101.890	39.350	141.240
Nachbesserungen	144.830	70.050	214.880
Neuaufforstungen (ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	5.050	14.140	19.190
Zusammen	251.770	123.540	375.310

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 107.600 Pflanzen. Diese Abnahme zeigt bereits die Auswirkungen des naturnahen Waldbaus, der die Naturverjüngung durch weitgehenden Verzicht auf Kahlhiebe zum Ziel hat. Die Schäden am Wald durch Windwurf, Insekten, Eis- und Schneebruch sowie Lawinen bewegten sich wie in den letzten Jahren im gewohnten Rahmen. Die Schäden durch Wild haben sich durch die Errichtung von Wintergattern und konsequente Abschußerhöhungen weiter verringert. Die im Jahre 1990 begonnene Änderung der Jagdvergabe, bei der Jagdpachtverträge durch Abschußübereinkommen mit kürzerer Laufzeit ersetzt werden, hat sich im großen und ganzen bewährt und wird in dieser Form weiterverfolgt. Auf diese Weise hat das Personal die Möglichkeit, die zur Wildstandsreduktion notwendigen Abschüsse von Kahl- und Jungwild ohne Beeinflussung der Jagdpächter durchzuführen.

Der Wildstand wird in einigen Forstverwaltungen in den Quellenschutzforsten nicht mehr erhoben, da als Basis für die Abschlußplanung nicht mehr die Wildbestände, sondern der Zustand des Waldes herangezogen werden. In den Wienerwaldforsten betrug der Bestand an Rotwild 183 Stück, der an Rehwild 833, der an Muffelwild 729, der an Damwild 161 und der an Schwarzwild 1.212 Stück.

Der Gesamtabgang (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahre 1991:

Wildart	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	81	573	654
Rehwild	288	646	934
Gamswild	—	742	742
Muffelwild	88	7	95
Damwild	19	—	19
Schwarzwild	1.145	13	1.158
Steinwild	—	13	13

Der Forststraßenbau diente durchwegs der Errichtung von Feinerschließungsstraßen und der Anlage von Rückewegen mit geringen Eingriffen in das Bodenprofil. Insgesamt wurden 17.100 lfm Straßen errichtet. Die Bringung des Holzes zu den mit LKW befahrbaren Straßen erfolgt zunehmend mit mobilen Seilkränen, da diese Methode wesentlich geringere Schäden am verbleibenden Bestand und am Waldboden verursacht als die herkömmliche Bodenrückung. Im Jahre 1991 wurden in den Quellenschutzforsten 10.102 fm, das sind rund 26 Prozent des dort erzeugten Holzes, auf diese bestandschonende Weise geliefert.

Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und prozentuell, auf folgende Arbeiten:

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste
Holzgewinnung	6,22	15,03
Kulturarbeiten	19,22	7,53
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	1,73	4,26
Gebäudeerhaltung	20,91	16,65
Erholungswaldmaßnahmen	16,24	0,07

Der niedrige Anteil der Arbeitszeit an Holzgewinnung und Kulturarbeiten erklärt sich aus der Tatsache, daß für zeitaufwendige Tätigkeiten, wie z. B. Dickungspflege, Durchforstungen und Kulturarbeiten, Fremdfirmen herangezogen werden. Nur auf diese Weise ist es möglich, den für kurze Fristen anfallenden überproportional hohen Bedarf an Arbeitskräften abzudecken und Leerläufe während der arbeitsärmeren Perioden zu vermeiden.

Die Untersuchungen der neuartigen Waldschäden konzentrierten sich im stadtnahen Bereich auf die Baumart Eiche, die mit 40 Prozent den höchsten Anteil an den Laubhölzern einnimmt. Das sogenannte „Eichensterben“ stellt daher einen Schwerpunkt der Untersuchungen dar.

Bei der bundesweiten terrestrischen Waldzustandsinventur der Forstlichen Bundesversuchsanstalt wurden 1991 auf 18 Dauerbeobachtungsflächen in Wien 531 Probestämme beurteilt.

Den schlechtesten MVG (mittlerer Verdichtungsgrad) erreicht die Baumart Pappel, gefolgt von Buche, Schwarzkiefer und Eiche. In Wien liegen durchwegs schlechtere Waldzustände vor als im bundesweiten Durchschnitt. Die Ergebnisse für Wien zeigen jedoch auch eine kontinuierliche Verbesserung des Waldzustandes seit 1989. Am durchschnittlichen Kronenzustand der Waldbestände gemessen, fallen in Wien gemäß den WZI-Erhebungen 1991 55,4 Prozent der erhobenen Bestände in die Kategorie A „leichtgeschädigte Bäume“ und 44,4 Prozent in die Kategorie B „mittelgeschädigte Bäume“. In der Kategorie C „schwergeschädigte Bäume“ scheint wegen des mutmaßlichen Rückganges der „Welkkrankheit“ der Eiche sowie der Entnahme der absterbenden Bäume bei der laufenden Bestandespflege kein Anteil auf. Die Bezugsfläche laut österreichischer Forstinventur 1981—1985 ist mit 6.000 ha zu veranschlagen. Die Auswertung eines Bildfluges im Sommer 1991 wird zeigen, ob der durch die terrestrische WZI festgestellte Trend zu einer Entspannung der Waldschadenssituation in Wien bestätigt werden kann.

Die Auswertung der bundesweiten Bioindikatornetzerhebungen aus dem Jahre 1990 zeigt eine Abnahme der Anzahl an Grundnetzpunkten mit Grenzwertüberschreitungen in Niederösterreich und Wien in der Periode 1987—1990 gegenüber der Periode 1983—1986. Dennoch liegt in den Jahren 1985—1989 der Anteil der Probestämme mit Grenzwertüberschreitungen in Wien im Mittel mit 69 Prozent ganz wesentlich über dem Bundesdurchschnitt mit einem Anteil von nur 23 Prozent. Der Ballungsraum Wien ist laut diesen Erhebungen daher nach wie vor als ein bedeutendes Belastungsgebiet für Schwefelmissionen anzusehen.

Eingegliedert in die Abteilung ist auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe es ist, wissenschaftliche Grundlagen für den biologischen Landbau zu erarbeiten, seinen

volkswirtschaftlichen Stellenwert zu untersuchen und entsprechende Förderungsmaßnahmen einzuleiten. Das Institut wurde vom Forstamt beauftragt, Möglichkeiten der Messung von Ethan- und Ethylenproduktion der Eichen zu prüfen und ein Biotestverfahren für Freilanduntersuchungen zu entwickeln. Bei Einfluß von Streßfaktoren (z. B. Luftschadstoffe, Trockenheit) erhöht sich die baumeigene Produktion dieser Kohlenwasserstoffe, die über eine Reihe von luftchemischen Reaktionen zusammen mit Stickoxidausgasungen aus dem Waldboden eine lokale Ozonbildung im Wald bewirken. Die Kenntnis des Verhältnisses von Ethylen zu Ethan erlaubt direkte Rückschlüsse auf den Krankheitszustand der Bäume, bevor noch visuell sichtbare Symptome auftreten. Erwartungsgemäß deuten sich Zusammenhänge zwischen Ethylen, Ozon, Stickstoffdioxid, Strahlung und Temperatur an. Eine Beschreibung der Dynamik der möglicherweise durch Ozonstreß bedingten Ethylenausgasung der Bäume einerseits und der Oxidation des Ethylens in der Gasphase durch Ozon andererseits kann mit der zur Verfügung stehenden Ausrüstung allerdings nicht gegeben werden. Zur Absicherung bisheriger Ergebnisse und zur Klärung noch offener Fragen werden weitere Untersuchungen des bis Ende 1992 vorgesehenen Projektes beitragen.

In Anschluß an einen Forschungsauftrag zum Themenkomplex „Eichensterben“ führt das Forstamt der Stadt Wien seit 1989 eigene Erhebungen in Zusammenhang mit den als Schadsymptom beschriebenen Zweig- und Blattabsprünge der Eichen während der Vegetationsperiode durch. Unter „Absprünge“ versteht man ein aktives Abstoßen unter Ausbildung eines Trenngewebes. In der Literatur wurden die Ast- und Blattabsprünge bisher als natürliche Astreinigung beschrieben. Die in einzelnen Jahren auftretenden Häufungen im Spätfrühling und Sommer wurden mit trocken-heißen Sommerperioden und mit der Herabsetzung der Verdunstung über Blattmassenverringering zur Erhöhung der Trockenresistenz in Zusammenhang gebracht. Bedenklich ist das in den letzten Jahren in verschiedenen Eichenbeständen beobachtete hohe Ausmaß der Absprünge. Vergleichbare quantitative Angaben konnten in der Literatur bisher nicht gefunden werden. In der Regel wird an den Verzweigungsstellen zuerst der schwächere Zweig abgestoßen. Die Zweige brechen aus den Basen der Zweigverbindungen über vorgeformte Sollbruchstellen. Besonders markant ist dabei die konvexe Zweigbasis nach dem Abwurf. Die Sollbruchstelle entsteht durch Bildung von Trenngewebe aus neugebildeten Zellen und durch Auflösung von Leitgewebe. Diese Entwicklung wird durch Ethylen, einen Wachstumsregulator und Streßhormon, das seinerseits die Bildung von Abszissen anregt, ausgelöst. Ziel der Untersuchungen ist die Erhebung eines Ist-Zustandes im Jahre 1989 und die Dokumentation von relativen Veränderung des Biomassenanfalles der darauffolgenden Jahre auf den beiden Dauerbeobachtungsflächen. Die auf der Fläche F6 im Jahre 1989 angefallene Biomasse (oberirdisch) belief sich auf 3.564 kg/ha, der Anteil der Absprünge betrug 11 Prozent. Der Gesamtjahresbiomassenanfall (oberirdisch) im Jahre 1990 betrug 3.690 kg/ha, der Anteil an Absprünge davon 14 Prozent. Da erst im Beobachtungsjahr 1991, parallel zu den Biomassenerhebungen, Bodenwasserpotentialmessungen mittels Neutronensonde durchgeführt wurden, können Aussagen hinsichtlich eines Einflusses von Bodenwassergehalten auf die Biomassendynamik noch nicht getroffen werden. Auf Grund von Mitteilungen der Revierleiter über die teilweise beobachtete Verringerung der Blattgrößen im Verlauf der letzten Jahre sowie auf Grund von Untersuchungsergebnissen in der Schweiz (Blattflächenreduktion bei Einwirkung von oxidativem Streß) sind für das Jahr 1992 zusätzliche Erhebungen in dieser Richtung vorgesehen. Die vorläufig bis 1994 angelegten Untersuchungen sollen zeigen, ob ein Zusammenhang zwischen den erhobenen Parametern und dem Verhalten der Eichen besteht und inwieweit eine Reihung der Einflußgrößen zulässig ist.

Auf Grund bisher gewonnener Erkenntnisse sowie ständiger Gespräche mit Forschungsinstitutionen wurde im Jahre 1991 an das Institut für Forstökologie und das Ludwig-Boltzmann Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie der Auftrag zum Projekt „Einfluß unterschiedlicher Bewirtschaftungs- und Düngemaßnahmen auf die Stickstoffoxidausgasung von Böden“ durch das Forstamt der Stadt Wien vergeben. Die vor kurzem festgestellte Tatsache von NO-Ausgasungen aus Böden erscheint im Hinblick auf die bekannten hohen Stickstoffeinträge aus der Atmosphäre auch in den Waldboden unter dem Aspekt einer zukünftigen Bodenschutzkonzeption von besonderer Bedeutung. Der über trockene oder feuchte Deposition besonders auch durch Düngung dem Boden zugeführte Stickstoff verläßt den Boden zum Teil wieder in Form von Stickstoffmonoxid. Hinweise aus bereits bekannten Untersuchungen lassen vermuten, daß diese Ausgasungsprozesse als wahrscheinliche Ursache für die geringen Ozonkonzentrationen im Bodenbereich von Waldbeständen anzusehen sind, da es über die Reduktion von O₃ durch NO zur Bildung von NO₂ kommt. Diese dissoziiert unter Einwirkung von Strahlung photolytisch wieder zu NO und dem Singulett-Sauerstoff, der mit molekularem Luftsauerstoff zu Ozon reagiert. Dieser an sich im Gleichgewicht stehende Prozeß wird durch Einwirkung vegetationsbürtiger Kohlenwasserstoffe (Terpene) gestört. Der Wald gibt in erheblichem Umfang flüchtige Kohlenwasserstoffe ab, bei Streßeinwirkung in verstärktem Ausmaß. Die aus den Terpenen entstehenden Peroxiradikale bewirken eine Verschiebung des Gleichgewichtes Richtung NO₂, was in weiterer Folge zu erhöhter Ozonbildung führt. Schätzungen sprechen davon, daß etwa 25 Prozent der bisher ausschließlich aus Fernverfrachtungen angenommenen Ozonkonzentrationen in Waldbeständen aus den über die NO-Ausgasung aus Böden induzierten luftchemischen Reaktionen zu erklären sind. Von großer Bedeutung scheint das erläuterte Ursache-Wirkung-Reaktion-Gefüge aber nicht nur für den forstlichen Bereich, sondern besonders auch für landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen zu sein. Aspekte herkömmlicher Düngemaßnahmen im Vergleich zu Methoden aus dem biologischen Landbau werden jedenfalls im Gesamtkonzept des Projektes eine wesentliche Rolle spielen.

Im Bereich der Quellenschutzforste konnten die Befliegung der II. Hochquellenwasserleitung (Hochschwab) und die

nachfolgende Interpretation von Farbinfrarotluftbildern durchgeführt werden. Die Abteilung besitzt somit eine flächendeckende Luftbildokumentation des gesamten Verwaltungsgebietes. Das Untersuchungsgebiet umfaßt die Forstverwaltungen Hirschwang, Naßwald (Rax/Schneeberggebiet) und Wildalpen (Hochschwabgebiet). Auf insgesamt 16.000 ha wurde eine stichprobenweise Beurteilung von rund 87.500 Einzelkronen durchgeführt. Da in diesem Projekt auch Aussagen für Bestände gefordert waren, wurde ein regelmäßiger 50-m-Raster für die Auswahl jeweils eines Probebaumes pro Gitterpunkt verwendet. Insgesamt wurden 1.065 Luftbilder mit einem mittleren Bildmaßstab von 1 : 5.000 bis 1 : 10.000 aufgenommen. Beim Projekt wird der Kronenzustand in fünf Stufen eingeteilt, wie es auch bei der Waldzustandsinventur nach bundeseinheitlichen Richtlinien der Fall ist. Allerdings wird der „gesunde“ Baum (Kronenzustandsstufe 1) strenger definiert und die Kronenzustandsstufe 2 als „Warnstufe“ aufgefaßt. Dieses Beurteilungsschema orientiert sich an jenem, das in der Bundesrepublik Deutschland bei der terrestrischen Waldschadenerhebung (WSE) verwendet und auch im Manual der ECE für terrestrische Waldzustandsinventuren empfohlen wird. Das einzelbaumweise Gesamtergebnis der Luftbildinterpretation zeigt, daß vor allem die Laubbaumart „Buche“ einen besonders schlechten Kronenzustand aufweist. Die Tanne, die bekannterweise schon seit vielen Jahren vom sogenannten „Tannensterben“ betroffen ist, liegt mit ihrem mittleren Verdichtungsgrad sogar noch darüber. Beachtenswert ist auch das insgesamt bedeutend höhere Schadniveau aller untersuchten Baumarten im Hochschwabgebiet (II. Hochquellenwasserleitung). Da die beurteilten Probebäume koordinativ erfaßt wurden, können im Rahmen einer Wiederholungsinventur dieselben Kronen ein zweites Mal beurteilt und damit die Veränderungen des Waldzustandes erfaßt werden. Über die Ursachen der vorgefundenen Kronenzustände kann die durchgeführte Erhebung jedoch keine Aussagen machen. Zur Ursachenfindung sind weiterführende und umfassende Erhebungen zu den Themenbereichen Baumphysiologie, Bodenkunde, Immissionsklimatologie, Bestandesstruktur, Verjüngungsökologie und Wildbewirtschaftung erforderlich. Ganz wesentlich erscheint auch die Erfassung bisher weniger beachteter entomologischer und phytopathologischer Schadfaktoren.

Untersuchungen der letzten Jahre zeigten, daß die Wechselwirkungen zwischen forstschädlichen Insekten und deren Antagonisten auf Grund der derzeitigen Umweltbedingungen beeinflußt werden. Epidemologische Auffälligkeiten, die beobachtet werden können, sind im wesentlichen das Auftreten neuer Forstschädlinge, Großkalamitäten sonst nur lokal schädlicher Arten, der zunehmend chronische Gradationsverlauf sowie die Dominanzverschiebung „sekundärer“ Forstinsekten. Sie fallen mit der Zeit des beginnenden Waldverfalls zusammen. Die Beobachtung biotischer Schadfaktoren ist als wichtigste Begleitmaßnahme zu anderen Erhebungen als Abrundung des Gesamtbildes erforderlich. In diesem Zusammenhang wurden mit dem Institut für Forstschutz und Forstentomologie der Universität für Bodenkultur bereits mehrfach Gespräche über die Einrichtung eines forstentomologischen Monitorings im Quellenschutzgebiet der Stadt Wien geführt. Dieses Projekt gewinnt insbesondere im Hinblick auf eine mittel- bis längerfristige Entwicklung von Forstpathogenen in überalterten, zur Verjüngung anstehenden Hochlagenbeständen mit erschwerten Bedingungen für eine ökonomische und ökologische Bewirtschaftung an Bedeutung. Besonders die gefährdeten Hochlagen mit ihren (noch!) funktionsfähigen Schutzwaldbereichen stellen einen Eckpfeiler und Garant für eine langfristig gesicherte Trinkwasserversorgung dar. Eine Überwachung möglichst vieler negativer Einflußgrößen in diesen sensiblen Beständen sowie die Erarbeitung von Prognosemodellen auch im Hinblick auf in Zukunft veränderte Klimabedingungen scheinen durchaus geboten. Die Durchführung einer umfassenden Standortkartierung zur Feststellung der aktuellen und der potentiell möglichen Bestockung mit Forstgehölzen sowie zur Analyse der Bodenparameter wird weitere Aufschlüsse in diesem komplexen Fragenkatalog geben.

Im Verlaufe des Jahres 1991 konnten entsprechend dem „Aufforstungsprogramm zur Schließung des SWW-Gürtels im Norden und Süden Wiens“ weitere 5,8 ha aufgeforstet werden. Diese Neubewaldungsflächen liegen im 21. Bezirk (1,7 ha) und 22. Bezirk (4,1 ha). Insgesamt wurden 54.600 Bäume und Sträucher, ausschließlich Laubgehölz-Forstware, gepflanzt. Unter den Neuaufforstungen befindet sich auch jene Fläche, die bei der Jungbürgerfeier am 26. Oktober 1991 im 22. Bezirk in Breitenlee im Rahmen einer gemeinsamen Aktion mit den MA 13 und 53 bepflanzt wurde.

Als weiteren Beitrag zur Landschaftsgestaltung wurden 300 lfm Ackerwildkrautstreifen entlang von Windschutzgürteln angelegt. Mit diesen 4 m breiten Streifen wurde der ökologisch bedeutsame Kantsaum entlang von Waldrändern geschaffen.

Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit wurden in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat, den MA 11, 13 und 53 sowie mit Vereinen und Organisationen die Bevölkerung über die Einflüsse des Waldes auf die Lebensqualität des Menschen informiert. In Form von Lehrwanderungen, Vorträgen in Ergänzung zum Biologieunterricht in den Schulen und von Ferienspielen in den Revieren wurde grundlegendes Fachwissen über Lebensvorgänge im Wald vermittelt. Insgesamt 18 Schulklassen mit rund 500 Schulkindern wurden hauptsächlich in die stadtnahen Wälder geführt. Bei diesen Exkursionen wurde meistens mit Erfolg versucht, das Interesse der Kinder am Wald mit Schautafeln, Spiel und Broschüren zu wecken. Neun Exkursionen wurden mit Forstexperten durchgeführt, weiters acht Exkursionen mit gemischten Gruppen. In der „Woche des Waldes“ nahmen etwa 800 Schülerinnen und Schüler an den „Waldjugendspielen“ teil. Diese Veranstaltung wurde im Fernsehen in einem 20minütigen Beitrag dokumentiert.

Auf dem Gebiet der Forsteinrichtung, d. i. die Erhebung bestandesbezogener Grundlagen und die kurz- und mittelfristige Planung der Bewirtschaftung, wurden im Jahre 1991 folgende neue Maßnahmen getroffen:

Parallel zur klassischen Forsteinrichtung wurden 1991 im Revier Gahns, nunmehr als praktische Umsetzung der

Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Revier Brunngraben (1990), 500 permanente Stichproben eingerichtet, die bei Wiederaufnahme eine nutzbare Erfassung der Waldzustandsveränderungen durch Bewirtschaftung, Wachstum und Umwelt ermöglichen. Diese permanenten Stichproben erlauben bei erweitertem Informationsspektrum Bewirtschaftungsmaßnahmen auf der Basis objektiv erhobener und statistisch abgesicherter Daten und stellen hiermit eine methodische Erweiterung der klassischen Forsteinrichtung, die auf eine Massenermittlung beschränkt war, dar.

Das Forstkartenwesen wurde durch Einführung eines GIS (auf Basis ARC/INFO) modernisiert. Die EDV-mäßige Verwaltung von geometrischen Daten und forstlichen Sachdaten ermöglicht nunmehr neben der raschen Bereitstellung von Standardkartenwerken eine rationelle Durchführung komplexer Analysen.

Die Umstellung der ehemals händisch in den Revieren der Abteilung durchgeführten Lohnverrechnung und Lohnkostenrechnung auf EDV in den Forstverwaltungen Hirschwang, Naßwald, Wildalpen, Lainz und Lobau konnte abgeschlossen werden.

Eine Standardisierung der Forstprogramme zur Erfassung und Verrechnung des Rundholzeinschlages in den Forstverwaltungen bzw. Revieren sowie zu einer automatischen Nutzungsnachweisung für die Direktion wurde erreicht.

Das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie hat 1991 Forschungsvorhaben durchgeführt bzw. neu begonnen: Es waren dies im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung „Die wissenschaftliche Koordination der österreichischen Kompostforschung“, „Das Kooperationsprojekt mit der Universität Olmütz über die Möglichkeit der Umstellung auf biologischen Landbau in Naturschutzgebieten“ und „Die agrarökologischen Aspekte der Umstellung auf biologischen Landbau (Bund-Land-Kooperation WD 7)“. Im Auftrag der MA 48 wurden eine Qualitätsaustestung von Komposten aus der Biotonne sowie eine Erhebung über den Bedarf an Kompost im Raume Wiens durchgeführt, die Auswirkungen von Kaliumkarbonat bei der Verwendung als Auftragsmittel festgestellt und eine Literaturstudie über die Schwermetallbelastung von Grünkomposten gemacht.

Im Auftrag der Abteilung wurden die Arbeiten am Forschungsvorhaben „Ethan- und Ethylenausgasung von gestreßten Eichenbeständen“, im Auftrag der MA 22 die Arbeiten am Forschungsvorhaben „Wechselwirkungen zwischen naturnahen Landschaftsteilen und landwirtschaftlich genutzten Flächen“ weitergeführt.

Die wissenschaftliche Begleitforschung bei der Umstellung des Stadtgutes Lobau auf biologischen Landbau wurde ausgeweitet und umfaßt nun in Verbindung mit der Anwendung der Komposte aus der Biotonne den gesamten Betrieb (115 ha). Die Abteilung hat im Stadtgut Lobau eine Außenstelle errichtet, die auch dem Institut zur Verfügung steht.

Im Institut wurden 1991 7 Dissertationen und 4 Diplomarbeiten betreut. Die wissenschaftlichen Arbeiten dokumentierten sich in 20 Publikationen; 4 waren in Druck und 6 in Vorbereitung. Die Ergebnisse der Forschungstätigkeit wurden im Rahmen von drei wissenschaftlichen Tagungen in Linz, in Wien und in Witzhausen präsentiert.

Sportangelegenheiten

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurde dem ASKÖ-Landesverband Wien eine Baurate in der Höhe von 2 Millionen Schilling für den Bau einer Eishalle auf der Sportanlage „Eisring Süd“ in 10, Windtenstraße, zur Verfügung gestellt. Die Union erhielt 1.040.000 S und der ASVÖ 320.000 S für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen. Der UKJ Wien wurde ein Betrag von 3 Millionen Schilling für die Errichtung einer Mehrzweckhalle auf der Sportanlage in 17, Marswiese, zur Verfügung gestellt. Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuß) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich 800.000 S. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt — 200.000 S —, wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern und Nachwuchssportlern sowie als Beitrag zu den Verwaltungskosten der Fachverbände wurden 1991 2 Millionen Schilling aufgewendet. Es fanden drei Sitzungen des Präsidiums und vier des Landessportrates statt. Der Fachausschuß trat viermal zusammen.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1991 19 Jugendspielplätze und 18 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen

zur Benützung überlassen wurden. Die neun von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 7 Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen überlassen. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße, 10, Laxenburger Straße—Heuberggässchenstraße, 10, Franz-Koci-Straße, 16, Kandlerstraße 38, 16, Roterstraße, und 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt.

Für die Ruder-Weltmeisterschaft und die Kanu-Junioren-Weltmeisterschaft, die 1991 in Wien stattfanden, hat die Abteilung auf der Donauinsel bei der Steinspurnbrücke ein Ruder- und Kanuzentrum mit Bootshallen, Garderoben, Büroräumen und einem Zielrichterturm errichtet. Auch bei der Ufergestaltung wurde auf diese beiden Veranstaltungen Rücksicht genommen.

Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Auf dem Cobenzl betreibt die Stadt Wien eine Langlaufloipe, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Für die Benutzer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufskiern ergänzt das Service. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee—Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspurnbrücke, im Gelände des Böhmisches Praters in Oberlaa, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Spielschwimmen“, „Talent-Leistungsschwimmen“, „Talent-Spezial“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht. Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

Über das Fernschreibnetz der Austria-Press-Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 3.588 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 1.000 Stück umfaßte 3.233 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliederte sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft.

Im Jahre 1991 wurden 230 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 756 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (PID) statt. Zusätzlich waren 383 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, mit Redakteuren des PID zu besetzen. Alle zwei Wochen wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern“ wurde in rund 2.100 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen 27 „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar „Wiener Kulturkalender 1991“, „Ergebnisse des Internationalen Architektenwettbewerbes EXPO '95 in Wien“, „Aktion ‚Wien hilft Moskau‘“, „Ausländische Kinder und Jugendliche in Wien. Integrationshilfen im schulischen und außerschulischen Bereich“, „Wiens Straßenbau und Brückenbau '91“, „Neuerungen bei der Hauskrankenpflege“, „Bevorrangungsprogramm der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe. Bilanz 1990 — Programm 1991“, „Zwei Jahre nach Lainz — zahlreiche Verbesserungen“, „Helfen statt strafen — Hilfen und neue Initiativen im Kinderschutz“, „Leitlinien für die Stadtentwicklung Wiens“, „Bundesstraßenbau '91 in Wien“, „Die Volksbefragung vom 14. bis 16. Mai 1991“, „Frauenbericht 1990“, „Kuratorium Wiener Pensionistenheime: Aktuelles aus den Wiener Pensionistenheimen“, „Kinder brauchen Bücher; Leseförderung in den Wiener Städtischen Büchereien“, „Entwurf für ein

Wiener Drogenkonzept“, „Mozart 1991 live in Wien — eine Zwischenbilanz“, „Die Wiener Stadtwerke 2000“, „Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1991. 10. November 1991 — Wahlservice — Vergleichszahlen“, „Frühe Hilfen verbessern Chancen für Kinder“, „Forderungen und künftige Aktivitäten des Frauenressorts“, „Fakten zum Wiener Gesundheitswesen“, „Verleihung des Ehrendoktorates der Rechte der Tokai-Universität (Japan) an Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion“, „Die Zukunft des Alten AKH. Ergebnisse des Planungsverfahrens“, „Weichenstellungen für Umwelt, Verkehr und Energie. Bilanz von Stadtrat Johann Hatzl“, „Wien nach den Wahlen 1991. Wiener Landtag, Gemeinderat der Stadt Wien, Wiener Landesregierung und Stadtsenat, Vertreter Wiens im Bundesrat“, „Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk“. Ferner wurden zu diversen Themen Flugblätter in einer Auflagenhöhe von rund insgesamt 3.000.000 Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung sowie auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt wurden. Für diesen Zweck wurden zum einen die in Wien erscheinenden bzw. vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung“, der „Kurier“, die „AZ“, „Die Presse“, die „Kronen-Zeitung“, die „Volksstimme“, das „Volksblatt“, „Der Standard“ und die „Salzburger Nachrichten“, zum anderen die Bundesländerzeitungen „Oberösterreichische Nachrichten“, „Tagblatt“, „Kleine Zeitung“, „Neue Zeit“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kärntner Tageszeitung“ und „Niederösterreich-Kurier“. Ferner wurden Artikel in den Wochen- und Monatszeitungen „Profil“, „Wochenpresse“, „Neue Freie Zeit“, „Die Furche“, „Trend“, „Basta“, „Wiener“, „Falter“ und „Salto“ ausgewertet. Der Pressespiegel wurde durch Hinweise auf kommunalpolitisch relevante Sendungen des ORF ergänzt. Aufgezeichnet und ausgewertet wurden regelmäßig die Sendungen „Wien heute“, „Österreich heute“, „Österreich-Bild“ (Studio Wien), „Zeit im Bild 1“, „Kulturjournal“, „Zeit im Bild 2“, „Mittagsinformation Radio Wien 12.45 Uhr“ und „Abendinformation Radio Wien 17.15 Uhr“. Mitgeschnitten und bei Bedarf Interessenten zur Verfügung gestellt wurden die Sendungen „Morgenjournal“, „Mittagsjournal“, „Abendjournal“, „Das Wiener Stadtradio“ (14 bis 16 Uhr), „help“, „Pressestunde“, „Schilling“, „Argumente“, „Inlandsreport“, „X-Large“, „Ein Fall für den Volksanwalt“, „Wir“, diverse „Club 2“-Sendungen sowie die „Mini-ZiB“. Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz“ und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

Von „Wien aktuell“, der Zeitung für die Bediensteten der Stadt Wien, erschienen im Jahre 1991 21 Ausgaben mit je 16 Seiten.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ erschienen 52 Nummern in einer Auflage von 7.000 Stück mit insgesamt 3.276 Seiten. Weiters erschienen die Geschäftseinteilung, drei Sonderbeilagen zum Mozartjahr und zwei Wahl-Info-Hefte.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ wurden 42 Stück mit 167 Seiten im Jahr 1991 herausgegeben.

Der PID beteiligte sich im Ausland an den Wien-Bällen in Crans Montana (23. 2.), Prag (27. 4.), München (17. 5.), Mailand (1. 6.), London (1. 6.), Johannesburg (17. 7.), Vaduz (28. 9.), Oslo (26. 10.) und Porto (23. 11.).

Eine Mozartpromotion im Ausland wurde in Hongkong (2. 2.—11. 2.), Crans Montana (20. 2.—24. 2.), Frankfurt (28. 2.—7. 3.), Zagreb (1. 3.—4. 3.), Gran Canaria und Teneriffa (17. 3.—25. 3.), Paris (9. 4.—14. 4.), Prag (24. 4.—28. 4.), München (15. 4.—18. 5.), Genua (18. 4.—21. 4.), Metz, Lyon und Mühlhausen (22. 4.—26. 4.), Lissabon und Porto (2. 5.—6. 5.), Taipeh und Seoul (11. 5.—23. 5.), London (30. 5.—2. 6.), Luxemburg (30. 5.—3. 6.), Mailand und Bologna (30. 5.—4. 6.), Johannesburg (5. 7.—21. 7.), in Städten an der Oberen Adria (16. 7.—21. 7.) und in Bangkok (28. 11.—9. 12.) durchgeführt. Im Mozart-Salettl bei der Oper in Wien wurden Interessierte in der Zeit von Mai bis September 1991 über alle Aktivitäten im Mozart-Jahr in Wien informiert. Projekte im Mozart-Jahr, die von der Stadt Wien initiiert bzw. ermöglicht wurden, waren das Konzert des Wiener Kammerorchesters im Schloß Versailles (4. 1.), die Aufführung eines kirchenmusikalischen Werkes in der Kirche St. Michael (6. 1.—29. 12. jeden Sonntag), das Eröffnungskonzert der Wiener Philharmoniker im Musikverein (13. 1.), der Kongreß „Musik und Politik“ im Konzerthaus (14.—17. 1.), „La notte di Figaro“ — der Ball im Wiener Rathaus (14. 1.), der Zaubrerflötenspielerball im Wiener Rathaus (2. 2.), eine Matinee im Theater in der Josefstadt (10. 2.), Konzerte im Konzerthaus (10.—11. 3.), die Präsentation der Sonderpostmarke „Mozart“ (22. 3.), zusätzliche Aufführungen von Mozartmessen in acht anderen Wiener Kirchen (31. 3.—25. 12.), Mozart-Schiffahrten für Kinder nach Bratislava (2. 6., 18. 7., 18. 8.), die Einweihung der Mozart-Blumenskulptur im Schloßpark Schönbrunn (27. 6.), Mozart-Musik in Wiener Kaffeehäusern (5. 7.—23. 8.), das Mozart-Opernair-Filmfestival vor dem Wiener Rathaus (3. 7.—31. 8.), Mozart-Erlebnispaziergänge für Kinder in der Wiener Innenstadt (11., 14., 16. und 18. 7.), die Mozart-Jugendkonzerte „Synchronicity“ im CA-Zelt (25. 8., 26. 8., 7. 9., 7. 11.), der Mozart-Blütenteppich vor dem Rathaus (29. 8.—1. 9.), das Historische Mozartkonzert im Augarten (7. 9.), die Mozartpräsentation im Festsaal des Wiener Rathauses und die Präsentation der Mozartkutschentische nach Prag (14. 9.), das Konzert im Musikverein „Mozart no end and the Paradise Band“ (2. 10.), die Ballettpremiere „Tod in Wien“ in der Volksoper (15.—20. 10.), das Konzert im Konzerthaus gespielt von Gidon Kremer (28. 11.), die Kranzniederlegung am St. Marxer Friedhof (5. 12.), der Mozart-Kongreß „Musik und Erziehung“ (8.—12. 12.), die Enthüllung der Gedenktafel in der Michaelerkirche (10. 12.) und die konzertante Aufführung „Il Re Pastore“ im Konzerthaus (22. 12.). Ferner wurde eine weltweite Medienbeobachtung und -dokumentation des Mozart-Jahres in Wien durchgeführt. Das Mozart-Büro wurde zur Unterstützung der Stadt Wien für

die Mithilfe bei der Durchführung der Mozart-Veranstaltungen sowie für die internationale Pressebetreuung und allgemeine Informationstätigkeit im Mozart-Jahr eingerichtet.

Zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen bzw. Kampagnen wurden organisiert bzw. mitorganisiert. Es waren das der Mozartstand bei der internationalen Touristikmesse, die 1. ÖKO-Gala, der Valentinstag im Reservegarten Hirschstetten, die Umweltnsel auf der Donauinsel, die „Wien im Blumenschmuck“-Preisverleihung, das „Fest der Berge“, die Radwege-Informationsausstellung, „Senior aktuell“, die U-3-Eröffnung, „Weltgesundheitswoche“, Volkszählung, Planeinsichtsstelle Staustufe, der Blumenmarkt „Am Hof“, die „Wien im Blumenschmuck“-Kampagne (Blumentröge), der Informationsstand Schönbrunn, die Volksbefragung 91 (EXPO und Staustufe Freudenau), die mobilen Annahmestellen für die Volksbefragung, die „Wien im Blumenschmuck“-Preisfahrt, das „Bäderquiz Kongreßbad und Schafbergbad“, die Grünaktion „Baumwidmung“, der „Tag der Musik“, die Wahl des beliebtesten Wieners, der „7. Wiener Tramwaytag“, die Zivilschutztage im Bundesamtsgebäude, das „Bäderquiz Ottakringer Bad“, die Mozart-Filme vor dem Wiener Rathaus, das Kinderfest im Sommerbad Simmering, die Umweltschau in Prag, der Weltbasar, das Wolfersberger Wiesenfest, das „Bäderquiz Gänschäufel- und Stadionbad“, „Stammersdorf aktiv“, die Eröffnung Donaukanal Kaiserbad, die Informationsveranstaltung beim Donaupromenadenfest, der „Tag der offenen Tür“, das Pressefest im Reservegarten Hirschstetten, das Fit-Fest Oberlaa, die Unser-Wien-Wanderrouten, „World Tech Vienna“, die Buchwoche im Festsaal, der Packerlbus, der Umwelt-Infostand, die Gemeinderatswahl — Einrichtung eines Wahlzentrums im Wiener Rathaus, der Sportstammtisch „Licht ins Dunkel“ und Silvester in Wien.

1991 wurden folgende Broschüren und Folder herausgegeben: Wohnen am Wienerberg, Wien im Blumenschmuck, Leitfaden für die Wien-Aktion, „Was Sie als österreichische/r StaatsbürgerInnen wissen sollten!“, 70 Jahre Bundesland Wien, Kunst- und Kulturbericht 1990, Donauinsel, Mozart-Filme, Problemtiere in der Großstadt (Nachdruck), „Zu Fuß unterwegs“, „Demokratie für Sie“, Parkgaragen, Kinderfreizeitführer (zweisprachig), Silvesterprogramm, Wohnen in Wien, Krankenhaus Maria-Theresien-Schlüssel, Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel, Altlastenbuch, Hallenbäder, Sommerbäder, Krankenpflege, „Wasser nutzen“, „Ihr Wasseranschluß“, „Kleine Wasserstatistik“ und Spitalsberichte 1990.

Die Stadtatlas-Kapitel zu den Themen Soziales, Sicherheit, Energie, Wohnen (Neuaufgabe), Sport (Neuaufgabe), Kultur (Ergänzung) wurden erstellt.

Folgende Plakate und Hausanschlüsse wurden affiziert: U 3- Eröffnung, Volkszählung, Währinger Festwochen, Kinderfest im Simmeringer Sommerbad, Mozart-Filme, 4. Wiener Feuerwehrtfest, Kahlenberg, Gewinnspiel zum Thema Umwelt, Silvesterpfad, Wasserausstellung, Unsere Gärten, Spitalsombudsmann.

Die Postwurfsendung „Unser Wien“ erschien achtzehnmal, wobei zu den Themen „Zivilschutz“, „Kompost-offensive“, „Volkszählung“, „Festwochen“, „25 Jahre Tag der offenen Tür“ und „Unser Wien zum Jahreswechsel“ Sonderbeilagen und zu den Themen „Volkszählung '91“, „Volksbefragung“, „Sommerprogramm“, „Biotonne“, „Wiener Gemeinderatswahlen“ und „Umwelt spezial“ Sonderausgaben produziert wurden. Weiters wurden für die Bezirke Simmering, Meidling, Brigittenau, Leopoldstadt, Floridsdorf und Donaustadt Postwurfsendungen hergestellt. „Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien im Jahre 1991 in dreizehn verschiedenen Ausgaben.

Im Jahre 1991 wurden vom PID 818 Inserate und PR-Artikel verfaßt, die in insgesamt 234 Tages-, Wochen-, Monats-, Bezirks- und Fachzeitungen veröffentlicht wurden. Die Inserate bezogen sich unter anderem auf die Themenkreise Stadtinformation, Stadtatlas, Mozart, Volksbefragung, Volkszählung, Silvester, Gemeinderatswahl und Bürgerdienst. Für die Personalwerbung wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazine geschaltet. Im Auftrag von MA 16 und MA 17 wurde in Fachzeitschriften für Krankenpersonal inseriert. Für die MA 44 wurden klassische Inserate sowie Bekanntmachungen in verschiedenen Tageszeitungen inseriert. Zum Umweltschwerpunkt „Müll“ wurden für die MA 48 in verschiedenen Tageszeitungen und Periodika Inserateneinschaltungen vorgenommen.

Die Produktion und Ausstrahlung von 320 Programminuten der Fernsehfilmproduktion „Hello Austria, Hello Vienna“ wurden vom PID finanziert. Es wurden 8.000 Meter Farbtonfilm über kulturelle, politische, sportliche und gesellschaftliche Themen aus Wien hergestellt. Rundfunkschaltungen im ORF und in den Feriensendern „Radio Adria“ und „Radio Lignano“ wurden ebenfalls vom PID beauftragt. Weiters waren Drehgenehmigungen für über 600 Spielfilme, Dokumentationen, Ländersendungen, Werbefilme sowie Sendungen für den ORF zu organisieren. Internationale Filmproduktionen wurden direkt betreut, so unter anderem „Dead Flowers“, „The Mixer“, „Eurocops 11 — Transit in den Tod“, Videoclip mit Christopher Lambert, sowie Mozart-Dokumentationen von in- und ausländischen Filmteams.

Das Auslandspressbüro hat rund 200 ständig in Wien akkreditierte, kommunalpolitisch interessierte Journalisten/-innen sowie österreichische Journalisten/-innen außerhalb Wiens betreut und mit neuen Informationen versorgt. Darüber hinaus wurden auch jene Auslandsjournalisten/-innen intensiv betreut, die auf Einladung des Wiener Bürgermeisters, des Bundespressdienstes, des Fremdenverkehrsverbandes, des PID oder im Auftrag ihrer Redaktion einige Tage nach Wien kamen. Im Jahre 1991 ergaben sich etwa 415 persönliche sowie etwa 1.000 briefliche und telefonische Kontakte mit Auslandsjournalisten. Die Artikel über Wien wurden ausgewertet, archiviert und

regelmäßig den Wiener Stadträten übermittelt. Themenschwerpunkte waren die EXPO, das Mozart-Jahr und die Wiener Gemeinderatswahlen.

Das Rundfahrtenbüro führt bereits seit Jahren verschiedene Rundfahrten für die Wiener Bevölkerung bzw. für andere Interessierte sowie für Schüler aus Wien und anderen Bundesländern durch. Eine Verlagerung des Publikumsinteresses von den Einzelrundfahrten „Modernes Wien“ zu den Gruppen- und Sonderfahrten war im Jahre 1991 zu bemerken. Es gab 64 fremdsprachige Führungen für Gäste der Stadt Wien.

Die Stadtinformation verzeichnete im Jahre 1991 insgesamt 131.237 Kontakte mit der Bevölkerung. Hauptsächlich wurden die Anfragen telefonisch gestellt (100.218), zusätzlich wurden 30.425 Bürger persönlich informiert und 594 schriftliche Wünsche behandelt. Von den fernmündlichen Anfragen entfielen 12.059 auf das „Telefon-Service“ der Stadtinformation an Wochenenden und Feiertagen. Die Zahl der Kontakte entspricht dem Durchschnitt aus den Vorjahren, wobei es allerdings auf Grund der posttechnisch notwendigen Umstellung der Telefonnummer zu Frequenzzunahmen im letzten Jahresdrittel kam. Zur Stabilisierung der hohen Inanspruchnahme ist für das Jahr 1992 eine verstärkte Bewerbung der „neuen“ Telefonnummer, 403 89 89, vorgesehen.

Die Stadtinformation ist die zentrale Auskunftsstelle der Stadtverwaltung, die Bürger erhalten grundsätzlich zu jeder Frage Auskunft. Teilweise werden den Ratsuchenden auch kompetente Stellen namhaft gemacht. Die Mitarbeiter der Stadtinformation betreuen ebenfalls die im Rathaus vorsprechenden Touristen. Auch werden von den Bürgern Hinweise über Unzukömmlichkeiten sowie Gebrechensmeldungen gemacht. Als „Verbindungsstelle zur Umweltpolizei“ wurde die Stadtinformation mit 179 Umweltproblemen konfrontiert, die umgehend an kompetente Dienststellen weiterzuleiten waren. Neben ihrer Auskunftstätigkeit haben die Mitarbeiter der Stadtinformation 552 Rathausführungen abgehalten. 18.255 Personen konnten dabei die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses besichtigen. Die Besucher waren überwiegend Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung. Außerdem hat die Stadtinformation anlässlich der Jubilare-Ehrungen des Präsidialbüros, spezielle Rundgänge für Senioren gestaltet. Die Stadtinformation ist Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet, laufend werden neue Plakate mit Hinweisen auf Veranstaltungen in der Friedrich-Schmidt-Halle affiziert. Restexemplare und abgelaufene Plakate erfreuen sich bei jugendlichen Besuchern großer Beliebtheit. Unbedingt erwähnenswert ist auch das reiche und stets wechselnde Prospektangebot. Das Kulturamt der Stadt Wien hat in den Sommermonaten den Kartenverkauf für den „Musiksommer-Klangbogen“ und die „Wiener Festwochen“ im Kassenkiosk der Stadtinformation durchgeführt. Weiters war das Landesjugendreferat zu Gast in der Schmidt-Halle. Auch Eintrittskarten für die Ruder-Weltmeisterschaft konnte man in der Stadtinformation erwerben. Während der Sommermonate stand für die ausländischen Besucher das Computer-Informationssystem „City-Info“ zur Verfügung. Nach wie vor erweckt die „Wien-Bildplatte“ reges Interesse. Als Beitrag zum Mozart-Jahr konnte man bei einem speziellen Mozart-Computer Wissenswertes über den Meister und seine Musik erfahren. Weiters wurden zahlreiche Zählkarten für die Großveranstaltung „Fasching im Herzen Europas“ und für die Schlußveranstaltung des Quiz „Wer weiß gewinnt“ ausgegeben. Antragsformulare zur Aktion „Billiger Parken“ konnten in der Stadtinformation abgegeben werden. Wie immer konnten Interessierte wieder in den Budget-Voranschlagsentwurf Einsicht nehmen. Im Jänner (100. Todestag von Friedrich Freiherr von Schmidt), im März (75. Todestag von Marie Ebner-Eschenbach) und im September (Tag der offenen Tür) wurde ein Sonderpostamt eingerichtet. Im Rahmen der Aktion „Kurden-Hilfe“ erreichten die Stadtinformation Hilfsangebote aus ganz Österreich. In den Sommermonaten waren, auf Grund der Ozon-Problematik, verstärkt Anfragen nach den aktuellen Luftmeßwerten zu registrieren. Anlässlich der Landtags- und Gemeindevorwahlen war die Stadtinformation als „Wahl-Telefon“ im Einsatz.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Auch 1991 setzte sich der Trend der steigenden Einsatzzahlen weiter fort; mit 30.589 war es eine Steigerung um 3,4 Prozent gegenüber dem Berichtszeitraum 1990, wobei die „magische“ Grenze von 30.000 Einsätzen pro Jahr überschritten wurde. Teilweise war dies auch auf die Einsätze im Zusammenhang mit dem hohen Wasserstand im Donaustrom und in der Neuen Donau zurückzuführen. Hier war die Einsatzleistung der Feuerwehr besonders hoch, galt es doch die Ruderweltmeisterschaft zu retten. In diesem Zusammenhang wurde speziell der Wasserdienst gefordert. Die Taucher und übrigen Mannschaften leisteten gemeinsam mit anderen Dienststellen der Stadt Wien unzählige Stunden, um die Rennstrecke wieder benützbar zu machen. Im Anhang wird über einige Einsätze berichtet, die die Aufmerksamkeit der Medien und der Bevölkerung erregten, so z. B. der Einsatz bei einer Geruchsbelästigung ausgehend von einer Mineralölfirma, der viele Kreise der Donaustädter Bevölkerung beunruhigte. Dieser Einsatz zeigte auch, daß der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu vermehrten Schadstoffeinsätzen weiter anhält. Bei der zur Zeit auf der ganzen Welt vorhandenen Anzahl von rund 6 Millionen chemischen Stoffen und Verbindungen ist es für die Arbeit der Feuerwehr wichtig, richtig gerüstet zu sein. Dies geschieht einerseits durch intensive Ausbildung und Schulung der Feuerwehrbeamten, andererseits durch eine Gefahrgutdatenbank im Zusammenspiel mit Datenübermittlung. Aus diesem Grund wurden für die Führungsfahrzeuge (Kommandofahrzeuge) Funktelefone im D-Netz angekauft, die eine Fax-Schnittstelle haben. In Zukunft sollen damit jene Informationen, die aus der Gefahrgutdaten-

bank abgerufen werden, dem jeweiligen Einsatzleiter auch in schriftlicher Form übermittelt werden können. Man muß bedenken, daß derartige Informationen über einen chemischen Stoff bis zu drei Maschinschreibseiten lang sein können. Erste Versuche mit mobilen FAX-Geräten verliefen durchaus zufriedenstellend. Eine Schwierigkeit bei den zur Zeit angebotenen mobilen Geräten bereitet die Stromversorgung, da diese zur Zeit über Spannungswandler erfolgt.

Da nicht nur bei Brandeinsätzen, sondern in noch größerem Ausmaß auch bei Schadstoffeinsätzen der Atemschutz eine wichtige Rolle spielt und richtig und sachgemäß gepflegte Geräte die Basis für eine erfolgreiche sowie gefahrlose Durchführung eines Einsatzes sind, wurden sechs Mitarbeiter der Atemschutzwerkstätte auf ein Seminar des Herstellers geschickt. Die Ausbildungsinhalte wurden vom zuständigen Referatsleiter der Feuerwehr mit den Produktmanagern und den Konstrukteuren der Herstellerfirma speziell für die Belange der Wiener Berufsfeuerwehr festgelegt. Neben den jährlich laufenden feuerwehrinternen Kursen lag 1991 der Schwerpunkt auch bei der Ausbildung der zuständigen Beamten auf neuen Geräten. So besuchten fünf Beamte der Nachrichtenabteilung eine Rechnerschulung, um die neuen Rechner der Nachrichtenanlagen entsprechend betreiben zu können. Auch für die bei der Feuerwehr in Verwendung stehenden Drehleitern wurden in den Herstellerwerken in der BRD entsprechende Lehrgänge veranstaltet. Spezielle Anforderungen werden an die Mannschaften der bei der Abteilung im Dienst befindlichen Kranfahrzeugen gestellt. Aus diesem Grund wurde gemeinsam mit einem Zivilingenieur ein zweitägiges Kranführerseminar abgehalten. Bei dieser Schulung, die einen theoretischen und einen praktischen Teil umfaßte, wurde das auf Feuerwehrbedingungen ausgerichtete Wissen vermittelt bzw. in Form von Übungen erprobt. Um die Sicherheit im Straßenverkehr, speziell bei Einsatzfahrten, zu erhöhen, wurde für 50 Fahrer ein LKW-Fahrtechniklehrgang auf dem Testgelände eines Autofahrerklubs organisiert. Hier wurde mit den Feuerwehrfahrern und den Feuerwehrfahrzeugen das Verhalten in Extremsituationen geübt.

Durch den weiteren Ausbau des U-Bahn-Netzes in Wien und die speziellen Einrichtungen für den Brandschutz in diesen Anlagen ist es immer wieder notwendig, dementsprechende Übungen durchzuführen. Noch vor Inbetriebnahme der U-Bahn-Linie 3 wurde eine Übung durchgeführt, die den Brand einer U-Bahngarnitur in der Wendeanlage zum Thema hatte. Im Dezember 1991 wurde am Karlsplatz diese Annahme zur Realität. Da es in Wien viele Parkanlagen sowie Wälder gibt, sieht sich die Feuerwehr immer wieder mit Einsätzen konfrontiert, bei denen Kettensägen eingesetzt werden müssen. Um die Ausbildung an diesen Geräten zu intensivieren, wurden zwölf Mann auf einen Kettensägausbildungskurs der Forstabteilung der Landwirtschaftskammer geschickt. Das dort erworbene Wissen wurde in einem groß angelegten Übungsprogramm an fast 200 Feuerwehrbeamten des Branddienstes weitergegeben. Des Weiteren wurde zum Schärfen der Ketten ein Kettenschärfergerät angekauft.

Auf dem Fahrzeugsektor wurde der vor fünf Jahren begonnene Weg, die Rüstlöschfahrzeuge durch Bergelöschfahrzeuge zu ersetzen, weitergegangen und fünf neue Fahrzeuge angeschafft. Damit verfügt die Abteilung nunmehr über 26 Fahrzeuge dieses modernst ausgerüsteten Typs. Zum Transport beschädigter Fahrzeuge wurden ein Abschleppfahrzeug und ein PKW-Abschleppgerät angeschafft.

Um beim Alarmieren der Fahrzeuge noch schneller zu sein, wurde ein veralteter Rechner der Nachrichtenanlage ausgetauscht. Im Bereich der Telefonanlage wurde die Notrufanlage (Notruf 122) mit einer verbesserten Software ausgestattet, durch die die Sicherheit der Notrufabfrage weiter erhöht werden konnte. Um auch bei Kabelschäden zwischen den einzelnen Feuerwachen Verbindung zu haben und vor allem um die Wachen sicher alarmieren zu können, wurde ein Funknetz-4-m-Band in Betrieb genommen. Es ist zur Zeit auf allen Haupt- und Zugwachen installiert.

Im Bereich der Feuerwehrbauten wurde 1991 der Vorentwurf für den Neubau der Hauptfeuerwache „Floridsdorf“ fertiggestellt. In Strebersdorf wurde die dort situierte Wache mit einem Gesamtaufwand von rund 9 Millionen Schilling generalsaniert. Im Zuge des Sanierungsprogramms wurde mit den Bauarbeiten an den Feuerwachen „Altmannsdorf“ und „Grinzing“ begonnen. Die Arbeiten sollen planmäßig im Herbst 1992 beendet werden.

Die Feuerwehr ist nicht nur im abwehrenden Brandschutz tätig, sondern spielt auch eine aktive Rolle bei Brandschutzvorkehrungen. Als Vertreter des Amtes der Wiener Landesregierung war die Abteilung bei der Erstellung des Entwurfes einer Flüssiggasverordnung ständig beigezogen. Des Weiteren wurde gemeinsam mit der Baupolizei eine Hochhausrichtlinie ausgearbeitet, die bei künftigen Neubauten die baulichen Sicherheitserfordernisse für derartige Gebäude regelt. Nach Abschluß der Tätigkeit der Hotelkommission wurden die Richtlinien für neu zu errichtende Hotelanlagen überarbeitet. Um verschiedene „Technische Richtlinien vorbeugender Brandschutz“ den Regeln der Technik anzupassen und die Sammlung dieser Richtlinien zu erweitern, war die Feuerwehr 1991 ständig in der Ausschubarbeit tätig. Es wurden die Arbeiten an den Richtlinien für den „Brandschutz in Verkaufsstätten“ und für die „Lager für gefährliche Stoffe“ sowie eine Überarbeitung der Richtlinie „Brandschutzpläne“ abgeschlossen. Die Arbeiten an einer Richtlinie für Brandfallsteuerungen wurden weitergeführt. Vertreter der Abteilung waren in verschiedenen Normungsausschüssen tätig, wobei hier der Schwerpunkt auf dem Gebiet der Brandrauchentlüftung lag. Im Rahmen der Verwaltungsakademie wurden für Bedienstete der Stadt Wien Seminare abgehalten, die den Bediensteten die Grundlagen des baulichen und vorbeugenden Brandschutzes sowie die Bedeutung einer sinnvollen Brandschutzorganisation näherbringen sollten. Besonderes Augenmerk wurde auf die Ausbildung von Bediensteten aus dem Spitals- und Pflegebereich gelegt.

Im folgenden werden Berichte über die größten und gefährlichsten Einsätze im Jahr 1991 gebracht, die die Arbeit und Schlagkraft der Feuerwehr verdeutlichen:

Am 6. Jänner war in einer Wohnung des Hauses in 3, Hintzerstraße 2, aus einer Gasanschlußstelle, die nicht verschlossen war, Erdgas ausgetreten. Das Gas-Luft-Gemisch wurde durch eine unbekannte Zündquelle in Brand gesetzt. Durch die Entzündung kam es zu einer Explosion, deren Druckwelle mehrere Zwischenwände, Türen und Fensterscheiben beschädigte. Die 85jährige Wohnungsinhaberin wurde durch diese Druckwelle zu Boden geschleudert und ihre Kleidung in Brand gesetzt. Von Hausbewohnern, die zu Hilfe eilten, wurde die brennende Kleidung gelöscht und Erste Hilfe geleistet. Von der Feuerwehr wurden die entstandenen Brände gelöscht und die Gaszufuhr zum Haus gesperrt. Bei der Untersuchung des Hauses auf Einsturzgefahr stellte sich heraus, daß sämtliche Scheiben der Gangfenster geplatzt und alle Wohnungseingangstüren bis in den 4. Stock hinauf beschädigt waren. Auch in den angrenzenden Wohnhäusern waren durch die Druckwelle Scheiben zersplittert worden. Auf Grund der beträchtlichen Bauschäden wurde die Gasleitung vom Störtrupp der Gaswerke gesperrt. Sämtliche Rauch- und Abgasfänge wurden durch die Inspektionsrauchfänger der Feuerwehr auf Undichtheiten überprüft. Der Einsatz dauerte bis in die Mittagsstunden.

Aus nicht feststellbarer Ursache war es am 12. Februar im obersten Stockwerk des Hygiene-Instituts in 9, Kinderspitalgasse 15, zu einem Vollbrand auf einer Fläche von 200 bis 300 m² gekommen. Beim Eintreffen der Feuerwehr hatte der Brand bereits auf das Dachgeschoß übergreifen. Zum Schutz der Nachbarobjekte wurde vom erstausgerückten Bereitschaftsoffizier Alarmstufe 2 ausgelöst. Der Brand wurde von zwei Seiten über vorhandene Stiegenhäuser mit bis zu acht Rohren unter Atemschutz bekämpft. Ein Rohr wurde über eine Drehleiter vorgenommen. Durch den raschen und massiven Einsatz konnte ein Übergreifen des Brandes auf weitere Flächen und Stockwerke verhindert werden. Es dauerte jedoch trotzdem fast eine Stunde, bis der Brand endgültig unter Kontrolle war, und eine weitere Stunde, bis dieser auf einige Glutnester lokalisiert war. Ein vollständiges Ablöschen aller Glutnester war wegen akuter Einsturzgefahr und der damit verbundenen Gefährdung der Löschmannschaften nicht möglich. Aus diesem Grund verblieb eine Löschbereitschaft bis zum nächsten Tag als Brandwache an der Einsatzstelle.

Durch unsachgemäße Arbeiten an der Gasleitung und am Gasherd durch den Wohnungsinhaber strömte am 14. März in 5, Wimmergasse 11, Erdgas aus, so daß es zu einer explosionsartigen Verbrennung kam. Beim Eintreffen der Feuerwehr schlugen die Flammen hof- und gassenseitig weit über den ersten Stock hinaus. Dies bedeutete Lebensgefahr für die anderen Bewohner des Hauses, so daß Alarmstufe 2 ausgelöst wurde. Gleichzeitig mit dem Vortragen von zwei Löschleitungen unter Atemschutz wurde begonnen, die Bewohner des Hauses in Sicherheit zu bringen. Bei den Löscharbeiten wurde auch der Wohnungsinhaber, der mit schweren Verbrennungen am ganzen Körper am Gang lag, gerettet und ins Freie gebracht, wo ihm bis zum Eintreffen der Rettung Erste Hilfe geleistet wurde. In weiterer Folge wurden von der zweiten Löschbereitschaft sämtliche Wohnungen auf verunfallte Personen durchsucht und Sicherungsarbeiten durchgeführt.

Durch Unachtsamkeit des Personals war am 14. Juni beim Befüllen einer Tankkammer im Ölhafen in der Lobau die Umfüllpumpe nicht rechtzeitig abgestellt worden. Dies führte dazu, daß rund 1.500 Liter Heizöl-schwer überliefen und in das Becken des Ölhafens gelangten. Vom Personal des Ölhafens wurden Erstmaßnahmen gesetzt. So wurde mit einem firmeneigenen Gerät begonnen, das Öl abzusaugen. Durch ein Gewitter, bei dem auch der Wind sich drehte, geriet der Ölteppich außer Kontrolle und drohte aus dem Hafenbecken in die Donau zu treiben. Da diese Situation vom Personal des Hafens nicht mehr beherrscht werden konnte, wurde die Feuerwehr verständigt. Noch während der Anfahrt wurde vom Einsatzleiter der Feuerwehr die Inbetriebnahme beider Stufen der Preßluftperre des Ölhafens veranlaßt. Damit gelang es, das Öl im Haupthafen zu halten. In weiterer Folge wurden Ölsperren ausgebracht und unter Zuhilfenahme von Motorzillen das Öl zusammengefaßt, so daß es von einem Saugtankwagen von der Wasseroberfläche abgesaugt werden konnte. Die Reinigung der Schiffe und der Uferanlagen von Ölresten wurden von der betriebseigenen Feuerwehr durchgeführt.

Vermutlich durch einen Defekt eines Ventilatormotors in der Absaugung eines Kalenders (Glättmaschine) im ersten Obergeschoß eines Betriebes in 14, Hütteldorfer Straße 130 a, war es am 2. September zu einem Brand in der Absaugung gekommen, der sich auf die Wärmerückgewinnungsanlage im zweiten Obergeschoß ausbreitete. Bei der Brandbekämpfung, die über zwei Drehleitern mit insgesamt sechs Rohren erfolgte, mußten auch Luftleitungen gewaltsam geöffnet werden.

Mit Beginn der Löscharbeiten wurden die drei Geschosse der Wäscherei von Betriebsangehörigen evakuiert. Parallel zu den Löscharbeiten wurden auch Paletten mit Ameisensäure (85 %), Wasserstoffperoxyd (35 %) und Hyperchloridlauge (35 %) aus dem Gefahrenbereich gebracht. Um die Sicherheit der Löschmannschaften zu gewährleisten, wurde die Dampfversorgung abgeschaltet und die gesamte Betriebsanlage stromlos gemacht. Der Einsatz dauerte acht Stunden.

Vermutlich durch einen technischen Defekt in der Sägespäneheizung einer Holzfirma in 22, Stadlauer Straße 41, war es am 1. November zu einem Brand im Sägespänesilo gekommen. Es brannten rund 200 bis 300 m³ Holzmaterial. Bei der Ankunft der Feuerwehr hatte sich der Brand über Luken bereits ins Freie und in eine angrenzende Werkshalle ausgebreitet. Auf Grund der enormen Holzlagerungen und der Unübersichtlichkeit der Situation wurde Alarmstufe 2

ausgelöst. Der Brand konnte erst durch den Einsatz von zwei Schaumrohren und vier normalen Rohren eingedämmt werden. Die Ausräumarbeiten dauerten drei Tage.

Nach einem Überholmanöver eines PKW am 7. November in 22, Raffineriestraße, stießen im Bereich der Ostbahnbrücke der PKW und ein Tanklastzug zusammen. Bei dem Unfall wurde der PKW schwer beschädigt und der Lenker getötet. Durch den Anprall stürzte der Tankzug um, dabei platzte ein Transportbehälter. Beim Eintreffen der Feuerwehr floß Benzin auf die Straße und die angrenzenden Geleise der ÖMV-Bahn. Der Lenker des Tankfahrzeuges hatte aus eigener Kraft die Fahrerkabine verlassen können, der Motor des LKW lief noch.

Unmittelbar nachdem die beiden Insassen des PKW in Sicherheit gebracht worden waren, geriet der Treibstoff in Brand. Vom erstausgerückten Bereitschaftsoffizier war in der Zwischenzeit Alarmstufe 2 ausgelöst worden, auch Großtankfahrzeuge mit Schaummittel wurden angefordert. Trotz sofortiger Brandbekämpfung und trotz des Umstandes, daß genügend Wasser aus der Neuen Donau (5 Zubringeleitungen) zur Verfügung stand, war die Brandbekämpfung schwierig. Durch den ausfließenden Kraftstoff entstanden im angrenzenden Auegebiet und am Bahndamm Sekundärbrände. Obwohl die Österreichischen Bundesbahnen von dem Brand sofort verständigt wurden, fuhren noch zwei Züge über die unmittelbar über dem Brandherd gelegene Brücke. Durch den Einsatz von drei Schaumwerfern und einem Schaumrohr konnte der Brand gelöscht werden. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die Mittagsstunden. Insgesamt waren 39 Fahrzeuge im Einsatz.

Im Bereich des Gerasdorfer Knotens der Österreichischen Bundesbahnen waren am 9. November drei Schnellbahngarnituren zusammengestoßen. Laut Aussage von ÖBB-Bediensteten fahren die Züge in diesem Bereich bis zu 120 km/h! Schon die Anfahrt zur Einsatzstelle gestaltete sich äußerst schwierig, da der Einsatzort inmitten von landwirtschaftlich genutzten Flächen lag und anfänglich nicht genau bekannt war. Beim Eintreffen der Feuerwehr bot sich ein Bild der Verwüstung. Ein Waggon war der Länge nach aufgeschlitzt, eine Zuggarnitur umgestürzt, die Wagen der dritten Garnitur standen rund 150 m vom Unfallort entfernt. Gleichzeitig mit dem Aufbau von Lichtflutern wurde gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr Gerasdorf, der Freiwilligen Feuerwehr Süßenbrunn, den Kräften des Roten Kreuzes und des Rettungsdienstes der Stadt Wien darangegangen, die Unfallstelle nach Verletzten abzusuchen. Die aufgefundenen Verletzten wurden aus ihrer Zwangslage befreit und zur Erstversorgung auf einen in der Zwischenzeit eingerichteten Triageplatz zur Erstversorgung gebracht. Ein Mädchen konnte unter Einsatz von Trennschleifern und einer Bergeschere nur noch tot geborgen werden. Probleme gab in der Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen. Bis zum Abschluß der Arbeiten wurde, trotz vieler Anfragen, nicht bestätigt, daß der Strom abgeschaltet worden ist. Die Rettungs- und Bergungsarbeiten wurden unter dem enormen Sicherheitsrisiko eines Stromunfalls von allen eingesetzten Kräften durchgeführt.

Am Einfahrtsgleis der Wendeanlage der U 2 am Karlsplatz geriet am 2. Dezember eine dort abgestellte U-Bahngarnitur in Brand. Der Brandherd befand sich im Bereich zwischen den Drehgestellen und war, auf Grund der Konstruktion des Wagenaufbaus, so ungünstig gelegen, daß eine Brandbekämpfung fast unmöglich war. In weiterer Folge geriet der gesamte Waggon in Brand, so daß es zu einer starken Verrauchung der gesamten U-Bahnstation Karlsplatz kam und auch der Betrieb auf den Linien U 1 und U 4 eingestellt werden mußte. Auf Grund der starken Hitzeentwicklung mußten sich die Löschmannschaften aus dem Tunnelbereich zurückziehen. Der Betrieb auf der Linie U 2 war für einige Tage unterbrochen.

Ein WC-Abteil, das in der Schule in 3, Petrusgasse 10, als Lager für Reinigungsmittel und WC-Papier umfunktioniert war, geriet aus unbekannter Ursache in Brand. Der Brand konnte sich vor der Ankunft der Feuerwehr auf rund 3 m³ gelagertes Toilettenpapier ausbreiten, so daß es zu einer starken Verrauchung des Schulhauses kam. Gleichzeitig mit dem Löschangriff wurde begonnen, das Stiegenhaus zu lüften und die Klassenzimmer zu durchsuchen. Wegen der mangelnden Alarmerungsmöglichkeiten hatten die Lehrer und Schüler im 3. Stock keine Kenntnis vom Brand. Sie wurden über Lautsprecher angewiesen, in den sicheren Klassenräumen zu verbleiben. Trotz dieser Anweisungen der Feuerwehr wurde eine der Klassen durch den Rauch evakuiert. Im Zuge der Brandbekämpfung zerknallte eine Spraydose, wodurch vier Feuerwehrleute Verbrennungen erlitten.

Auf Grund verschiedener Anzeigen aus dem Raum Hirschstetten über Gasgeruch wurde gemeinsam mit den Wiener Stadtwerken — Gaswerken die Ursache für den Geruch gesucht. Während dieser Suche liefen auch Anzeigen aus dem Zentrum von Aspern ein. Da kein Gasgebrechen festgestellt werden konnte und auch die Meßgeräte kein Gas-Luft-Gemisch anzeigten, wurde die Suche, gegen die herrschende Windrichtung, auf Chemiefirmen ausgedehnt. Bei einer Firma in 22, Breitenleer Straße 100, wurde die Quelle der Belästigung gefunden. Auf Grund eines technischen Gebrechens in einem Vorwärmeofen war ein 200-l-Faß geborsten. Der Inhalt, ein Zusatzmittel für Motoröle, hatte eine ähnlich chemische Zusammensetzung wie jenes Mittel, das dem Erdgas beigemischt wird und den typischen Gasgeruch bewirkt. Laut Firmenauskunft und Gefahrgutdatenbank der Feuerwehr ist dieses Zusatzmittel nicht gesundheitsgefährdend. Die Geruchsbelästigung, die durch Reinigungsarbeiten mehrere Tage zu verspüren war, war dennoch sehr unangenehm.